

STREIFLICHTER 5

aus Verfolgung und Widerstand 1933-45



VVN Kreisvereinigung Ludwigsburg

STREIFLICHTER

aus Verfolgung und Widerstand 1933-45



Ludwigsburg 1993

Das Grab auf dem Friedhof Pflugfelden trägt die Inschrift:

>> Anna Paape
1887-1978. Ihr
Leben war für
Gerechtigkeit
und Frieden.<<



Statt eines Geleitwortes

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.

Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit bei vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im stillen selbst nach seiner Verstrickung.

Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben.

Kein fühlender Mensch erwartet von Ihnen, ein Büsserhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihre Erbschaft hinterlassen.

Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.

Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen, zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.

Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.

Bundespräsident Richard von Weizäcker am 8. Mai 1985

Vorwort der Herausgeber

Die Veröffentlichungen zur Regionalgeschichte des Kreises Ludwigsburg haben in den letzten Jahren in einem erfreulichen Maß zugenommen, wobei die Zeit 1933 bis 1945 in der heimatgeschichtlichen Forschung nicht mehr ausgeklammert wird. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten, Kreisverband Ludwigsburg, hat dazu seit Jahren mit der Erschließung bisher unveröffentlichter Archivmaterialien wichtige Beiträge geleistet.

Der vorliegende Band 5 der STREIFLICHTER aus Verfolgung und Widerstand 1933 - 1945 setzt diese Arbeit fort.

Erstmals werden die Schicksale von Emigranten in der UdSSR aufgegriffen. Aus der Geschichte des Widerstands der Arbeiterbewegung werden weitere Lebensbilder vorgestellt.

Beiträge zur Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus und die Frage nach der unterschiedlichen Behandlung von Tätern und Opfern der Hitlerdiktatur durch die Justiz runden den Band ab.

Wir verbinden damit die Hoffnung, ein wesentliches Stück Regionalgeschichte, das uns Mahnung und Lehre sein sollte, vor dem Vergessenwerden zu bewahren.



Reinhard Hildebrandt



Werner Hoffmann

VVN-Bund der Antifaschisten
Kreisverband Ludwigsburg

INHALTSVERZEICHNIS	1
Schicksale von Emigranten	
Aus dem Leben des Otto Weidenbach (1899-1979)	2
Herbert Wehner: In den Korridoren des Hotel Lux	8
Karl Schneck nach Sibirien verbannt?	9
Schicksale süddeutscher Widerstandskämpfer: Überlebt verschollen erschossen	10
Widerstand aus der Arbeiterbewegung und weitere Lebensbilder	
Lina Lentzen	13
Hermann Mayer (1906-1981)	17
Carl Weippert - Ein verdienter Bürger unserer Stadt	22
Friedrich Fischer (1885-1939)	24
Willi Vogel (1910-1989)	25
Alfred Müller (1902-1942)	26
Militärischer Widerstand: Josef Gangl aus Ludwigsburg	28
Else Seyerle	29
Anna Paape (1887-1978)	32
Hermann Hehr (1895-1950)	34
Sozialdemokraten berichten	36
Die Zerstörung einer Familie	37
Die Verfolgung der Ernsten Bibelforscher-Chronologie eines Verbrechens	40
Beiträge zur Alltagsgeschichte im Nationalsozialismus SA der NSDAP	
Meinungsfreiheit im NS-Alltag	53
Wer nicht spendet, wird angeschwärzt	54
1933: Ausländerpolitik	57
Wiedergutmachung aus Arbeitgebersicht	58
Die Hitlerlinde von Heutingsheim	60
Täter und Opfer - einige Beispiele aus dem Kreis Ludwigsburg	
Zuchthausdirektor Klaus und seine Helfer	63
Die 'Kriegstaten' eines SS-Sadisten - In alten Nachkriegsakten geblättert	70
Richter Spahr aus Ludwigsburg	73
Die Taten des Leutnant T.	75
Geschichtsaufarbeitung: Thälmann, Ludwigsburg und die Stasi	77
In eigener Sache	79
Impressum	80

Aus dem Leben des Otto Weidenbach (1899-1979)



Bereits in mehreren Veröffentlichungen berichteten wir über Otto Weidenbach, der am 11. Mai 1899 in Ludwigsburg geboren wurde und seinen beruflichen Lebensweg in seiner Vaterstadt begann.

Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern (1919) der KPD in Ludwigsburg, wurde im selben Jahr Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Ort und 1925 Vorsitzender des Kreis Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Er leitete den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit in Württemberg. Otto Weidenbach gehörte dem Ludwigsburger Gemeinderat an. Ebenso war er Mitglied des Kreistags.

Ludwigsburger Zeitung

Ludwigsburger Tagblatt.
 Amtsblatt für Stadt und Bezirk.

Druck und Verlag von Ungeheuer & Ulmer, Ludwigsburg
 Postfachkonto Stuttgart 8692. Körnerstraße 16
 Fernsprecher 3343 und 3344.
 Dienstag, 8. Dezember 1931, 7 Uhr

Das Gesamtergebnis der Gemeinderatswahl

(Nichtamtlich).

	Stimmen		Sitze		Gewinn oder Verlust	Zerstreute
	bei dieser Wahl	vor drei Jahren	bei dieser Wahl	ausgleich		
Christlicher Volksdienst	13558	12345	1	1	-	
Bürgerliche Vereinigung	35392	43227	3	4	-1	
(Deutschnationale V. P., Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landw. Bezirksverein)						
Sozialdemokratische Partei	21830	25564	2	2	-	
Zentrumspartei	10897	9225	1	1	-	
Kommunistische Partei	29872	10843	2	1	+1	
Wählervereinigung der Vorstädte	10271	10426	-	1	-1	
(Eglosheim, Hohenack und Pfugfelden)						
Nat.-Soz. Deutsche Arbeiterpartei	67700	-	5	0	+5	
Deutsche Demokratische Partei	21543	39867	1	5	-4	
und parteilose Bürgervereinigung						

Die neuen Gemeinderäte:

Hermann Klein, Ingenieur, N.S.D.A.P.	10199 St.	
Georg Kent, Wagnermeister, Bürgerl. Ver.	5794 St.	
Ferdinand Nertag, Profurist, N.S.D.A.P.	7754 St.	
Dr. Oskar Walder, Orgelbaumeister, D.D.P. u. p. V.B.	3448 St.	
Otto Weidenbach, Werkzeugmacher, K.P.D.	4811 St.	
Wilhelm Stopp, Krankenschwesternangeh. S.P.D.	3542 St.	
	6667 St.	

Frau Dr. Weidenbach-Blum:

Es geht um die Beantwortung der Frage, wie Otto Weidenbach gelebt und gearbeitet hat in der Zeit von 1933 bis zu seinem Eintritt in die Internationalen Brigaden, das heißt bis zu seiner Abfahrt aus Moskau 1937.

Ihm kam zugute, daß er, der seit 1932 bereits Vorsitzender des Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit war (einem internationalen Bund), schon vorher einmal kurzfristig als Konsultant in Moskau gewesen ist.

In Moskau

Nach seiner Ankunft in Moskau arbeitete er in dieser Funktion im Rahmen der Kommunistischen Internationale weiter. Wie sein damaliger Auslandspaß nachweist, hat er die meisten Aufgaben innerhalb Europas im Jahre 1934 unternommen. Er ist vor allem damit beauftragt worden, im Saargebiet zu arbeiten und hat auf den verschiedensten Wegen, über den Balkan, über die Schweiz, Frankreich, das Saargebiet erreicht, um dahingehend wirksam zu werden, daß bei der Abstimmung im Saargebiet nicht der Anschluß an das faschistische Deutschland gewählt wird. Nachdem aber die Abstimmung für Deutschland geschehen war, war diese Aufgabe für ihn beendet und er hat Einzelaufträge in anderen Ländern bekommen, die sich aber vor allem mit den Aufgaben des Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit befaßten. Seine ihm vorgesetzte Partnerin, wenn ich es so nennen darf, war damals die Jelena Stassowa in Moskau, bekannt auch als "Genossin Absolut". Sie stand dort in engster Verbindung zu den führenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei und sie war also die Verantwortliche für die Arbeit dieses Bundes. Der Anteil der Deutschen im Ausland an der Arbeit nach 1933/34 war innerhalb der Heimat nicht mehr sehr groß und auch im einzelnen gar

nicht mehr möglich. darum übernahm Otto Weidenbach eine hauptamtliche Arbeit in der staatlichen Prothesenfabrik in Moskau, wo er von 1934 bis 1937 als Konstrukteur und Facharbeiter eingetragen war.

Natürlich hat er innerhalb des dortigen Rahmens, die politische Arbeit niemals vernachlässigt. Er wohnte zum Beispiel am Arbat (1) im Hotel Lux, wo auch die aus anderen Ländern kommenden kommunistischen Funktionäre untergebracht waren. Zum Beispiel wohnte dort Familie Wolf, (2) dann wohnte mit ihm auf der gleichen Etage Jaques Duclos. (3) Es wohnten dort Funktionäre aus der Tschechoslowakei. Henri Barbusse war schon vorher dort. (4) Und mit all ihnen verband ihn ein herzliches Verhältnis. Die Aufgaben, die zu lösen waren wurden dort gemeinsam beraten.

Schwierigkeiten mit der "Obrigkeit"

Über die kommenden Jahre hat Otto Weidenbach sehr ungern gesprochen und auch gar nichts Schriftliches hinterlegt. Er wurde damals von einer sehr schweren Erkrankung betroffen; er hatte ein rheumatisches Fieber, das ihn für Monate ans Bett fesselte, ihn fast bewegungsunfähig machte und auch einen ständigen Herzschaden hinterließ. Es wurde dafür gesorgt, daß, so wie es möglich war, er an's Schwarze Meer geschickt wurde, nach Stari Macesta (Altmacesta) bei Sotschi in ein Schwefelbad, wo er allmählich wieder seine Glieder bewegen konnte und sich einigermaßen erholte

Aus der Partei ausgeschlossen

Aber nach Moskau zurückgekehrt, widerfuhr ihm etwas viel Schlimmeres. Aus ihm völlig unbegreiflichen Gründen wurde ihm mitgeteilt, daß er aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er "nicht mehr würdig" sei, Mitglied der Partei zu sein.

Auf seine Frage nach dem warum, gab es einen ganz fadenscheinigen Grund, bei dem jeder wußte, daß er nicht zutrifft: Er hätte sich an einem 15-jährigen Mädchen vergangen und zwar innerhalb des Hotels Lux. Eine Gegenüberstellung, die er gefordert hatte, oder irgendwelche Namen zu hören, wurden ihm verwehrt.

Aus der Partei entfernt zu sein, nicht mehr Mitglied der Partei zu sein, deren Mitbegründer er (in Ludwigsburg, d.R.) war, war für ihn das Schlimmste, was ihn überhaupt treffen konnte. Er hat darum alle Anstrengungen unternommen, um dahinter zu kommen, was nun die eigentlichen Gründe sein mochten, denn er selbst war sich keiner Verfehlung bewußt und hatte auch keine Ahnung, was die eigentliche Ursache für dieses Geschehen dort war.

Ein sowjetischer Genosse, der dort auch im Parteiapparat arbeitete, hatte ein vertrauliches Gespräch mit ihm und bat ihn, unter keinen Umständen ein Wort davon zu sagen, daß er mit ihm gesprochen hätte. Er sagte, daß alle wüßten, daß das ein an den Haaren herbeigezogener Grund sei und daß er eigentlich für einen anderen eine Strafe abbüßen sollte, ohne daß er den Namen dessen sagte, um den es ging. Otto ist sein ganzes Leben lang nicht mit dieser Tatsache fertig geworden.

Seine Überlegungen gingen dahin und vielleicht ist das auch nicht so ganz abwegig, daß die Sache im Zusammenhang mit seinem damaligen Namen stand. Otto trug dort in Moskau einen Decknamen.

Unter den Emigranten in Moskau war u.a. eine Frau, die den gleichen Namen trug, aber zu Recht trug, das war ihr Familienname. Von ihr wurde hinterher (angeblich, das muß ich persönlich sagen) bekannt, daß sie als Agentin dorthin geschickt wurde und sie dort gearbeitet hat.

Nachdem das herausgekommen war, hat

man den "Namensvetter" mit einbezogen, obwohl diese Frau nicht bei ihm, sondern bei einem französischen Revolutionär als Sekretärin gearbeitet hat.

Ob sie eine "Agentin" war, läßt sich wohl nicht mehr feststellen, aber es war das einzige, an das sich Otto Weidenbach geklammert hat, um eventuell doch noch etwas erforschen zu können.

Die "Ausreise" nach Schweden

Um einem gerichtlichen Verfahren zu entgehen, das offensichtlich, nach vielen anderen Beispielen, in Sibirien geendet hätte, haben ihm einige Genossen aus der KPdSU geholfen, über die Grenze zu kommen. Er hat den nördlichen Weg gewählt, um nach Schweden zu kommen.

Er mußte zwar an seinem Auslandspaß geringe Manipulationen vornehmen, weil dessen Gültigkeit abgelaufen war, aber im Zug und später wohl auch auf dem Schiff, gab es bereits Informationen über ihn, daß man ihm behilflich sein sollte und er kam auf diesem Wege mit Unterstützung zunächst nach Stockholm.

In Stockholm hat er sich ein klein wenig vertraut gemacht mit dem Leben dort, hat auch ein paar Brocken aus der schwedischen Sprache gelernt, hat versucht Kontakte anzuknüpfen und auch gefunden mit dort lebenden deutschen Emigranten.

Das Wort Emigranten hat übrigens keiner gerne gehört damals. Sie waren ja nicht von sich aus dort hingegangen, sondern sie wurden ja raus geschickt aus Deutschland.

Er blieb in Schweden, bis er wußte, auf welchem Wege er nach Spanien kommen könnte. Ihm ist es dann gelungen, über Dänemark, durch den Kanal bis nach Frankreich zu einer Anlaufadresse nach Paris zu kommen. Dort war bereits ein gut funktionierendes System der Einschleusung über die Pyrenäen nach

Spanien. Der Weg war kompliziert. Er selbst war ja noch nicht voll gesundheitlich auf der Höhe.

Von Schweden nach Spanien

Als er sich in Spanien beim Stab der Internationalen Brigaden meldete, sollte er eigentlich sofort zurückgeschickt werden, aber dazu hatte er ja nicht diese ganze Reise unternommen.

Es gelang ihm unterzukommen im Sanitätsdienst, und zwar als Verantwortlicher für das Funktionieren der Verbandsplätze und Hospitäler, die für die verwundeten Interbrigadisten geschaffen waren. Er war dort im Range eines Teniente (Leutnant) tätig. Natürlich war er auch an den Kampfhandlungen beteiligt. Es gab ja keine geschlossene Front, es ging von einer Stadt zu anderen. Er hat das gesundheitlich überstanden, er hat dort eine gute Arbeit geleistet, wie sein Kommandeur, der jetzt noch in Potsdam lebt, mir neulich erst bestätigte. Otto hat bis zum Schluß dort ausgeharrt.

Der größte Teil der Interbrigadisten war zu diesem Zeitpunkt, also nach dem Beschluß über die Rückführung der Interbrigadisten (Ende 1938), bereits über die Pyrenäen zurückgeschickt worden. Die Gruppe, in der Otto war, hat bis über das Jahresende 1938 hinaus noch vor den Pyrenäen gelegen. Der Winter war hereingebrochen und sie wurden noch einmal in Kämpfe um nördlich von Barcelona verwickelt.

Wieder nach Schweden

Kurz vor dem Grenzübertritt gelang es ihm, Kontakt mit einer Gruppe von schwedischen Interbrigadisten zu bekommen. Er hat sich ihnen verständlich machen können und hat ihnen auch klargemacht, daß sein Leben beendet sein würde, wenn er in das faschistische Deutschland zurück muß, weil ja dort inzwischen der Hochverratsprozeß gegen ihn stattgefunden

den hatte.

Die Schweden nahmen sich sehr seiner Sache an und gingen mit ihm noch einmal zum nächstgelegenen schwedischen Konsulat, wo sie erzwangen, daß die Zahl der Rückkehrer um einen erhöht wurde, so daß Otto Weidenbach nun als "schwedischer" Interbrigadist mit über die Pyrenäen gehen konnte.

So wurde er von Frankreich nicht nach Deutschland ausgeliefert, sondern gelangte wieder nach Schweden. Jetzt kam ihm zugute, daß er sich schon vor seinem Einsatz in Spanien ein wenig in Stockholm umgesehen hatte. Er wurde in einer Fabrik als Werkzeugmacher und Konstrukteur eingestellt, später war er dort als Ingenieur tätig, erwarb sich sehr schnell eine Vertrauensstellung, war Werkstatteiter und verantwortlich für 190 Mitarbeiter.

In der neuen Heimat Schweden

Ihm gelang es durch gute Arbeit und einige Erfindungen, die er dort einbrachte, eine solche Selbständigkeit zu erlangen, daß er einige Emigranten aus Deutschland dort unterbringen konnte. Sie hatten von der Arbeit als Metaller zum Teil keine Ahnung, aber es wurde so organisiert, daß ihre Aufgaben miterfüllt wurden und sie selbst dort wenigstens ein gesichertes Leben führen konnten.

Innerhalb der deutschen Gruppe der Gewerkschaft der Metallarbeiter hat er dort eine intensive gesellschaftliche und politische Arbeit geleistet.

Nachdem Otto Weidenbach nach seiner Rückkehr hier (im Land Brandenburg, d.R.) die Arbeit aufgenommen hatte, hat er natürlich an seiner Rehabilitierung gearbeitet und ist auch nach einigen Jahren rehabilitiert worden, so daß seine Mitgliedschaft in der Partei von deren Gründung an (in seiner Vaterstadt Ludwigsburg, d.R.) anerkannt worden ist.

Anmerkungen

1.) Arbat: eine der ältesten, beliebtesten und belebtesten Straßen Moskaus

2.) Friedrich Wolf (1888-1953): Schriftsteller und Arzt

3.) Jacques Duclos: Funktionär der KPF und (zumindest nach 1945) Mitglied des Präsidiums seiner Partei

4.) Henri Barbusse (1873-1935): frz. Schriftsteller

* Quellenhinweis:

Nach Aufzeichnungen mit Frau Dr. Weidenbach-Blum (vom 2. April 1991), Interview: Werner Hoffmann.

©1993 bei Werner Hoffmann und Reinhard Hildebrandt, VVN Bund der Antifaschisten, Ludwigsburg.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags, der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe, der Veröffentlichung durch die Presse, auch einzelner Teile.

Quellen- und Literaturhinweise

(Aus dem Leben des Ludwigsburgers Otto Weidenbach)

Streiflichter Nr. 1/83 S. 24

ebd. Nr. 2/85 S. 59 u. 63

ebd. Nr. 4/90 S. 52

25 Jahre IG Metall Ludwigsburg (1955 - 1980) S. 27

Tonbandaufzeichnungen mit Frau Dr. Weidenbach-Blum (2.4.1991)

Archiv der Stadt Ludwigsburg

Herbert Wehner:

In den Korridoren des Hotels Lux

In den sogenannten Parteiversammlungen der Mitarbeiter des EKKI-Apparates, im Gebäude der Komintern, in den Korridoren des Hotels Lux breiteten sich damals ein panischer Schrecken, eine hysterische Angst vor einer ungreifbaren und doch so gut wie unentrinnbaren Gefahr aus.

Wenn im Büro einer der Mitarbeiter nicht zur Arbeit erschienen war, nahmen seine Kollegen an, er sei in der Nacht durch die "Organe des NKWD" verhaftet worden.

Sofort ergaben sich für jeden einzelnen zahllose Fragen: Wie wird das Verhältnis des Verhafteten zu mir vom NKWD ausgelegt werden? fragte sich wahrscheinlich jeder im Stillen.

Äußerlich aber war jeder bestrebt, entweder unberührt zu erscheinen oder zu zeigen, daß er diese Verhaftung seit langem erwartet habe.

Niemand wollte engere persönliche Beziehungen zu einem Verhafteten gehabt haben.

Weil in den sogenannten Parteiversammlungen der Abteilungen und des gesamten Apparates die persönlichen Verhältnisse und Beziehungen jedes Einzelnen schonungslos und schamlos ausgebreitet, nachträglich bewertet und zu Gegenständen wochenlanger Diskussionen gemacht wurden, waren alle bestrebt, ihre persönlichen Beziehungen zu anderen auf das notwendige Minimum zu beschränken. Jeder war bestrebt, sich von den meisten anderen in einem sicheren Abstand zu halten. Hinter Besuchen witterte man die Absicht des Besuchers, etwas Spezielles in Erfahrung bringen zu wollen.

Fast alle verleugneten frühere Freunde, zitterten vor der Möglichkeit, einer ihrer Verwandten könnte beschuldigt oder verhaftet werden, wodurch sie selbst automatisch zum Gegenstand von Untersuchungen und Beschuldigungen würden.

Jeder suchte im Stillen nach entlastenden Erklärungen für frühere Freundschaften, Zusammentreffen und Ereignisse, aus denen ihm nun Gefahren erwachsen könnten. In den sogenannten Parteiversammlungen aber waren fast alle einig in der Forderung nach schonungsloser Ausrottung der Volksfeinde, während sie in zunehmendem Maße einander mangelnder Wachsamkeit, unzulässigen Liberalismus und der früheren Zugehörigkeit zu dieser oder jener Gruppierung bezichtigten.

Quellenhinweis:

Aus: Herbert Wehner, Notizen (1945).
Entnommen aus "europäische ideen" Heft 79/1992, S. 12. Redaktion: Andreas W. Mytze, 1 The Ridings, London NW 11

Anmerkung:

Dieser Auszug soll lediglich die Ausführungen zu Otto Weidenbach ergänzen. Für weitere Studien verweisen wir auf das Buch: Reinhard Müller: "Die Akte Wehner - Moskau 1937 bis 1941". Rowohlt Verlag, Berlin, 448 Seiten; 38.--DM. März 1993

Karl Schneck nach Sibirien verbannt?

In dem im Dietz-Verlag Berlin herausgegebenen Buch "In den Fängen des NKWD" wird auf Seite 206 geschrieben:

"Schneck, Karl (Berlinchen, Ernst, Willi) Geb. am 21. April 1886 in Hagelloch/Württemberg, Schlosser.

1908 SPD, 1919 USPD, 1920 KPD. 1931 bis 1932 Funktionär der Bezirksleitung Württemberg, 1920 bis 1932 MdL in Württemberg. Ende 1932 Bezirksleitung Baden.

In den zwanziger Jahren zweimal aus politischen Gründen inhaftiert. Wurde von Februar 1933 bis März 1934 in Untersuchungshaft sowie im KZ Kisslau gefangengehalten.

1934/1935 Funktionär der illegalen Hamburger Organisation der KPD.

1935 Emigration.

Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien. Von Spanien aus 1938 in die Sowjetunion emigriert. 1941 nach Sibirien verbannt, im Winter 1943 ums Leben gekommen."

In "Weiße Flecken" von Prof. Hermann Weber wird auf Seite 115 in verkürzter Form ebenso über Karl Schneck berichtet.

Unsere Nachforschungen

Alfred Hausser, Ehrenvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten von Baden-Württemberg, teilte uns dazu auf Anfrage mit, daß anhand der Entschädigungsakte Karl Schneck-Erben im Archiv der VVN-BdA Baden-Württemberg e.V. einiges berichtet werden muß:

"Karl Schneck, geb. 21.4.1886 in Hagelloch Krs. Tübingen, Beruf Schreiner (nicht Schlosser) wegen Herausgabe eines Flugblattes gegen die Machtübertragung an die Nazis am 8.2.1933 verhaftet und deswegen vom Sondergericht Mannheim zu 5 Monaten

Gefängnis verurteilt.

Strafverbüßung bis 25.9.1933 im Gefängnis Mannheim.

Anschließend bis Frühjahr 1934 in den KZ-Lagern Heuberg und Kisslau. Dort krank entlassen. Trotzdem im Rheinland und Norddeutschland am Widerstand beteiligt. Im Jahre 1936 wurde er in schwerkrankem Zustand illegal in die SU gebracht und kam zur Behandlung in ein Sanatorium auf der Krim. Nach Besserung seiner Gesundheit in Moskau für die Rote Hilfe gearbeitet. Beim Vormarsch der deutschen Truppen evakuiert nach Kasachstan. Dort am 3. Februar 1943 verstorben.

Während seines Aufenthaltes in der SU hat Karl Schneck bis zu seinem Tode mit Frau Anny Ganske zusammen gelebt, die dazu eine notariell beglaubigte eidesstattliche Versicherung abgegeben hat. (...)

Karl Schneck wurde also nicht nach Sibirien verbannt und ist dort nicht ums Leben gekommen, sondern eines natürlichen Todes gestorben. Er hat auch nicht als Interbrigadist am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen. Eine Rehabilitierung ist nicht erforderlich.

Die Angaben über Verfolgung sind in den Akten des Landesamtes für die Wiedergutmachung Baden-Württemberg (AZ ES 260) bestätigt."

Uns liegt die Fotokopie einer vom Bezirksamt Stuttgart-Feuerbach bestätigten Abschrift vom 22.12.1947 vor, in der es u.a. heißt: "Herr Ernst Karl Schneck geb. am 21. April 1886 zu Hagelloch b. Tübingen (ist) am 3. Februar 1943 in Ost-Kasachstan in dem Krankenhaus an einer doppelseitigen Lungenentzündung gestorben (...) und zwar in dem Ort Sa-Ulbinka. Die Beerdigung fand im Dorf Sogra statt. Rathenow den 16. Juni 1947."

Schicksale süddeutscher Widerstandskämpfer:

Überlebt - verschollen - erschossen

Die Recherchen zu dem Ludwigsburger Otto Weidenbach und zu Karl Schneck, Mitglied des württembergischen Landtags, ergaben, daß es nicht möglich ist, die Untersuchungen zu diesem Thema allein auf den Kreis Ludwigsburg zu beschränken. Mit den folgenden Namenslisten wollen wir weitere Nachforschungen anregen:

Ferner, Willi

Geb. 1909 in Baden-Baden. Mitglied der KPD seit 1932.

Emigrierte 1934 in die Sowjetunion. Am 4. November 1936 verhaftet, am 15. März 1937 durch Beschluß einer Sondersitzung zu 5 Jahren Haft verurteilt. (In den Fängen des NKWD S.69)

Geisler, Alexander (August Fischer)

Geb. 1906 in Markbronn bei Blaubeuren. War in der UdSSR in einem Betrieb tätig. Am 16. März 1937 wurde er verhaftet, am 10. November 1937 vom MKOG zum Tode verurteilt und am gleichen Tag erschossen. (a.a.O.S.78)

Göckeler, Emil (Hans Maier)

Am 20. August 1897 in Schnait geb., Gärtner, arbeitete als Tabakschneider. Seit 1920 KPD. Leitete ab September 1932 die Rote Hilfe im Saargebiet. Ging im September 1935 als Emigrant über Frankreich in die UdSSR. Wurde im September 1937 verhaftet. (a.a.O.S.82)

Gropper, Roberta (Paula Brenner)

Geb. am 16. August 1897 in Memmingen, Tabakarbeiterin. Ab 1915 politisch organisiert. Seit 1917 Mitglied der USPD, ab 1919 der KPD. 1930 bis 1932 Sekretärin für Frauenfragen bei der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, von 1930 bis 1932

Mitglied des Reichstages. Emigrierte 1934 nach Frankreich, im März 1935 in die UdSSR. Wurde im November 1937 verhaftet und verbrachte mehrere Jahre im Lager. Kehrte 1947 nach Berlin zurück. War Mitglied des Bundesvorstandes des DFD und Abgeordnete der Volkskammer (a.a.O.S.85)

Unsere Nachforschungen ergaben: Roberta Gropper stammt aus Ulm und lebt jetzt (1992) in Berlin.

Jährig, Martin

Geb. am 23. Mai 1910 in Ebersbach, Kaufmann und Bibliothekar.

Mitglied der sozialdemokratischen Jugend und der SPD seit 1924.

1933 in Deutschland verhaftet.

Emigrierte nach Schweden und 1934 in die Sowjetunion. Arbeitete als stellvertretender Redaktionssekretär bei der "Deutschen Zentralzeitung" in Moskau.

Wurde im Februar 1938 verhaftet. (a.a.O.S.105)

Kupfermann, Leon

Geb. 1900 in Mähringen/Württemberg. In Massenorganisationen tätig. Kam als Sowjetbürger in die UdSSR.

Im Oktober 1937 verhaftet. (a.a.O.S.129)

Satzger, Antonie

Geb. am 3. Sept. 1911 in Beuren/Baden, Arbeiterin. 1932 KPD.

Reiste am 1. März 1933 zu ihrem Mann, Magnus Satzger, in die Sowjetunion, arbeitete dort in verschiedenen Betrieben. Wurde 1941 verhaftet und zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt, danach Zwangsansiedlung bis zum 10. September 1953. Von der ZPKK wurde ihre Parteimitgliedschaft am 25. Mai 1959 als ununterbrochen anerkannt. Lebt als Rentnerin in Zwickau. (a.a.O.S.195/196)

Satzger, Magnus

Geb. am 16. Dez. 1902 in Unter-Rammingen/Bayern, Klempner. Seit 1929 Mitglied der KPD, leitete eine Betriebszelle im Dornier-Metallbau. Kam im Dezember 1932 als Arbeiter in die Sowjetunion. Wurde am 18. März 1938 verhaftet und befand sich bis zum 10. Dezember 1939 im Gefängnis. Später erneut verhaftet, am 29. Juli 1942 im Gefängnis verstorben. (a.a.O.S.196)

Schiff, Hans

Am 30. April 1896 in Karlsruhe geb., Redakteur. 1918 Mitglied der KPD, ab 1921 drei Jahre Haft in Bayern, 1924 bis 1926 tätig in der Berliner Organisation der KPD, von 1926 bis 1930 Redakteur bei verschiedenen Parteizeitungen. Emigrierte nach dreimonatiger Haft im August 1930 in die UdSSR. Bis 1933 Referent bei der Komintern, studierte 1935 an der KUNMS. Von 1935 bis 1936 als Redakteur beim "Neuen - Dorf" in Charkow, dann bis zum 10. Febr. 1937 beim Parteikomitee der KPdSU (B) in Simferopol tätig. Wurde im August 1937 verhaftet, am 30. November 1937 erschossen. Er wurde 1964 in der UdSSR rehabilitiert. (a.a.O.S. 199)

Schleeh, August

Geb. am 24. April 1906 in Stuttgart, Elektriker. KJVD, seit 1927 KPD. 1928 bis 1930 in Berlin im proletarischen Selbstschutz tätig. Ging 1930 in die Sowjetunion. 1937 verhaftet und zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt. Am 9. September 1956 durch das MKOG rehabilitiert. Kam 1957 in die DDR. Am 30. März 1957 stellte die ZPKK seine Parteimitgliedschaft wieder her. Am 4. Juni 1982 verstorben. (a.a.O.S.202)

Schmückle, gesch. Bernfeld, Anna

Geb. am 1. Oktober 1892 in Hirschberg, Ärztin. Ehefrau von Karl Schmückle. Bis 1931 Tätigkeit im Marx-Engels-Institut in Moskau. Nach der Verhaftung ihres Mannes gleichfalls festgenommen. Schied

1941 aus dem Leben. (a.a.O.S.205)
Aus "In den Fängen des NKWD"

Schmückle, Karl

"Geb am 9. September 1898, Redakteur, Schriftsteller, Übersetzer.

1919 Mitglied der KPD. Kam 1926 in die UdSSR. Bis 1931 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Marx-Engels-Institut in Moskau, anschließend im Büro der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller tätig. Gehörte als Literaturkritiker zum Mitarbeiterstab der Zeitschrift 'Internationale Literatur/Deutsche Blätter'. 1936 aus der KPdSU(B) ausgeschlossen, am 30. Nov. 1937 verhaftet. Am 24. Jan. 1938 zum Tode verurteilt, am 14. März 1938 erschossen. Am 23. Oktober 1958 vom Militärtribunal des Moskauer Militärbezirks rehabilitiert. (a.a.O.S.205f)

Aus Hermann Weber "Weiße Flecken" in der Geschichte:

Schmückle, Dr. phil., Karl

Geb. ca. 1890. Der bekannte kommunistische Wissenschaftler, Schriftsteller und Übersetzer lebte schon vor 1933 in Moskau. Schmückle war für die deutsche Ausgabe der Werke Lenins in Berlin verantwortlich (z. B. den 1929 erschienen 18. Band) und er arbeitete zunächst auf diesem Gebiet auch in Moskau. Bereits 1931 bekam er und seine Frau nach der Ablösung des berühmten Marx-Forschers Rjasanow (der 1938 Opfer der Säuberungen wurde) Schwierigkeiten, sie verloren ihren Arbeitsplatz im Marx-Engels-Institut. Danach verantwortlich für die deutsche Gruppe der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller, geriet er 1935 erneut in Konflikt mit Funktionären der KPD, er soll aus der Partei ausgeschlossen worden sein. Das erklärt sowohl seine frühe Verhaftung im August 1936 als auch seine öffentliche Beschuldigung als 'Agent'. Schmückle wurde vermutlich 1937 erschossen." (Weber S.115.)

Manfred Schmid schreibt in "Schwäbi-

12 STREIFLICHTER

sche Heimat" über Karl Schmückle u.a.: "Der stellvertretenden Leiter des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Marxismus-Leninismus am Zentralkomitee der KPdSU teilte dem Verfasser im Mai 1988 mit, daß Karl Schmückle am 14. März 1938 starb."

Die "Ludwigsburger Kreiszeitung" vom 9.5.1992 berichtete: "Schicksale solcher Opfer zu erforschen war (Reinhard) Müller (Autor von "Die Säuberung" - Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung") zuerst an den Fall des Karl Schmückle herangegangen, des durch KPD-Beschluß 1925 an das Moskauer Marx-Engels-Instituts delegierten württembergischen Kommunisten. Schmückle wurde 1937 verhaftet und kurz danach unter dem Vorwurf der Spionagetätigkeit hingerichtet."

Ziegler, Wilhelm

Geb. 1911 in Stuttgart-Münster, Seemann. Seit 1928 Mitglied der KPD. Emigrierte 1934 in die UdSSR. Im Februar 1938 verhaftet.

(In den Fängen des NKWD S. 260)

Zwicker, Albert (Albert Karl Klein)

Geb. am 17. August 1897 in Stuttgart, Schlosser. Seit 1919 Mitglied der KPD. 1922/1923 Mitarbeiter der Zentrale der KPD. 1925 zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Von 1927 bis 1929 als Agitationssekretär der Bezirksleitung Württemberg tätig. Ab Februar 1929 arbeitete er für die KPD in Sachsen. 1933 illegale Arbeit. Emigration in die Sowjetunion. Schlosser in einem Autoreparaturwerk, Leiter des Klubs ausländischer Arbeiter in Moskau. Am 16. Febr. 1938 verhaftet, auf Beschluß einer Sondersitzung vom 15. März 1941 zu 5 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Starb am 28. Sept. 1943 in einem Lager der ASSR der Komi.(a.a.O. S.262)

Alfred Hausser teilte uns mit: "Die Familie Zwicker habe ich persönlich gekannt,

sie stammt aus dem Raitelsberg (Wohngebiet in Stuttgart.) Vater und Sohn sind in der SU umgekommen. Ehefrau Else hat überlebt und nach 1945 in Berlin gewohnt. Inzwischen ist sie verstorben."

Quellen- und Literaturhinweise

In den Fängen des NKWD - Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR- Dietz Verlag Berlin (1991)

Schwäbische Heimat 2/92; Karl Schmückle - Ein schwäbischer Marxist in Moskau S. 108ff

Weber Hermann: Weiße Flecken in der Geschichte - isp-Verlag GmbH Frankfurt/Main

Hinweis:

In Wolfgang Leonhard " Die Revolution entläßt ihre Kinder (Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1990)" sind weitere Opfer der "Säuberungswellen" aus Baden-Württemberg aufgeführt, die aber den Rahmen unserer Veröffentlichung sprengen würden.

Lina Lentzen

Mehr als ein halbes Menschenleben ist es her, seit von Lina Lentzen der Druck des Dritten Reiches gewichen ist. Dabei war sie keine "politische Natur", sondern einfach in diese Zeit hineingeboren worden.

Lina Lentzen kam am 28. Februar 1907 in Nürnberg als Tochter der "ledigen Dienstmagd Babette Köhnlein aus Crailsheim", so der Taufschein des Prot. Pfarramts Steinbühl-Nürnberg, zur Welt.

Von 1913 bis 1921 besuchte sie die Volksschule in Mannheim.

Eine Lehre in einem Schokoladengeschäft und der Besuch der "Handelsschule der Hauptstadt Mannheim", so die Bezeichnung aus dem Schulzeugnis, schlossen sich an. Danach war sie bis 1930 als Verkäuferin in einem Lebensmittelgeschäft tätig. "Hausgehilfin von 1931 bis September 1933" vermerkte das Arbeitsamt Ludwigsburg in einem Eintrag vom 15. Januar 1936. Am 18. April 1933 verstarb ihre Mutter in Mannheim. In der Ludwigsburger Spielwarenfabrik Haußer war Lina Lentzen von November 1933 bis Januar 1936 tätig.



Unterscheidung von Mischlingen und Juden

Die blutmäßigen Anforderungen im neuen Gesetz über die Hitler-Jugend

Die Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die HJ. befassen sich auch mit dem Problem der blutmäßigen Anforderungen, die für eine Zugehörigkeit zur HJ. maßgeblich sind. Volljuden sind bekanntlich niemals aufnahmefähig in die HJ. Mit dieser klaren Feststellung ist eine für die nationalsozialistische Jugendbewegung bedeutende Neuerung verbunden.

Alle Jugendlichen, die nicht als Juden anzusprechen sind, können nach der Erklärung der allgemeinen Jugenddienstpflicht zum Dienst in der Hitlerjugend verpflichtet werden, also auch Jugendliche, die von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern stammen. Als Volljude gilt, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt. Als volljüdisch gilt ein Großelternanteil ohne weiteres, wenn dieser der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

Wichtig sind dann noch folgende Bestimmungen bzw. Erläuterungen: Auch ein von zwei volljüdischen Großeltern abstammender Staatsangehöriger gilt als Jude, wenn er beim Erlaß des Reichsbürgergesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, oder danach in sie auf-

genommen wurde und wird; wenn er bei Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratete oder verheiratet; wer aus einer Ehe mit einem Juden stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 geschlossen ist, und wer aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wurde.

Es ist selbstverständlich, daß diese Bestimmungen nur für die allgemeine Hitler-Jugend gelten. Für die Stamm-Hitler-Jugend sind nach wie vor die rassischen Voraussetzungen, die die NSDAP. an ihre Mitglieder stellt, bestimmend. Andererseits ist die Auffassung natürlich abzuleiten, daß in der allgemeinen HJ. ausschließlich etwa rassisch nicht vollwertige Jugendliche erfasst werden. Die Unterscheidung zwischen Stamm-HJ. und allgemeiner HJ. mußte nach Gesichtspunkten der Auslese getroffen werden, da Führer der HJ. nur Angehörige der Stamm-HJ. sein können, Mischlinge jedoch weder als Führer noch als Mitglieder in die Stamm-HJ. aufgenommen werden können.

Feststellung der "arischen Abstammung"

Bereits in dieser Zeit wurde die "Feststellung der arischen Abstammung bis zu den Großeltern" betrieben. Das Standesamt Göppingen stellte am 3. Dezember 1935 fest, daß der Vater Louis Heimann, Großkaufmann und Großmutter sowie Großvater, so der Fragebogen, unter der Konfession "israel." einzustufen seien. Als Angestellte durfte sie nicht mehr arbeiten.

Bei der Firma Robert Bosch wurde Lina Lentzen am 27. Februar 1936 trotzdem als Arbeiterin eingestellt. Daß sie "Mischling ersten Grades" war, so die Nazibezeichnung, war bei Bosch durchgesickert. "Sie solle doch verschwinden, sie habe in Deutschland nichts zu suchen", waren Drohungen, denen sie dort ständig ausgesetzt war. Obermeister Schönherr und Frau Haag nahmen dagegen Lina Lentzen in Schutz.

Lina Lentzen, die damals noch Köhnlein hieß, lernte in dieser Zeit Ferdinand Lentzen kennen. Er war zuerst als Zollgrenzschutzreservist in der Gegend um Waldshut eingesetzt. Im Juli 1940 kam die Feldpost aus Prag, im Februar 1941 aus Breslau und dann unter dem Absender Feldpostnummer 14245. Von den Nazis als "Mischling ersten Grades" bezeichnet, stand ihr Verlobter für "Führer Volk und Vaterland" an der Front.

"Im Feld, den 8.7.1943" hieß es dann in einem Schreiben; "Mit schwerem Herzen muß ich Ihnen die traurige Mitteilung machen, daß ihr Bräutigam, Grenadier Ferdinand Lentzen, heute nachmittag gegen 17 Uhr (...) den Heldentod gestorben ist."

Diese Nachricht traf Lina Lentzen wie ein Hammerschlag.

A b s c h r i f t.

Im Felde, den 8.7.43

Sehr geehrtes Fräulein Köhnlein!

Mit schwerem Herzen muß ich Ihnen die traurige Mitteilung machen, daß Ihr Bräutigam, Grenadier Ferdinand Lentzen, heute nachmittag gegen 17⁰⁰ durch einen Granat Volltreffer den Heldentod gestorben ist. Ich selbst stand beim Einschlag der Granate in unmittelbarer Nähe und konnte nur noch den Tod feststellen, der Ihren Bräutigam so schnell und für ihn schmerzlos ereilt hat.

Da Grenadier Lentzen Ihre werte Adresse als die seiner nächsten Angehörigen im Wehrpaß angegeben hatte, möchte ich Sie zugleich bitten, doch auch seine anderen Angehörigen von seinem Heldentod zu benachrichtigen.

Heute nachmittag noch haben wir Ferdinand Lentzen in Weisein seiner engeren Kameraden auf dem Heldenfriedhof in Bairek ostw.Charkow mit allen Ehren zur letzten Ruhe gebettet.

Wir alle stehen noch ganz unter dem tiefen Eindruck, den der plötzliche und unerwartete Heldentod Ihres Bräutigams bei uns erzeugt hat. Für uns ist der Verlust umso schmerzlicher, da Ferd.Lentzen als ruhiger Soldat und vor allem als allseitig beliebter Kamerad in der Kompanie bekannt war.

Möge die Gewißheit, daß der Heldentod unseres lb.Kameraden Lentzen für unser aller Sieg nicht umsonst gewesen ist, Sie in Ihrer tiefen Trauer stärken.

Es grüßt Sie in aufrichtigen Mitgefühl ergebenst

gez. Emil Scheiderer.
Cult. und Ep.Chief.

Die Übersetzung obiger Weisheit
mit der Heiligt mit beglaubigt.
Feldpostamt, den 4. Aug 1943
Der Oberführermeister
des Div. Feldpostamt
Kommunikant



Gewisscapitel

A b s c h r i f t.

Im Felde 5. 1. 1942.

Vertilgung I

Hiermit gebe ich bekannt, daß sämtliche Besetzungsbücher und erspartes Geld, in Falle meines Todes im Besitz von Fräulein Köhnlein ihr Eigentum werde.

Mit deutschem Gruß
Ferdinand Lentzen.

Für die Richtigkeit der Abschrift

Heutingsheim, den 23. August 1943.
Der Bürgermeister.



Müller

16 STREIFLICHTER

Bis Kriegsende hielt sie sich sehr zurück. Aus ihren Aufzeichnungen ist ersichtlich, daß sie im Dritten Reich gerne nach Amerika ausgewandert wäre, "aber dazu hatte ich kein Geld und konnte auch die Sprache nicht".

Vater wurde verschleppt

Ihr Vater, Louis Heimann, hatte in Göppingen ein Kleidergeschäft am Marktplatz. Von den Nazis nach dem Osten verschleppt, kam er, vor dem 1. Weltkrieg noch Leutnant, in einem KZ um.

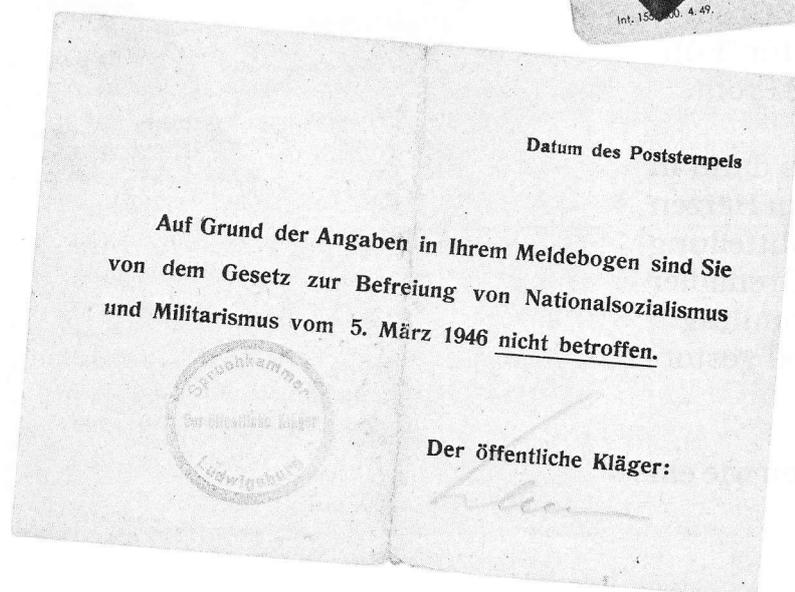
Nach dem Krieg im Ministerium für Politische Befreiung Württemberg-Baden als Angestellte tätig, wurde Lina Lentzen "im Zuge des allgemeinen Abbaus infolge Einschränkung unserer Arbeit", so das Ministerium in einem Schreiben vom 7.10.1948, "zum 30.9.1948 entlassen"

Erst nach dem 2. Weltkrieg war es für sie möglich, der Bundestag verabschiedete ein entsprechendes Gesetz, den Namen ihres Verlobten anzunehmen.

Rege nahm sie an Fahrten zu Gedenkstätten teil.

So nach Mauthausen in Österreich, wo jedes Jahr unter internationaler Beteiligung die Befreiungsfeiern durchgeführt werden. Mauthausen war für sie auch das Gedenken an den Ludwigsburger Franz Martin, der nach Jahren der Haft dort 1940 umgekommen ist.

Still und bescheiden wirkte sie immer in der Ludwigsburger Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der Lina Lentzen seit mehr als 40 Jahren angehört.



Hermann Mayer (1906-1981)

"Madrid feiert seine Befreiung" war der Aufmacher der "Ludwigsburger Zeitung" vom 29. März 1939. Damals auch "Verkündungsblatt der NSDAP", wie in der Kopfleiste des Blattes angegeben. Hitler gratulierte damals dem faschistischen General Franco zur "siegreichen Beendigung des spanischen Bürgerkrieges".

Einer solchen Entwicklung hatte sich das spanische Volk, das bei den Wahlen vom 16. Februar 1936 mit Mehrheit eine demokratische Entscheidung getroffen hatte, widersetzt.

Einer, der 1936 als Freiwilliger zu den internationalen Brigaden nach Spanien ging, um eine solche Entwicklung abzuwenden, war Hermann Mayer aus Steinheim.

Bereits im Februar 1933 in Köln verhaftet, wohin er aus beruflichen Gründen gekommen war, wurde er nach seiner Flucht nach Frankreich - mit einer Zwischenstation in Bouis im Saarland - auch dort wieder festgenommen.

Aus seinen Aufzeichnungen "Ich war noch keine Achtzehn, als ich 1924 in den Holzarbeiterverband eintrat, und gerade Zwanzig, als ich dem Vorbild meines Vaters in die Reihen der Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgte. (...) Mein Weg (...) führte mich in die Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands."

Als Freiwilliger nach Spanien

Über seine Zeit in Spanien schreibt Hermann Mayer: "Nur kurz war (...) meine militärische Ausbildung, nachdem ich im Oktober 1936 in Spanien anlangte. Bereits am 7. Oktober (...) zog ich in den Reihen des Bataillons Edgar Andre´, der XI. Internationalen Brigade, an die Front."

Eine Ärztekommision erklärte ihn 1938, nach einer schweren Typhusinfektion, als nicht mehr frontverwendungsfähig.

Als Oberleutnant nach Frankreich entlassen, wurde er dort verhaftet und durch verschiedene Lager geschleust, erreicht aber noch 1940 seine Entlassung.

Aus Gerichtsakten aus dem Jahre 1958 entnehmen wir: "Der Kläger behauptet, die französischen Behörden hätten ihn als Kommunisten im Juli 1940 wegen seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus auf Veranlassung deutscher Stellen erneut verhaftet.

Häufig seien deutsche Kommissionen, die einem SS-Führer in Toulouse unterstanden hätten, in den Lagern erschienen, um die Gefangenen auszufragen und gegebenenfalls deren Abschiebung nach Deutschland zu veranlassen. Die französische Lagerleitung habe den Weisungen der deutschen Kommission Folge leisten müssen."

"Unter falschem Namen setzte ich mich nach Montauban an der Garonne ab, arbeitete als Köhler im Wald. (...) ich wurde wieder gefaßt und mußte durch die Lager Albi, Agde und Chanac."

Aus Gerichtsakten ist weiter ersichtlich:

"Die von hohem Stacheldraht umzäunten Lager Albi, Agde und Chanac seien von französischem Militär bewacht gewesen, die Insassen hätten erdbraune Kleidung getragen und täglich wenigstens zweimal zum Appell anzutreten gehabt, Fingerabdrücke seien genommen, sowie alle Postsendungen zensiert worden und die Betreuung durch nur einen Sanitäter ohne ärztlichen Beistand wie auch Unterkunft und Verpflegung seien durchaus mangelhaft gewesen."

Die Bewegung Freies Deutschland

In vielen Teilen der Welt bildete sich während des Zweiten Weltkriegs, von deutschen Emigranten getragen, die Bewegung "Freies Deutschland".

So in Mexico, den USA, Schweden und Großbritannien. In der damaligen Sowjetunion gründeten emigrierte deutsche Antifaschisten und kriegsgefangene Soldaten und Offiziere das "Nationalkomitee Freies Deutschland". In Frankreich entstand das Komitee "Freies Deutschland" für den Westen (FD) im September 1943, das ein Netz von Verbindungsstellen, die auch die Wehrmacht umfaßte, in alle Landesteile aufbaute. Verbindungen bestanden zu den Landesdelegationen des FD in Belgien und Luxemburg. Querverbindungen gab es zum Nationalkomitee Freies Deutschland in der UdSSR. Ab dem zweiten Halbjahr 1943 und im ersten Halbjahr 1944 stellte die Bewegung Verbindungen zu Gruppen deutscher Partisanen in Frankreich her.

Präsident des Komitees "Freies Deutschland" für den Westen war Otto Niebergall, Leiter der illegalen KPD-Organisationen im besetzten Frankreich (1949 Abgeordneter des Deutschen Bundestags). Er führte auch Gespräche mit Dr. Ceasar von Hofacker, geboren in Ludwigsburg, Oberstleutnant der Reserve und ab 1943 im Stab des Militärbefehlshabers Frankreich in Paris (Am 20. Dezember 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Goerden durch den Strang hingerichtet).

"Der französische Nationalrat der Résistance, das oberste Gremium des Widerstandes, der sich im Frühjahr 1943 gebildet hatte, erkannte im April 1944 die Bewegung 'Freies Deutschland' in Frankreich offiziell als zur Résistance gehörig an."

Bei der Résistance

Nach seiner Flucht aus einem

Gefangenenlager war Hermann Mayer zu den Partisanen gestoßen. "Die deutschen Partisanen des Maquis 'Bir Hakeim', meist Kommunisten, bildeten eine gut organisierte Parteigruppe, die über Fritz Nickolay als Verbindungsmann Kontakte zur Leitung in Lyon unterhielt." (...) "Unser unmittelbarer Kampf galt vor allem den Verrätern in der Vichy-Polizei, der faschistischen Feldgendarmarie, der SS, der Gestapo, den Spitzeln und Provokateuren."

"Für die Partisanengruppen waren die militärischen Kenntnisse der ehemaligen Spanienkämpfer bei den Einsätzen und bei der Ausbildung und Schulung junger französischer Patrioten von großem Wert. Die deutschen Antifaschisten trugen in dem Maße, wie das bei ihrer im Verhältnis zur Stärke der Résistance kleinen Zahl von Kämpfern möglich war, dazu bei, die Grundlage für schlagkräftige Partisanengruppen zu schaffen, unnötige Opfer zu vermeiden und wirkungsvolle Schläge gegen den Feind zu führen."

"Zur ersten größeren Aktion kam es, als der Bürgermeister von Saint Germain-de-Calbert die Partisanen benachrichtigte, daß ein Kommando Feldgendarmarie die Dörfer nach jungen Franzosen durchkämmte, um sie zur Arbeit nach Deutschland zu schleppen."

Über seine Erlebnisse bei einem der Gefechte des Maquis berichtet Hermann Mayer: "Das faschistische Kommando erwartete die Eröffnung der zweiten Front. Deshalb wollte es das Hinterland 'feindfrei' machen. In unserem Gebiet begannen die Faschisten mit einer Aktion, um uns einzukesseln. Unsere Einheit von 60 Partisanen lag jetzt im Berggebiet von Ste. Croix Vallée Francaise."

Wir wußten, es gibt dicke Luft. Unser französischer Commandant erhielt auch von der Résistance die Nachricht: 'Der Vetter kommt auf Besuch', - das hieß, die

Faschisten sind im Anmarsch.

Ich gehörte zu einer Gruppe, die die Aufgabe hatte, von einem Bergkegel aus die Anmarschwege des Feindes zu beobachten; unsere Gruppe verfügte außer den persönlichen Waffen über ein schweres Maschinengewehr. In der Nacht vom 6. zum 7. April 1944 beobachten wir, wie die faschistischen Einheiten unser Gebiet umzingelten.

Es waren unzählige Lastwagen mit faschistischen Truppen besetzt, die den Ring zumachten.

Der faschistische Angriff wurde beim Morgengrauen durch unerhörtes Maschinengewehrfeuer und mit Granatwerfergeschossen eingeleitet. Danach begann eine systematische Durchkämmung des ganzen Gebietes, auf die Dauer konnten wir keinen Widerstand leisten, und so lautete der Befehl: in Gruppen verteilen, um die Kräfte der Faschisten auseinanderzuziehen. Die Gruppe, in der ich mich befand, war 10 Mann stark, sechs deutsche, ein jugoslawischer, ein polnischer und zwei französische Kameraden. Es gelang uns, den Verfolgern zu entkommen und in einer Talmulde hinter Steineichen in Stellung zu gehen. Doch die faschistische Streife in Stärke eines Zuges bewegte sich gerade auf uns zu. Unser Plan war, sie ganz nahe herankommen zu lassen. Leider aber gingen einem jungen jugoslawischen Partisanen die Nerven durch. Er sprang hoch. Dadurch konnten die Faschisten mit Maschinenpistolen das Feuer eröffnen. Zu allem Pech hatte unsere einzige Maschinenpistole Ladehemmungen, so daß uns nur noch der Rückzug übrig blieb. Zwei 'Maquisards' war es gelungen, seitwärts auszubrechen, den anderen blieb als einzige Möglichkeit, durch ein Naturwasserbecken zu waten. Das Wasserbecken war durch gewaltige Sturzbäche entstanden. Es war vielleicht 3 Meter breit und 10 Meter lang, ungefähr 1,40 war der Wasserstand. Die

Seitenwände waren zerklüftet, und die Ränder waren mit Gebüsch bewachsen. Nur eine Stelle war günstig zum Heraussteigen. Vier Kämpfern gelang es, aber mir als fünftem war der Weg schon durch ein paar SS-Leute versperrt. Ich befand mich mit dem Genossen Max Frank, Willi Nett und dem französischen Ingenieur Franz in einer verzweifelten Lage. Zu allem Pech hatte der französische Kamerad im Wasser seine Waffe verloren, und Willi Nett bekam einen Nervenschock. Dazu war es fraglich, ob unsere Waffen noch schossen, denn wir waren vorher tief im Wasser. Die SS-Leute stimmten ein Freudengeschrei an und forderten uns auf, uns zu ergeben: 'Rendezvous Petits'. Doch ihre Aufforderung war vergebens. In deutscher Sprache hörte ich dann das Kommando: 'Handgranaten her, wir werden die Brut zu Hackfleisch machen.'

Die Situation kann ich in Worten nicht schildern, denn wer hätte da für sein Leben noch was gegeben. Als ich die Zahl 21 hörte (wenn die Handgranate abgezogen war, zählte der Werfer in der Regel: 21,22,23, dann erfolgte der Wurf. So explodierte die Granate sofort nach dem Aufschlag, es blieb keine Zeit, um die Granate eventuell zurückzuwerfen), setzte ich alles auf eine Karte. Ich schnellte mit dem Kopf über den Beckenrand hoch und sah vor mir den Handgranatenwerfer. Ohne zu zaudern schoß ich ihn mit dem Trommelrevolver nieder, dadurch explodierte die Handgranate oberhalb des Wasserbeckens und tat bei den Faschisten selbst das Nötige. Durch gezieltes Gewehrfeuer von Max Frank, der vom anderen Ende des Wasserbeckens schoß und von mir zwangen wir die Faschisten in Deckung zu gehen. Wir nutzten diesen Moment aus und entkamen im Ginstergebüsch."

Nach der Befreiung von Frankreich wurde Hermann Mayer u.a. als Bevollmächtigter der Bewegung "Freies Deutschland für den Westen" im Gebiet Lozere einge-

setzt. 1944 wurde er in mit dem französischen Kriegsverdienstkreuz mit Sternen ausgezeichnet.

Aus einem Bericht:

"Das Kriegsgefangenenlager befand sich am Rande des Dörfchens St. Césaire, wenige Kilometer von der alten Römerstadt Nimes entfernt. 800 Soldaten waren in einer riesigen Halle untergebracht. (...) Bereits vor meiner Ankunft", so Luise Kraushaar in ihrem Bericht, "hatten die Genossen Franz Blume, Hermann Mayer, Richard Hilgert, André Volz und einige österreichischen Antifaschisten mit der Aufklärungsarbeit begonnen. Sie konnten Soldaten ausfindig machen, die früher der Roten Hilfe oder der SPD angehört hatten und sich jetzt bereit erklärten, mit uns gemeinsam auf die ehemaligen Soldaten einzuwirken."

Aufstellung einer Spezialeinheit

"Die Leitung der KPD in Lyon beauftragte deutsche Maquis-Offiziere mit der Aufstellung einer Spezialeinheit aus deutschen Antifaschisten und Hitlergegnern, die zum Kampf gegen das faschistische Regime bereit waren. Unter dem Kommando von Leutnant Martin Kalb und Hermann Mayer begannen in Florac die politische und militärische Schulung und Ausbildung Freiwilliger aus den Kriegsgefangenenlagern in Alès und Nimes. Die Stärke dieser Einheit betrug etwa 280 Mann, davon waren 30 bis 40 deutsche Kommunisten und ehemalige Spanienkämpfer. Sie bildeten den Kern der Einheit. Nachdem diese Kompanie, die mit Infanteriewaffen, das heißt mit Karabinern, Maschinengewehren und leichten Granatwerfern ausgerüstet war, die Ausbildung abgeschlossen hatte, mußte sie auf Weisung der gaullistischen Behörden Ende Oktober 1944 aufgelöst werden."

Der "Kalte Krieg" warf seine Schatten

voraus.

Wieder in Ludwigsburg

"Als meine Aufgabe (...) erfüllt war, kehrte ich 1946 nach Deutschland zurück. Ich ging in meine Heimat zu meinen Eltern nach Ludwigsburg (...)",

Aus seinen weiteren Aufzeichnungen ist ersichtlich, daß er am Aufbau der KP-Kreisorganisation in Ludwigsburg beteiligt war und zum 1. Kreissekretär gewählt wurde.

Am 18. März 1957 schrieb Hermann Mayer an seinen Anwalt: "Diese (gesundheitlichen) Schäden haben sich derart verschlimmert, daß ich mir auch im Jahre 1951 jede schwere körperliche Tätigkeit versagen mußte. Ich bin seitdem als ambulanter Vertreter für Jugendbücher tätig und komme durch diese Tätigkeit höchstensfalls zu einem monatlichen Nettoeinkommen von DM 200,-. Daß ich mich daher in einer permanenten Notlage befinde, bedarf keines besonderen Beweises."

Zu seiner Tätigkeit nach dem KPD-Verbot (1956) schreibt er weiter, daß er zu denen zählte, "die danach verhaftet wurden, (...). Die Bonner Justiz machte mir den Prozeß wegen der Herausgabe von Betriebszeitungen im Bosch-Konzern (...) Um den Repressalien der Bonner Verfassungsschützer zu entgehen, und aufgrund meines immer schlechter werdenden Gesundheitszustandes kam ich 1958 hierher, nach Eisenach (damals DDR)."

In seiner Entschädigungssache für das durch die Nazis erlittene Unrecht teilte ihm das Landesamt für Wiedergutmachung unter dem 15. März 1960 u.a. mit: Nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 BEG ist von der Entschädigung ausgeschlossen, wernach dem 23.5.1949 die freiheitliche, demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat. Diesen Tat-

bestand erfüllt der Antragsteller, wie bereits vom Oberlandesgericht Stuttgart mit Urteil vom 5.6.1959 (Bl. 230ff) erschöpfend festgestellt worden ist."

Am 1. Mai 1981 ist Hermann Mayer in Erfurt verstorben.

Quellen- und Literaturhinweise:

Streifl. 2 S. 55f

Streifl. 4 S. 56f

VVN-Aufnahmeantrag vom 10.12.1945

Heinz Priess, Schreiben vom 25.10.1984

Willi Bohn, Stuttgart: Geheim! S. 130

Pers. Aufzeichnungen von Hermann Mayer

Archiv der VVN-Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V. Stuttgart

Karlheinz Pech: "An der Seite der Résistance", Berlin (Ost) 2. Auflage 1987

Résistance,

Erinnerungen deutscher Antifaschisten.

Zusammengestellt von Dora Schaul.

Berlin (Ost) 3. Auflage 1985

An alle Frauen Ludwigsburg!

Öffentliche Wahlversammlung

Montag, den 24. Juni 1946, abends um 20 Uhr im Bärensaal (Rotes Kreuz). Es spricht:

Erika Buchmann, Gemeinderätin Stuttgart
Christine Evert, Gemeinderätin Ludwigsburg

Die Frauenversammlung wird umrahmt von Rezitationen und musikalischen Einlagen von der Frauen u. Handharmonika Spielgr. Eglosch.

Frauen es geht um das tägliche Brot u. die Zukunft Eurer Kinder.
Kommt deshalb Alle! **Freie Aussprache!** **Eintritt frei.**

K. P. D. u. S. P. D. Ortsgruppen Ludwigsburg.

60 Stück. Verantw.: Hermann Mayer, Ludwigsburg, Kaffeeberg 7.

Buchdruckerei W. Altwater, Asperg

Einwohner von Marbach!

Wählt Schaffende in den Kreistag!

Um eine Zersplitterung der Werktätigen zu vermeiden, verzichtet die Kommunistische Partei auf einen eigenen Wahlvorschlag!

Wir treten deshalb vorbehaltlos im Interesse der Einheit für den Wahlvorschlag der **Sozialdemokratischen Partei** ein.

Kommunistische Partei: Ortsgruppe Marbach

Verantw.: Herm. Mayer, Ludwigsburg, Kaffeeberg 7 350 Ex. Buchdruckerei W. Altwater, Asperg

Carl Weippert Ein verdienter Bürger unserer Stadt

Unter dem 8. März 1933 meldete die "Ludwigsburger Zeitung":

"Auch im Stadtbezirk Ludwigsburg wurden (...) weitere für die kommunistische Partei und ihre Organisationen tätige Personen in Schutzhaft genommen".(1) Unter diesen befand sich Carl Weippert, geb. am 4. April 1886 in Ludwigsburg und Gemeinderat der KPD. Am 5. April 1933 festgenommen, wurde er in das KZ Heuberg verschleppt, wo er bis zum 11. September 1933 festgehalten wurde. Unter "Welche Krankheiten und Körperschäden haben Sie sich während Ihrer Haft zugezogen?" führt Carl Weippert auf: Linkes Auge verloren - 1933 im KZ Heuberg - und rechtes Auge schwer beeinträchtigt.

Sich für Mitbürger eingesetzt

Er war in verschiedenen Ludwigsburger Organisationen tätig.

So war Carl Weippert Vorsitzender des Arbeiter-Turnerbundes, Vorsitzender der Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur und Mitglied des Aufsichtsrates des Consum- und Sparvereins.

In einem Brief vom 22. Mai 1945 schreibt er dazu: "Wurde als Einziger im Jahre 1933 aus dem damaligen Aufsichtsrat des Consum- und Sparvereins Ludwigsburg entfernt, um einem Nazi Platz zu machen. Mein damaliger Einspruch beim Amtsgericht Ludwigsburg als Registergericht wurde als zu Recht bestehend anerkannt, habe aber dann freiwillig mein Amt auch als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt, um nicht erneut ins KZ zu wandern."

Wie mit Vereinen umgegangen wurde, berichtete die "Ludwigsburger Zeitung" am 19. April 1933: "Wie wir hören, ist neuerdings auch der Arbeiter-Gesangsverein 'Vorwärts' vorläufig polizeilich ge-

schlossen worden, nachdem das gleiche Schicksal schon früher den Turnerbund Ludwigsburg, den Arbeiter-Schützenverein Ludwigsburg, den Turnerverein Hoheneck, den Turnerverein Eglosheim e.V. und die Freie Turnerschaft Oßweil ereilt hatte. In einigen anderen Fällen steht eine Entscheidung noch aus."

Nach seiner Entlassung aus dem KZ wurde Carl Weippert überwacht.

Eine Aktennotiz besagt: "Carl Weippert war vor und nach seiner jeweiligen Verhaftung bei dem Stuttgarter Parkettfußbodengeschäft Paul Rapp & Co beschäftigt. Er durfte als Nazigegner nicht mehr auf Montage geschickt werden.(2)

1944 wieder verhaftet

Nach dem 20. Juli 1944 wurden in allen Teilen Deutschlands Hitlergegner verhaftet. Carl Weippert wurde am 24. August 1944 erneut festgenommen und ins KZ Dachau verschleppt. Am 10. Oktober 1944 erfolgte seine Freilassung. Er selbst schrieb am 22. Mai 1945 zur Verhaftung und Verschleppung nach Dachau: "Durch gemeine Denunziation dreier Ludwigsburger Nazis wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt."

Die Belastungszeugen R. W. und zwei Nebenzeugen zahlen am 27. August 1945 "freiwillig" 600 Mark als Ersatz für Gerichtskosten, die Carl Weippert entstanden.

Wieder im Gemeinderat

Vom Mai bis 8. September 1945 gehörte er als Vertreter der Kommunisten dem Ludwigsburger Antinazikomitee an. Am 12. Oktober 1945 wurde er, wie den "Amtlichen Nachrichten" vom 15. Okto-

ber 1945 zu entnehmen ist, in den Gemeinderat berufen. Wohl bereits im Laufe des Jahres 1945 der SPD beigetreten, gehörte er dem Ludwigsburger Gemeinderat bis 1956 an.(3)

Daneben war Carl Weippert auch in der Vereinigung der Verfolgten des Naziergimes tätig und wie einer Aktennotiz zu entnehmen ist,

"(...) über viele Jahre hinweg Kreisvorsitzender der VVN Ludwigsburg." So liegt uns die Fotokopie eines Schreibens von 1948 vor, in dem die "Dachauer Kameraden" zu einem Treffen nach Ludwigsburg eingeladen werden.

Zum Gedenken an die politisch, rassisch und religiös Verfolgten setzte Weippert sich für eine klare Aussage ein. So schrieb er am 10. Oktober 1957 in einem Brief an Oberbürgermeister Frank wegen der Gestaltung des Mahnmals für die Opfer der Gewaltherrschaft auf dem Alten Friedhof in Ludwigsburg. Er bedauert, daß durch die Weglassung der ursprünglich vom Gemeinderat beschlossenen Jahreszahlen 1933 - 1945 dieses Ehrenmal seiner besonderen Bestimmung entzogen wurde.

Mit einer Delegation von Widerstandskämpfern reiste Carl Weippert 1955 zur Außenministerkonferenz nach Genf. In einem Interview mit der "Volksstimme" vom 11. November 1955 nahm er zu seiner Reise Stellung. "Wir wollen an erster Stelle mitreden", war der Artikel seiner Genfreise in der Tageszeitung der KPD Württembergs überschrieben.

Noch 1961 setzte sich Karl Weippert für die Rückgabe des Eigentums an die 1933 verbotenen Vereine ein. (4)

Am 16. November 1963 ist Carl Weippert verstorben.

Quellen- und Literaturhinweise

1.) Streiflichter Nr. 1 S.29

2.) Archiv der VVN Baden-Württemberg e.V.

3.) 100 Jahre SPD Ludwigsburg 1891 - 1991 S.67f

4.) Schreiben an den Landesvorstand der VVN vom 28.1.1961

Friedrich Fischer (1885 - 1939)

Einer der politischen Häftlinge aus Beihingen war Friedrich Fischer. Am 19.8.1885 dort geboren, von Beruf Former, wurde er im April 1936 verhaftet und nach dem KZ Welzheim verschleppt. Vom 16.1.1937 bis Ende September 1937 war er im KZ Dachau eingesperrt. (1)

Nach Angaben von Angehörigen war er früher SPD-Mitglied.

Ein Zeitzeuge, Wilhelm Eppinger, berichtet: "Wir wurden am 26. September 1939 von Asperg aus nach dem KZ Buchenwald gebracht. Ich habe Fischer in Buchenwald kennengelernt. Der Umstand, daß wir 'Neulinge' waren und jeder mit seinem eigenen Schicksal beschäftigt war, führte dazu, daß wir füreinander nicht viel Zeit hatten.

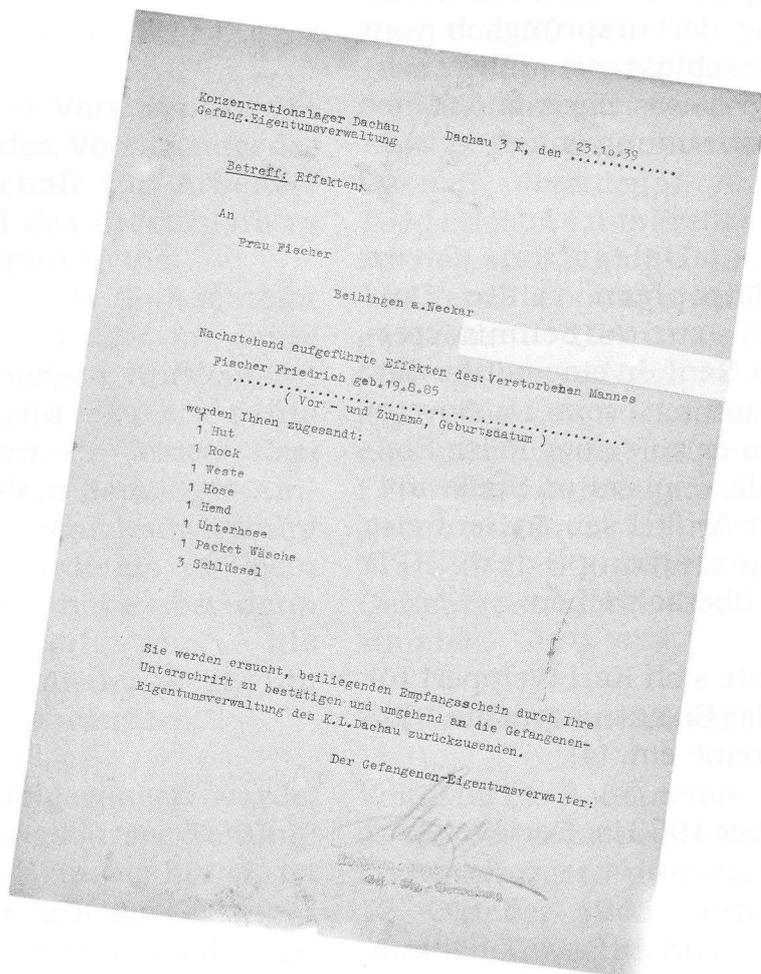
Sein Zustand war von Anfang an bedenklich und er selbst hatte keine Hoffnung, daß er lebend aus diesem Lager kommt. Er ist ja gleich, nachdem er im Lager war, umgebracht worden." (2)

Am 20. Oktober 1939 ist er im KZ Buchenwald umgekommen.

Den Angehörigen wurde die Nachricht vom Bürgermeister der Gemeinde Beihingen überbracht. Die KZ-Schergen teilten mit, daß Friedrich Fischer an "akuter Herzschwäche" gestorben sei. Zwei Kinder hatten ihren Vater verloren.

Quellen- und Literaturhinweise:

- Archiv der VVN-BdA Ludwigsburg:
- 1. Erklärung vom 6.10.1946 und E-Akte ES 18001
- 2.) Schreiben an W. Eppinger vom 2.12.1957 und Antwort an den Landesvorstand der VVN vom 22.3.1958



Willi Vogel (1910-1989)

Am 4. Februar 1989 verstarb in Ludwigsburg Willi Vogel. Seinem Wunsch entsprechend wurde er in aller Stille beigesetzt.

Sein Vater war der SPD-Reichstagsabgeordnete Hans Vogel, der bald nach dem Machtantritt der Nazis Deutschland verlassen mußte.

Willi Vogel folgte ihm im September 1933 nach Prag, wo bereits weitere Familienangehörige Zuflucht gesucht hatten.

Zuvor hatte sein Vater am 23. März 1933 im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, der Sohn verlor im Juni 1933 seinen Arbeitsplatz in der Reichsdruckerei.

Der "Vorwärts" das Zentralorgan der SPD, mußte bereits am 3. Februar 1933 sein Erscheinen einstellen.

Noch im Jahrbuch der SPD für 1931 war zu lesen: "Der Leipziger Parteitag (...) im Juni 1931 billigte die Tätigkeit der Reichstagsfraktion und erkannte an, daß sie unter schwierigen Umständen die Ideen des Sozialismus und der Demokratie wirksam vertreten habe. Ihrer Taktik sei es gelungen, den Faschismus in die Defensive zu drängen." (S.8)

Über Württemberg wird da allerdings im gleichen Jahrbuch berichtet: "Zu einer besonders lebhaften Auseinandersetzung (...) kam es auch bei der von den Sozialdemokraten herbeigeführten Aussprache (im Landtag) über die Haltung der politischen Polizei, insbesondere des Stuttgarter Polizeipräsidiiums, dem ganz unzweifelhaft eine bevorzugte Behandlung der Nationalsozialisten und eine schroffe Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie und das Reichsbanner nachgewiesen werden konnte." (S. 226)

Flucht nach Prag

Willi Vogel arbeitete nach seiner Flucht in Prag für die sozialdemokratische Exilorganisation 'SOPADE' und deren Publikationen. "Die Deutschland-Berichte" erschienen von April / Mai 1934 bis März 1938 in Prag. Danach bis 1940 in Paris. Von Prag führte sein Weg nach Schweden, wo er in Stockholm 1937 den sozialdemokratischen Exilortsverein leitete.

Im November 1946 kehrte er nach Deutschland zurück. In Regensburg wurde Willi Vogel Mitglied der Verlags- und Geschäftsleitung der "Niederbayrischen Zeitung". Später kam er über die "Allgemeine Zeitung für Württemberg" zum Druckhaus Heilbronn, deren Geschäftsführung Willi Vogel bis zu seinem Ruhestand im Jahre 1973 angehörte.

"Bis zuletzt engagierte er sich politisch. Besonders wies Vogel immer wieder darauf hin, daß er als 'Asylant' in Schweden aufgenommen wurde und diesem Umstand wohl Freiheit und Leben verdankt hat. Schweden hatte das vorbildlichste Flüchtlingsgesetz, das den Verfolgten politische Zusammenkünfte und Aufnahme von Arbeit erlaubte."

Quellen und Literaturhinweise:

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1931 (S.8 und 226)

100 Jahre SPD Ludwigsburg 1891-1991

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 9.2.1989 und 15.2.1989

Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands (Sopade). Verlag Petra Nettelbeck Salzhausen,

6. Auflage, August 1982

Alfred Müller (1902-1942)

Unter denen, die von Ludwigsburg nach dem KZ Buchenwald verschleppt wurden, befand sich Alfred Müller.

Ein Zeitzeuge: "Am 26. September 1939 ging unser Transport mit dem Polizeiwagen vom Hohenasperg aus zum Bahnhof Asperg. In einem Eilgüterzug wurden wir in Richtung Weimar verfrachtet."

Seine Verhaftung und die weiterer Ludwigsburger Antifaschisten, unter ihnen Wilhelm Eppinger und August Spielmann, wurden bei Kriegsbeginn vorgenommen. Zunächst wurden sie in das "Blockhaus" (Frauenarrest in der Schorndorfer Straße), jetzt Sitz der "Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" gesperrt. Von dort ging es zur Sammelstelle Hohenasperg.

Wer war dieser Alfred Müller?

Er ist am 31.1.1902 in Maulbronn geboren und wurde wegen seiner Mitgliedschaft in der KPD, der er 1931 beitrug, bereits 1933 und 1934 15 Monate im KZ-Lager Heuberg eingesperrt. Als Maschinenmeister war er bei der Firma Robert Bosch tätig.

"Als ich meinen Mann kennenlernte," schrieb Anna Müller 1947 "und wir dann im November 1936 heirateten, war er bereits Angehöriger der (verbotenen) kommunistischen Partei.(...)

Während der Zeit unserer Ehe war mein Mann des öfteren abwesend und ich wußte, daß er sich zu geheimen Zusammenkünften mit Gleichgesinnten begab. Schon die Tatsache, daß mein Mann solange auf dem Heuberg inhaftiert war, führte dazu, daß er unter Beobachtung der politischen Polizei stand. Als der Krieg ausbrach, wurde mein Mann von seiner Arbeitsstelle bei der Firma Bosch GmbH

weg am 2. September 1939 verhaftet".

In Buchenwald

In Buchenwald wurde Alfred Müller im Block 40 als Gefangener Nr. 6662 geführt. Die Frau hatte den Ehemann und drei Kinder ihren Vater verloren.

Ein Brief aus Buchenwald vom 7. Oktober 1942, es ist wohl seine letzte Nachricht, ist erhalten geblieben. "Wie geht es Dir und den Kindern", fragt der KZ-Häftling und er läßt viele Grüße an seine Eltern nach Bietigheim ausrichten. "Pakete oder sonst etwas darfst Du mir nicht senden" ist aus dem Brief weiter zu entnehmen. "Ein Gesuch (wegen Entlassung) darfst Du nicht machen, denn wenn es Gott will, komme ich gesund wieder zu Dir und den Kindern. Ich will jetzt schließen, in der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen." - "Poststelle K.L.B. zensiert" ist noch durch einen Stempelabdruck vermerkt.

Alfred Müller hat die KZ-Haft nicht überlebt. Am 22. Dezember 1942 wurde der Ehefrau mitgeteilt, daß ihr Mann am 7. Dezember "verstorben" wäre.

Aus den uns vorliegenden Unterlagen ist nicht ersichtlich, ob er in Buchenwald, oder, wie wir unbestätigten Berichten entnehmen, bei einem Außenkommando dieses Lagers in Köln-Deutz umgekommen ist.

Drei Kinder hatten ihren Vater verloren.

Anna Müller mußte sich als Küchenhilfe und Reinemachefrau bei der Heeresverwaltung in Ludwigsburg bis Kriegsende durchschlagen.

Quellen- und Literaturhinweise:

Archiv der VVN / BdA
Ludwigsburg Streiflichter 1 Seite 26,
SL.2 Seite 48 und SL.3 Seite 1

Konzentrationslager
Weimar-Buchenwald

Datum 4. 10. 1942

Der Tag der Entlassung kann jetzt noch nicht an-
gegeben werden. Besuche im Lager sind verboten.
Anfragen sind gestattet.

Aussug aus der Lagerordnung:

Jeder Häftling darf im Monat 2 Briefe oder 2 Postkarten empfangen und auch abschicken. Die Brief-
gehen müssen übersichtlich und gut lesbar sein. Postsendungen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen,
werden nicht zugestellt bzw. verworfen. Jeder jegliche Inhalt dieser nicht empfangen werden. Wech-
selungen sind zulässig, sie müssen aber durch Postanweisung erfolgen. Geldsendungen im Brief sind ver-
boten. Mitteilungen auf dem Postanweisungsschein sind verboten, Ausnahme wird sonst vereinbart. Es
kann im Lager alles gefasst werden. Nationalsozialistische Zeitungen sind zugelassen, müssen aber von dem
Postling selbst über die Postkarte des Konzentrationslagers beschrift werden. Unberücksichtigte und falsche
lesbare Briefe können nicht gesendet werden und werden vernichtet. Die Zulassung von Bildern und Fotos
ist verboten.

Der Lagerkommandant.

Meine genaue Anschrift:
Schuphästling
Hr. W. W. W. W.
Nr. 6662
Block 40
Konzentrationslager
Weimar-Buchenwald

Stur die Seiten beidrehen!

Mein alle Wänter!
Will die Krieg minige
Zeitman funder. Min
yost ad die sind die
Kindman. Goffendly seit
Ihr alle yostman. Min
Ist in die man ab.

Liebe Wänter!
Goff die die yost in
die yost die minige
ist man ab yost ab-
yostent funder. Min
Wänter Wänter Wänter
die yost in die
Wänter. Min yost
funder ist die die
yostman ist yost
yostman. Min
yostman, die man ab.

Stur die Seiten beidrehen!

Liebe yostman funder,
yost die in die yostman
die minige funder.
Min die minige die
yost yostman die
min. funder die
yost man die yost
die min yost funder.
Min man yost ist
min man funder die
die yost, die die
5 M die die min
funder yost.

Stur die Seiten beidrehen!

Ist die, die die
yostman die die
die die minige. Ist
die die yostman,
in die yostman die
die die yostman
die die die yostman
die die die yostman
die die die yostman
die die die yostman
die die die yostman

Stur die Seiten beidrehen!

Raum für Zensurtempel:
Poststelle R. L. W.
zensiert:

Kontrolle des Blockführers:

Militärischer Widerstand Josef Gangl aus Ludwigsburg

Von der SS erschossen

Noch in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 versuchte die SS die kampflose Übergabe von Wörgl (österr. Stadt) zu verhindern. Dort waren auch französische politische Gefangene auf Schloß Itter interniert, das von der SS angegriffen wurde. Dem stellte sich Josef Gangl entgegen und wurde daraufhin von der SS erschossen.

Am 3.9. 1910 in Oberstraubing geboren, kam dieser Major, noch nicht ganz 35 Jahre alt, am 5. Mai 1945 um. Die Ehefrau hatte ihren Mann und zwei Kinder ihren Vater verloren.

Quellen- und Literaturhinweise:

Nach einer Bescheinigung der Mission Militaire de Liaison G5 Innsbruck vom 13.7.1945 (Unterschrift: Leutnant Eric Lutten)



Else Seyerle

Man schrieb den 25. April 1938, das fünfte Jahr des "tausendjährigen Reiches". Der II. Strafsenat des Oberlandesgerichts hatte sich versammelt, um ein "Urteil im Namen des Volkes" zu sprechen. Da saßen der Senatspräsident Dr. Kiefer, Oberlandgerichtsrat Gundert, Dr. Dopffel, Dr. Sick, Landgerichtsrat Dr. Azesdorfer und Staatsanwalt Hartter. Es galt eine Antifaschistin hinter Gitter zu bringen.

Auf zwölf Seiten hatten sie das neue "Recht" zusammengebaut. Das reichte für einen Schuldspruch. Was vor ein paar Jahren, in der Weimarer Republik, noch Recht war, wurde nun als "hochverräterisches Unternehmen" bezeichnet.

Vorbereitung zum Hochverrat

So verkündeten sie an jenem Apriltag: "Die Angeklagte, Else Seyerle, wird wegen der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter Anrechnung von 11 (elf) Monaten Untersuchungshaft zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr 6 Monaten verurteilt. OJO Nr. 170/37. Die Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen."

Ihr Ehemann, Albert Seyerle, diese Ehe bestand seit 1929, war bereits im November 1935 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" verhaftet worden und war mit kurzer Unterbrechung bis zum 15. April 1938 eingesperrt. Seine Stationen: Untersuchungsgefängnis Stuttgart, Landesstrafanstalt Ulm und Polizeidirektion Stuttgart ('Büchschmiere').

Auch Sohn Erwin, so geht aus einer Notiz hervor, "wurde im Jahre 1933 wegen Verbreitung von Flugblättern zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er war damals 16 Jahre alt. Das Urteil wurde vom Son-

dergericht Stuttgart verhängt." Stationen der Haft: Gestapo Stuttgart, Gerichtsgefängnis Stuttgart und Strafanstalt Rottenburg. Haftzeit: 31.10.1933 bis 16.6.1936.

Die Juristen hatten sich alle Mühe gegeben, um "Belastungsmaterial" gegen Else Seyerle zusammenzutragen. Aber auch in elf Monaten Untersuchungshaft war es ihnen nicht gelungen, der "Angeklagten" Geheimnisse zu entlocken.

So verkündeten sie in ihrer Urteilsbegründung: "Was die politische Einstellung (...) betrifft, so ist sie vor der nationalen Erhebung zwar im Holzarbeiterverband organisiert gewesen, (habe) im übrigen aber einer politischen Partei nicht angehört (...). Immerhin war sie (...) kommunistisch eingestellt. Dies konnte schon im Hinblick auf ihre nächsten Angehörigen gar nicht anders sein."

Spitzel am Werk

Wie sich bei der Verlesung der "Urteilsbegründung" herausstellte, war das Verfahren durch eine Familie D. in Asperg ausgelöst worden. Diese war zur Geheimen Staatspolizei gelaufen, um dort zu melden, daß Else Seyerle über ihre Adresse Post aus Krefeld bekomme. Die Briefe seien teilweise "verschlüsselt" gewesen. Die Briefschreiberin, Anna Pape, sei zudem wohl in der Zwischenzeit nach Frankreich geflüchtet. So wurde bei Else Seyerle der "Verdacht der illegalen Tätigkeit für die KPD" begründet.

Namen von weiteren Ludwigsburger Antifaschisten wie Franz Martin, Wilhelm Eppinger und Reinhold Bechtle werden angeführt. Seitenlang werden ihre "kommunistischen Lebensgeschichten" heruntergeleiert. Dienen zur "Urteilsbegründung".

Unter "Punkt D" führen die Stuttgarter Juristen in ihrer Urteilsbegründung auf Seite 12 an: "Bei der Strafzumessung stand der Gedanke der Abschreckung im Vordergrund. Straferschwerend kam ferner in Betracht, die Gefährlichkeit der Tat an sich, sowie vor allem die Tatzeit (Frühjahr bis Oktober 1936) und der Umstand, daß die Angeklagte durch Vorgänge in ihrer eigenen Familie hinreichend gewarnt war. (...) Beglaubigt Stuttgart, den 17. Mai 1938. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle Justizpraktikant gez. Schlumberger / R"

Vom 3. Mai 1937 bis 15.4.1938 war Else Seyerle in Stuttgart und bis 15. Dezember 1938 in Gotteszell eingesperrt.

Juli 1945

Im Juli 1945 schrieb sie über diese Zeit: "Nach der Machtergreifung Hitlers betätigte sich meine ganze Familie illegal gegen den Faschismus, wobei mein Ehemann und mein Sohn durch Verrat vom Sondergericht zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Ich selbst setzte diese Tätigkeit auch nachher noch fort und benützte zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit einer Freundin, die wegen ihrer antifaschistischen Tätigkeit verfolgt wurde und unter einem falschen Namen in Solingen lebte, eine Deckadresse. (...) Trotz schwerer Erkrankung mußte ich meine ganze Strafe verbüßen und habe dadurch einen dauernden körperlichen Schaden erlitten."

Ehrung für Else Seyerle

Anrechnung von Schonzeit auf den Urlaub

DGB kritisiert Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts — Frau Else Seyerle ausgezeichnet

Im Rahmen einer Delegiertenversammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kreis Ludwigsburg, wurde Frau Else Seyerle durch den Beigeordneten Georg Schulz-Harder das Verdienstkreuz am Bande überreicht. Frau Seyerle erhielt diese Auszeichnung, wie der DGB mitteilte, für ihre stetige Mitarbeit in den verschiedensten demokratischen Organisationen, Vereinigungen und Gremien, in denen sie vom 16. Lebensjahr an mitarbeitete, zum Wohl und Aufbau der Demokratie. Aus Anlaß der Auszeichnung der langjährigen Mitarbeiterin Frau Else Seyerle hatte der DGB-Kreis die Delegierten-Versammlung einberufen. Kreisvorsitzender Schummer begrüßte den Beigeordneten der Stadt Ludwigsburg, Schulz-Harder, und den stellvertretenden Landesbezirks-Vorsitzenden des DGB, Richard Knobel. Einleitend wies der Vorsitzende darauf hin, daß diese Delegiertenversammlung das oberste Gremium dieses DGB-Kreises sei und die Vertretung von mehr als 22 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern darstelle. Dabei sei der DGB mit seinen Gewerkschaften die größte demokratische Vereinigung sowohl der Stadt Ludwigsburg als auch des Kreises.



Bild: Gallas

Beigeordneter Schulz-Harder nahm dann die Auszeichnung von Frau Seyerle vor und überreichte ihr das Verdienstkreuz am Bande für Verdienste um

die Bundesrepublik Deutschland. In seiner Ansprache betonte er, daß sich Frau Seyerle durch die vielen Ehrenämter, in denen sie wirkte und immer die fortschrittliche Richtung vertrat, besondere Anerkennung erwarb. Wenn man ihren Lebenslauf verfolge, erscheine es einem fast unglaublich, was hier eine Frau neben ihren häuslichen Pflichten leistete. Die Übergabe der Auszeichnung und die Gratulation des Landesbezirks sowie des Kreises wurden von den Delegierten mit anhaltendem Beifall quittiert.

Anschließend sprach der stellvertretende Landesbezirks-Vorsitzende Knobel über „Die Gewerkschaften im Wandel der Gesellschaft“. Er stellte fest, daß sich die westdeutschen Gewerkschaften als sehr anpassungsfähig erwiesen hätten. Die Einheitsgewerkschaft sei heute das stärkste Element unserer Gesellschaft und der DGB eine Hauptstütze der Demokratie. In seinen weiteren Ausführungen standen die Erfolge der jüngsten Zeit im Vordergrund. So u. a. die Erstverträge über die Vermögensbildung, das gesetzliche Urlaubsgeld, das verbesserte Realeinkommen.

Anschließend erstattete Kreisvorsitzender Schummer den Geschäftsbericht für das Jahr 1964. Besondere Bedeutung kam dabei der Gesamtentwicklung im Kreisgebiet und der Rechtsschutzfähigkeit zu. U. a. wurden für Mitglieder in 72 Einzelfällen des Arbeits- und Sozialrechts 173 500.- DM eingeholt und mehr als 2800 Rechtsauskünfte erteilt. Von der Versammlungs-, Vortrags- und Vertretungsarbeit des DGB-Kreises wurde von den Delegierten mit Genugtuung Kenntnis genommen. In der anschließenden Diskussion wurde die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts über die Anrechnung von Schonzeit (nach Heilverfahren) auf den Jahresurlaub als „ungeheuerlicher Irrtum“ kritisiert. Wer der Schonung bedarf, könne nicht arbeitsfähig sein, sonst wäre die Schonzeitverordnung paradox. Der DGB wurde beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen.

Ehrung für Else Seyerle

Nach dem 2. Weltkrieg half Else Seyerle mit, die Gewerkschaften im Kreis Ludwigsburg aufzubauen.

Im Rahmen einer Delegiertenversammlung des DGB-Kreises Ludwigsburg wurde ihr 1965 das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

"Frau Seyerle erhielt diese Auszeichnung (...) für ihre stetige Mitarbeit in den verschiedensten demokratischen Organisationen, Vereinigungen und Gremien, in denen sie vom 16. Lebensjahr an mitarbeitete, zum Wohl und Aufbau der Demokratie."

Quellen- und Literaturhinweise:

Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 25. April 1938.

Notizen vom 25. Mai 1945 (Else und Albert Seyerle).

Schreiben zur Anklage gegen den ehemaligen SS-Mann E.B. aus Asperg vom 1. Juli 1945.

Fragebogen vom 16.11.1945 und 10.6.1946.

"Ludwigsburger Kreiszeitung" vom 19.8.1953, 12.4.1965 und 1.10.1976 (Ausgabe Besigheim).

1955-1980 25 Jahre IG Metall Verwaltungsstelle Ludwigsburg (S. 51).

100 Jahre SPD Ludwigsburg 1891-1991 (S. 67 und 77).

Gespräch mit Else Seyerle (24.4.1991.)

3013
Abschrift!

/8

Oberlandesgericht Stuttgart
II. Strafsenat.

Rechtskraft

Haft! Politisch!

Stuttgart, den 25. April 1938.

Der Urkundsbeamte
der Geschäftsstelle
Justiz-Inspektor
gez. Wild.

U r t e i l

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen

die am 2. Oktober 1904 zu Asperg Kreis Ludwigsburg
geborene, zuletzt in Ludwigsburg, Kronenstr. 2
wohnhafte Schreinerwehfrau

Else Seyerle geb. Kost geschiedene Schwenkkraus
wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, hat der
2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart in der Sitzung am
25. April 1938, an welcher teilgenommen haben als Richter:

Senatspräsident Dr. Kiefer
Oberlandgerichtsrat Gundert,
Dr. Dopffel und Dr. Sick,
Landgerichtsrat Dr. Azesdorfer

als Beamter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Hartter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle: Justizassistent Seeh.

nach mündlicher Verhandlung für Recht erklärt:

Die Angeklagte, Else Seyerle, wird wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter Anrechnung von 11. (elf) Monaten Untersuchungshaft zu der Gefängnisstrafe von ein... (elf) Monaten verurteilt.

OJo Nr. 170/37 Die Angeklagte

Anna Paape (1887 - 1978)

Anna Paape wurde am 19.11.1887 in Eningen Kreis Reutlingen geboren. Vom 11.3.1933 bis 17.10.1933 und vom 2.2.1934 bis 11.8.1934 war sie in Ludwigsburg, Stuttgart und Gotteszell in "Schutzhaft". Nach erneuter Inhaftierung ging sie 1937 in die Emigration nach Frankreich und wurde dort vom Mai bis August 1938 im Lager Gurs inhaftiert.

Bis 1933 war Anna Paape vor allem in der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) in Ludwigsburg tätig. Manches Kinderferienlager wurde von ihr betreut.

Ihren Aufzeichnungen von 1947 entnehmen wir: Nach meiner zweiten Entlassung aus dem Konzentrationslager Gotteszell wurde ich in Ludwigsburg von meinem Arbeitsplatz weg, bei einer Holzhandlung, wo ich einige Stunden am Tag arbeitete, wieder verhaftet. "Ich wollte noch telefonieren, weil mein Mann linksseitig gelähmt im Hause lag, damit sich jemand um ihn annahm, was mir K. (Kriminalkommissar Keller) aber strikte verbot und mir versprach, er würde eine Schwester schicken, was er aber nie gehalten hat. Er brachte mich nun zuerst für kurze Zeit in das Polizeigefängnis Ludwigsburg, damit er während dieser Zeit eine Haus(durch)suchung bei mir vornehmen konnte und dann zur endgültigen Vernehmung nach Stuttgart in das frühere Hotel Silber."

Bei der Gestapo

Der Grund meiner Verhaftung war damals, daß ich einer Bekannten, die aus politischen Gründen in Gotteszell eingesperrt war, einige Mark nach dort schickte.

"Bei der Vernehmung versuchte er (Kriminalkommissar Keller) von mir zu erfahren, von wem ich wußte, daß die Frau Leidig, um die es sich handelte, in Gotteszell war. Selbstverständlich gab ich den Namen nicht preis und nachdem

er mir zuerst mit Versprechungen den Namen zu entlocken suchte, hat er dann rasch eine andere Saite aufgezogen. Ich saß an der Seite seines Schreibtisches und nachdem er mich mit allerlei Schimpfworten bedachte und eine bedrohliche Haltung annahm, erhob ich mich sofort und nahm Rückendeckung (...) und daß er nicht davor zurückschreckt, Frauen zu schlagen. Er erhob sich gleichfalls, ging auf mich zu, beschimpfte mich in der unflätigsten Weise und schüttelte seine beiden Fäuste, bis sie nahe an meinem Gesicht waren. In mir war nur der eine Gedanke, wenn er dich schlägt, dann schlage ich zurück. An den an der Tür stehenden SS-Mann habe ich in meiner Erregung nicht mehr gedacht. Ich hatte mich starr aufgerichtet, die Hände zu Fäusten geballt und bereit zur Gegenwehr. (...) doch plötzlich trat er einen Schritt zurück und gab mir zu verstehen, er lasse mich eben solange sitzen, bis es mir einfallen würde, von wem ich die Nachricht habe.

Meine Tochter war damals schon in Paris und er fragte mich, von was sie denn lebe, worauf ich ihm antwortete, daß ich es nicht wisse, 'Von der Liebe wird sie leben', sagte er mir in seiner gemeinen Art. Alle die Schimpfworte, mit denen er mich bedachte, sind mir im Laufe der Jahre entfallen, aber dieses Letztere hat sich mir unauslöschlich eingepägt.

Wochenlang in Stuttgart eingesperrt

Wochenlang saß ich dann in der Stadtdirektion in Stuttgart, ohne daß ich Wäsche oder eine Nachricht über das Befinden meines Mannes erhielt. Als ich dann meinen Schutzhaftbefehl unterzeichnen mußte, habe ich mich beim Innenminister Schmid über die Behandlungsweise des Herrn Keller beschwert und gebeten, daß man meine

Sache einem anderen Kommissar übertragen möchte, bei dem eine objektive Überprüfung gewährleistet sei.

Bei der 2. Vernehmung - es war dies nach meiner Beschwerde - sagte Keller zu dem mich begleitenden SS-Mann: 'Behandeln sie die Frau ja höflich, die beschwert sich nämlich beim Innenminister', zu mir selbst aber sagte er: 'Wenn der Innenminister diese Akte durchsieht, dann wandert ihre Beschwerde in den Papierkorb.'

Nach zweimonatiger Haft wurde ich entlassen mit der Bemerkung von Keller, daß er noch niemand so ungern entlassen habe, wie mich, daß er mich aber nächstes Jahr wieder holen würde. Darauf habe ich bald Ludwigsburg verlassen, bis sich dann die Gestapo in anderen Orten für mich interessierte, worauf ich dann 1937 in die Emigration nach Paris zu meiner Tochter ging."

Nach 1945 kehrte Anna Paape nach Ludwigsburg zurück, wo sie beim Sozialamt tätig war und in den sehr schwierigen Jahren nach 1945 am Aufbau teilnahm.

Anna Paape war Gründungsmitglied und Ehrenvorsitzende der VVN-Bund der Antifaschisten des Kreises Ludwigsburg. Am 30.4.1978 ist sie verstorben.

Auf dem Friedhof in Ludwigsburg-Pflugfelden hat Anna Paape ihre letzte Ruhestätte gefunden.

Quellen- und Literaturhinweise

Anna Paape: "Bericht über meine Verhaftung und Vernehmung durch den Kriminalkommissar Keller im Oktober 1935 in Stuttgart ("Hotel Silber")" vom 17. April 1947.

Schreiben der Spruchkammer des Internierungslagers 72 (Ludwigsburg) vom 25.3.1947 im Zusammenhang mit dem ehemaligen Polizei- und Gestapomann Friedrich Keller (Intern.-Nr. 1500).

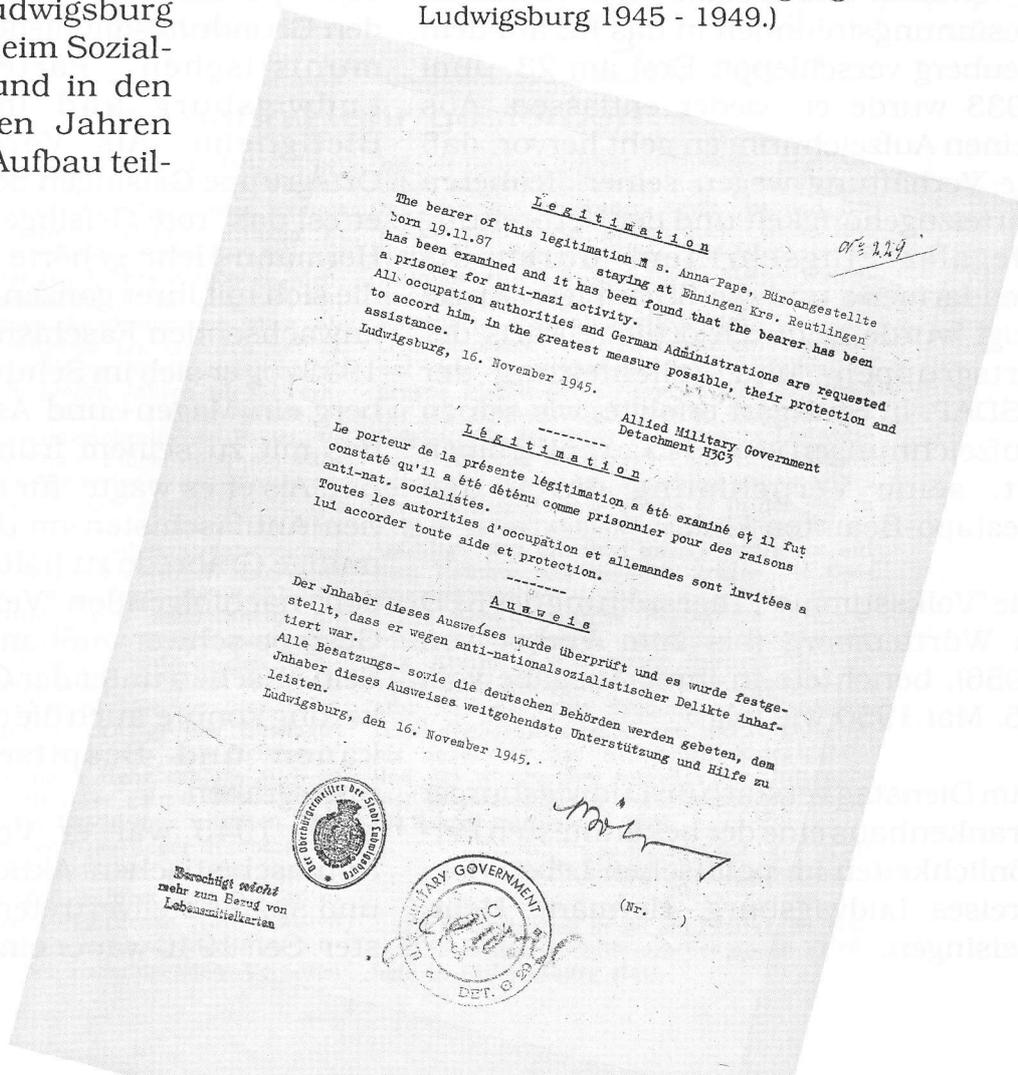
Ludwigsburger Zeitung vom 15.2.1934 (Neue Urteile des Sondergerichts).

Streiflichter 1 S. 23.

Streiflichter 2 S. 19 und 47.

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 2.5. und 9.5.1978.

Ludwigsburger Geschichtsblätter 45/1991 S.171ff. (Die Internierungslager in und um Ludwigsburg 1945 - 1949.)



Hermann Hehr 1895-1950

Heute heißt die Stadt Freiberg am Neckar, die aus den Gemeinden Beihingen, Geisingen und Heutingsheim über die Verwaltungsgemeinschaft Gründelbach hervorgegangen ist und Partnerschaften zu Soisy (Frankreich) und Roßwein in Sachsen unterhält.

Kaum einer der Bewohner kennt noch den Namen Hermann Hehr, der in der jetzigen Teilgemeinde Geisingen am 29. April 1895 geboren wurde. Als er der SPD beitrat, errang seine Partei bei den Reichstagswahlen von 1912 mit ihren etwa 20 Mitgliedern in Geisingen einen Stimmenanteil von 53,4 % der abgegebenen Stimmen.

Nach dem I. Weltkrieg gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der KPD im Kreis Ludwigsburg. Am 21. März 1933 wurde er verhaftet und zusammen mit anderen Gesinnungsfreunden in das KZ auf dem Heuberg verschleppt. Erst am 23. Juni 1933 wurde er wieder entlassen. Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, daß die Verhaftung wegen seiner "früheren Parteizugehörigkeit und der Verbreitung illegaler Flugschriften" durch die Gendarmerie und die SS erfolgte. Angezeigt wurde er durch örtliche Nazis der Ortsgruppen- und Zellenleitung der NSDAP. In Stuttgart erfolgte, wie seinen Aufzeichnungen von 1945 zu entnehmen ist, seine Vernehmung durch den Gestapo-Beamten Link.

Die "Volksstimme", Tageszeitung der KPD in Württemberg (bis zum Verbot von 1956), berichtete in ihrer Ausgabe vom 25. Mai 1950 wie folgt:

"Am Dienstag verstarb im Ludwigsburger Krankenhaus eine der bekanntesten Persönlichkeiten im politischen Leben des Kreises Ludwigsburg, Hermann Hehr, Geisingen.

Er ist das Beispiel eines der Sache der Arbeiter und des werktätigen Volkes ergebenen Menschen, eine Persönlichkeit, die aufgrund seiner sozialistischen Anschauung in allen Situationen das Richtige tat.

Geboren am 29. April 1895 in Geisingen Kreis Ludwigsburg kam er schon in jungen Jahren zur Gewerkschaftsbewegung. Mit 18 Jahren wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, wo er stets auf dem linken Flügel stand und während des ersten Weltkrieges das Wesen des imperialistischen Krieges kennen lernte. Als Marinesoldat gehörte er zu denen, die 1918 am Ausbruch der Revolution entscheidend beteiligt waren. Er gehörte dem Arbeiter- und Soldatenrat an, wo er durch seine Aktivität und klare Haltung sich auszeichnete.

Als Mitglied der USP wandte er sich rasch dem Spartakusbund zu und gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Kommunistischen Partei im Kreis Ludwigsburg und im Gebiet von Bietigheim. Als Vorsitzender der Ortsgruppe Geisingen der KPD verstand er es, das "rote Geisingen" zu schaffen. Hermann Hehr gehörte auch zu jenen, die sich mit ihrer ganzen Kraft gegen den anwachsenden Faschismus wandten.

1933 zog er sich im Schutzhaftlager Heuberg ein Magen- und Asthmaleiden zu, das mit zu seinem frühen Tod geführt hat. Als er es wagte, für einen verstorbenen Antifaschisten im Jahre 1937 eine mutige Grabrede zu halten, wurde er bei den nachfolgenden Verhören bei der Gestapo schwer mißhandelt.

Sein Ansehen unter der Geisingen Bevölkerung konnte auch die dauernden Schikanen und Bespitzelungen nicht untergraben.

Nach 1945 war er Vorsitzender des Antifaschistischen Aktionsausschusses und später stellvertretender Bürgermeister. Seit 1946 war er eine der führenden

Persönlichkeiten des Geisinger Gemeinderates. Außerdem war er Vorsitzender des Bezirksausschusses der Industriegewerkschaft Metall der Ortsverwaltung Stuttgart für das Gebiet Ludwigsburg. Mitglied des Ortskartells der Gewerkschaften in Ludwigsburg. Mitglied der Kreisleitung Ludwigsburg der KPD.

Durch die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes wurde er in der letzten Zeit in seinen Aktivitäten immer mehr beeinträchtigt. Wer soll jetzt unsere Interessen auf dem Rathaus wahrnehmen, fragen die Geisinger Einwohner.

Die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften, die gesamte werktätige Bevölkerung des Kreises Ludwigsburg verliert in ihm einen ihrer besten und treuesten Kämpfer. Es gibt für uns," schreibt die "Volksstimme" weiter, "seine Freunde und Genossen seine Gewerkschaftskollegen nichts besseres, als angesichts der dro-

henden Kriegsgefahr und des wachsenden Angriffs der Unternehmer in seinem Sinne weiterzuarbeiten, damit die Lücke geschlossen wird. Landesvorstand der KPD Württemberg-Baden.

Die Einäscherung findet am Freitag, 26. Mai, 14.30 Uhr 1950 im Krematorium des neuen Friedhofs in Ludwigsburg statt."

Quellen- und Literaturhinweise:

Fragebogen der Gemeinde Geisingen vom 12.7.1945.

Fragebogen I des Landesausschusses Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch Verfolgten - Landesstelle Stuttgart.

Karteikarte 7570 (VVN-Bezirk Ludwigsburg).

"Volksstimme", Tageszeitung der KPD für Württemberg vom 25.5.1950.

100 Jahre SPD Ludwigsburg 1891-1991 S.143.

Hermann Hehr gestorben

Am Dienstag verstarb im Ludwigsburger Krankenhaus eine der bekanntesten Persönlichkeiten im politischen Leben des Kreises Ludwigsburg, Hermann Hehr, Geisingen. Er ist das Beispiel eines der Sache der Arbeiter und des werktätigen Volkes ergebenden Menschen, eine Persönlichkeit, die aufgrund seiner sozialistischen Anschauung in allen Situationen das Richtige tat. Geboren am 29. April 1895 in Geisingen, Kreis Ludwigsburg, kam er schon in jungen Jahren zur Gewerkschaftsbewegung. Mit 18 Jahren wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, wo er stets auf dem linken Flügel stand und während des ersten Weltkrieges das Wesen des imperialistischen Krieges kennen lernte. Als Marinesoldat gehörte er zu denen, die 1918 am Ausbruch der Revolution entscheidend beteiligt waren. Er gehörte dem Arbeiter- und Soldatenrat an, wo er durch seine Aktivität und klare Haltung sich auszeichnete. Als Mitglied der USP wandte er sich rasch dem Spartakusbund zu und gehörte zu den Gründern der Kommunistischen Partei im Kreis Ludwigsburg und im Gebiet von Bietigheim. Als Vorsitzender der Ortsgruppe Geisingen der KPD verstand er es, das „rote Geisingen“ zu schaffen. Hermann Hehr gehörte auch zu jenen, die sich mit ihrer ganzen Kraft gegen den anwachsenden Faschismus wandten. 1933 zog er sich im Schutzhaftlager Heuberg ein Magen- und Asthmaleiden zu, das mit zu seinem frühen Tod geführt hat. Als er es wagte, für einen verstorbenen Antifaschisten im Jahre 1937 eine mutige Grabrede zu halten, wurde er bei nachfolgenden Verhören

bei der Gestapo schwer mißhandelt. Sein Ansehen unter der Geisinger Bevölkerung konnten auch die dauernden Schikanen und Bespitzelungen nicht untergraben. Nach 1945 war er Vorsitzender des Antifaschistischen Aktionsausschusses und später stellvertretender Bürgermeister. Seit 1946 war er eine der führenden Persönlichkeiten des Geisinger Gemeinderates. Außerdem war er Vorsitzender des Bezirksausschusses der Industriegewerkschaft Metall der Ortsverwaltung Stuttgart für das Gebiet Ludwigsburg. Mitglied des Ortskartells der Gewerkschaften in Ludwigsburg. Mitglied der Kreisleitung Ludwigsburg der KPD. Durch die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes wurde er in der letzten Zeit in seiner Aktivität immer mehr beeinträchtigt. Wer soll jetzt unsere Interessen auf dem Rathaus wahrnehmen, fragen die Geisinger Einwohner.

Die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften, die gesamte werktätige Bevölkerung des Kreises Ludwigsburg verliert in ihm einen ihrer besten und treuesten Kämpfer. Es gibt für uns, seine Freunde und Genossen, seine Gewerkschaftskollegen nichts besseres, als angesichts der drohenden Kriegsgefahr und des wachsenden Angriffs der Unternehmer in seinem Sinne weiterzuarbeiten, damit die Lücke geschlossen wird.

Landesvorstand der KPD
Württemberg-Baden

Die Einäscherung findet am Freitag, 26. Mai, 14.30 Uhr, im Krematorium des neuen Friedhofs in Ludwigsburg statt.

Sozialdemokraten berichten

W. S. Marbach

"Etwa 10 Jahre lang habe ich für die sozialdemokratischen Zeitungen 'Neckarpost' (Ludwigsburg), 'Schwäbische Tagwacht' (Stuttgart) und für das 'Neckar-Echo' (Heilbronn) als Berichterstatter mitgewirkt.

Etwa von 1927/28 an schrieb ich gegen den Nationalsozialismus. Vor Reichstags- und Landtagswahlen war ich als Versammlungsleiter tätig und trat auch in nationalsozialistischen und deutschen nationalen Versammlungen als Diskussionsredner auf.

In der Hauptsache galt mein Kampf der Judenhetze, dem Militarismus und dem Nationalsozialismus. Mit der Organisation 'Reichsbanner' und mit den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei beteiligte ich mich bis zum Jahre 1933 an allen Flugblattverteilungen im gesamten Amtsbezirk Marbach.

Am 23. Juni 1933 wurde ich wegen angeblich politischer Umtriebe verhaftet, am 7. Juli 1933 ins KZ-Lager Heuberg gebracht und dort am 27. Oktober des gleichen Jahres entlassen.

Wenn ich nicht schon vorher ein glühender Hasser des Nationalsozialismus gewesen wäre, im Konzentrationslager wäre ich es geworden."

Die Nazis haben es, dies ist aus Archivunterlagen ersichtlich, nicht dabei belassen. Die Bibliothek von W.S. wurde beschlagnahmt, im Steinbruch des KZ-Lagers und beim Straßenbau mußte er in seinem Sonntagsanzug arbeiten und nach der Entlassung konnte er erst 1934 wieder seine Tätigkeit aufnehmen.

"Von der (Nazi-)Parteileitung wurde der

verschärfte Boykott über mein (...) Geschäft verhängt. Aus Angst vor den Folgen sind viele einstige Stammkunden weggeblieben. Später wurde mir dann noch der Verkauf von Kaffee, Tee, Schokolade und Zuckerwaren, in denen ich einen nennenswerten Umsatz hatte, entzogen." (1)

H. S. Ludwigsburg

Fast 10 Jahre sind vergangen, seit ich dieses Gespräch mit einem Ludwigsburger Sozialdemokraten führte.

Vor 1933 gehörte er der SAP an. Manche Einzelheiten sind verblichen. Einiges hat H.S. noch in guter Erinnerung als wäre es erst jetzt gewesen.

Da ist der Waffentransport von Österreich in Richtung Spanien, um die Verteidiger der Republik zu unterstützen. Einmal habe er auch die ganze Fahrt bis nach Spanien gemacht. In Ludwigsburg sei diese Tätigkeit nicht bekannt geworden. Danach habe er seine Frau kennen gelernt. Er sei auch einmal als "wehrunwürdig" eingestuft worden, dann doch zur Wehrmacht eingezogen und in russische Gefangenschaft geraten. (2)

Überrascht war W. S. als er dort dem Oberleutnant der Roten Armee, Herr, der aus Kornwestheim stammte und vorher in Spanien gekämpft hatte, vorgeführt wurde. (3)

Antifaschisten sahen sich unter ganz veränderten Verhältnissen wieder.

Es gab keine Vernehmung, nur die Feststellung der Personalien. Dabei war auch noch ein weiterer Vertreter des "Nationalkomitees Freies Deutschland", der angab, aus Asperg zu stammen.

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft habe er erfahren, daß der ehemalige Ludwigsburger KPD-Stadtrat Weidenbach, der nach 1945 zu einer Beratung zwischen KP und SP in Hoheneck war, für ihn einen Antrag auf vorzeitige Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft gestellt habe. Allerdings ohne Erfolg.

Quellen und Literaturhinweise:

- 1.) Schreiben vom 26.3.1946 und 31.3.1947
- 2.) Gespräch vom 1.8.1983, Interview Werner Hoffmann
- 3.) Streiflicher 4/1990 S. 54

Die Zerstörung einer Familie

Unter denen die im Dritten Reich besonders hart von Verfolgungen betroffen waren, befand sich die Familie M. aus Ludwigsburg.

Am 15. Oktober 1936 meldete die "Ludwigsburger Zeitung": "(...) wurde gegen Paul M. (...) eine Zuchthausstrafe von drei Jahren (...) ausgesprochen (...). Die Ehefrau des M. erhielt wegen Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat sechs Monate Gefängnis." Die Anklage warf ihnen vor, sie hätten sich in der Zeit von April 1933 bis Juni 1935 in Ludwigsburg illegal für die "Rote Hilfe" betätigt und eine Reihe von kommunistischen Druckschriften verteilt.

Warnung an die Bevölkerung

Als Warnung setzte die "Ludwigsburger Zeitung" hinzu, und die ganze Bevölkerung konnte es lesen: "Die Urteile des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stuttgart sind ein deutlicher Beweis dafür, daß der nationalsozialistische Staat in keiner Weise gewillt ist, kommunistische Bestrebungen, die das deutsche Volk in seinem Bestande gefährden, zu dulden.

Mögen die Urteile eine eindringliche Warnung für alle sein, die glauben, sich heute noch im Deutschen Reiche kommunistisch betätigen zu können."

Die Haftorte von Paul M. waren: Stuttgart vom 9.1.1936 - 7.5.1936, Stuttgart-Cannstatt vom 7.5.1936 - 6.10.1936 und Zuchthaus Ludwigsburg bis 16.1.1939. Die Familie M. hatte vier Kinder, die zur "Fürsorgeerziehungssache" erklärt wurden.

In einem Beschluß vom 1. Juli 1936 stellte das Amtsgericht Ludwigsburg fest, daß die Kinder, Paul M. befand sich bereits in Haft, "vorläufig" bei der Mutter zu belassen sind, aber unter "Schutzaufsicht" zu stellen seien. Amtsgerichtsrat Lemberger ging nicht auf den Einwand ein, es bestehe "Verwahrlosungsgefahr (...) durch staatsfeindliche Beeinflussung in sittlicher und religiöser Beziehung."

Am 10. Dezember 1936 teilte Rechtsanwalt Dr. Hugo Weber in einem Schreiben an Martha M. mit: "In Ihrer Gnadensache hat der Herr Reichsminister der Justiz das Gnadengesuch abgelehnt, aber Aussetzung der Strafvollstreckung über die Feiertage bis 10. Januar zugestanden. So erklärt sich die zugestellte Ladung zum Strafantritt auf 11. Januar." Paul M. befand sich zu dieser Zeit bereits im Zuchthaus Ludwigsburg.

Kinder mußten weggegeben werden

Innerhalb einiger Wochen mußte Martha M. die vier Kinder unterbringen und ihre Strafe in Gotteszell antreten.

Zwei der Kinder kamen auf die Karlshöhe in Ludwigsburg, ein Kind zu Verwandten und das vierte Kind konnte in einem Kinderheim in Korntal untergebracht werden.

Ein Brief aus dieser Zeit ist noch erhalten geblieben.

*Anstalt Karlshöhe
Ludwigsburg, den 5. Februar 1937*

Liebe Frau M.

Endlich kommt der Brief mit dem Bildchen und den beiden Brieflein Ihrer Kinder. Kinder schreiben nicht gerne Briefe und so mußte ich leider sie sehr oft zum Schreiben ermahnen bis es endlich wahr wurde. Wie aus den Briefen hervorgeht, geht es Ihren lieben Kindern hier gut. Daß sie etwas Heimweh haben ist recht, aber gewiß ist es bei ihnen nicht so groß wie bei Ihnen selbst. Sie sind recht fröhlich mit den Kameraden bzw. Kameradinnen. Gott schenke Ihnen Kraft, jeden Tag neu, daß Sie auch diese Zeit der Trennung von Ihren Lieben tragen und überstehen können. Die Kinder werden Ihnen von Zeit zu Zeit immer wieder schreiben. Wenn es länger dauert als sie warten möchten, dann machen Sie sich aber keine Sorgen. (...) Wir haben sie hier lieb und tun gerne an ihnen was wir können.

*Seien Sie nun herzlich begrüßt
und Gott befohlen*

von Ihrem treu gedenkenden

Pfr. Länge (?)

(Name undeutlich, d.R.)

Als Häftling Nr. 2542 wurde Martha M. darauf bis 11. Juli 1937 im Frauengefängnis Gotteszell (Schwäbisch-Gmünd), in dem schon 1933 Frauen aus dem Kreis Ludwigsburg eingesperrt wur-

den, festgehalten. Eine neue Gefahr drohte der Familie nach ihrer Entlassung.

KZ oder Entlassung aus dem Zuchthaus

Rechtsanwalt Dr. G. Müller schreibt dazu am 4.11.1938: "An das Zuchthaus Ludwigsburg mit der Bitte um Weiterleitung unter Anschluß der dortigen Akten an die Geheime Staatspolizei Stuttgart-Süd, Dorotheenstr. 2-4 (...) Namens der Ehefrau M. bitte ich erg. die Strafhaft damit bewenden zu lassen und von der Anordnung der Schutzhaft nach Verbüßung der Strafe absehen zu wollen. (...) die Familie des Verurteilten (ist) z. Zt. auf die Unterstützung der Fürsorge angewiesen. Die Beanspruchung öffentlicher Mittel fällt weg, sobald der Verurteilte in der Lage ist, für seine Familie wieder selbst zu sorgen. (...) Ich bitte daher, dem Gesuch der Ehefrau M. stattgeben zu wollen und den Ehemann M. nach Verbüßung der Strafhaft auf freien Fuß zu setzen.

Paul M. kam frei

Im "Februar 1943 wurde ich," so schrieb er am 27.8.1947, "zum Militärdienst eingezogen zu dem berüchtigten Bewährungsbataillon 999. Zum Kriegseinsatz kam ich nach Griechenland. Von dort aus nach der Insel Rhodos deportiert, wo ich in amerikanische Gefangenschaft kam." Mit Datum 17.9.1944 wurde er unter der Gefangenenummer 316709637 registriert. Während seiner Haft, so ist seinen Aufzeichnungen zu entnehmen, "stellten sich Magen- und Gallenbeschwerden ein". Er litt unter "einseitiger Ernährung und seelischen Depressionen" Weiter schreibt er: "Während meiner Militärzeit bei 999 verschlimmerte sich mein Leiden, so daß ich mich (bis) heute in dauernder ärztlicher Behandlung befinde."

Paul M., der seit 1932 der KPD angehört

hatte, wurde ab 1.12.1945 bei dieser Partei wieder als Mitglied geführt und war bei der AOK Ludwigsburg tätig. Er starb 1953 in Ludwigsburg und wurde im Familiengrab auf dem Ludwigsburger Neuen Friedhof beigesetzt.

Seine Ehefrau hat ihn überlebt. Sie lebte still und bescheiden.

Am 17. November 1979 wurde ihr die Ehrenmedaille nebst Ehrenurkunde "für hervorragende Verdienste im Widerstandskampf gegen das nationalsozialistische Gewaltregime, für die Wiederher-

stellung von Freiheit und Demokratie" durch das Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten verliehen. Martha M. verstarb am 24.8.1982 in Ludwigsburg. Bei der Feuerbestattung würdigte der Redner der VVN-Bund der Antifaschisten ihre Verdienste und führte u. a. aus: "Heute nehmen wir Abschied von einer Frau, die durch ihren Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft sich um das Wohl des deutschen Volkes verdient gemacht hat und die uns für die weitere Arbeit Vorbild ist."

Quellen- und Literaturhinweise

Archiv der VVN-BdA Ludwigsburg: "Ludwigsburger Zeitung" vom 15.10.1936 (Abschrift)

Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Hugo Weber vom 10.12.1936

Beschluß des Amtsgerichts Ludwigsburg vom 1.7.1936

Brief der Karlshöhe vom 5.2.1937

Schreiben an die Geheime Staatspolizei vom 4.11.1938

Fragebogen 1 an die Landesstelle der VVN vom 30.5.1946

Lebenslauf des Paul M. vom 27.8.1947

Aufzeichnungen von Wilhelm Eppinger, Besigheim

"Ludwigsburger Kreiszeitung": 26.8.1982, 23.10.1987 und 18.3.1991

Die Verfolgung der Ernsten Bibelforscher

Chronologie eines Verbrechens

Wir berichteten bereits in Heft 4 über die Verfolgung der Ernsten Bibelforscher. Von den ca. 19.000 Anhängern, die die Internationale Bibelforschervereinigung 1933 in Deutschland zählte, wurden in der Nazizeit etwa 10.000 verhaftet, von denen 4.000 bis 5.000 in den Haftanstalten und Konzentrationslagern ums Leben gebracht und ermordet wurden.

Im Vorfeld wurden dabei zur Stimmungsmache und Terrorisierung der Ernsten Bibelforscher nicht nur die "Gliederungen der Bewegung", sondern auch Arbeitgeber, Polizei, Arbeitsamt, Gerichte, Schulen, ja alle Machtmittel des Staates eingesetzt.

Aus einem SA-Bericht:

Sie mißbrauchen die Erlaubnis zum Bibelvertrieb, dabei verteilen sie Flugzettel und werben neue Anhänger. Auf die Rückseite der an sich gestatteten Werbezettel für den Bibelvertrieb drucken sie Propagandaparolen für die Zeugen Jehovas.

Bei dieser Tätigkeit "weissagte" ein Anhänger dieser Sekte aus der Heiligen Schrift, das Dritte Reich würde bald vergehen, um dem Reiche Jehovas Platz zu machen. Er sprach auch über die Aufrüstung Deutschlands. Diese staatsfeindliche Einstellung und Tätigkeit ist gerichtlich erwiesen, da der Sektierer sein Verhalten mit 6 Monaten Gefängnis büßen mußte.

Bei der Werbetätigkeit wird mit großer Vorsicht vorgegangen. Mehrere als Kaffeehausbesuche getarnte Zusammenkünfte finden zu gleicher Zeit in verschiedenen Stadtgeden und Wohnungen

einzelner Mitglieder statt, wobei höchstens bis drei Personen teilnehmen.

Wie verheerend sich die Weltanschauung dieser Sekte auswirkt, zeigt ein Fall in Berlin. Dort wurden mehrere Personen festgenommen wegen Teilnahme an einer Bibelforscherversammlung. Darunter befand sich auch ein Hauptwachtmeister der Schupo, der bei seiner Vernehmung erklärte, daß er im Ernstfalle von einer Waffe, mit der er evtl. einen Menschen töten könne, im Interesse des Staates keinen Gebrauch machen würde.

Diese Bibelforscher scheuen sich auch nicht, Postkarten mit Beschimpfungen des Führers zu versenden.

(...) Im Bezirk Halle werden illegale Druckschriften verbreitet. Sie sind überschrieben: "Sie essen das Brot der Gesetzlosigkeit und trinken Wein der Gewalttaten."

Gegen die Verfolgung der Zeugen Jehovas gab es schon in den Anfangsjahren des Dritten Reiches weltweite Proteste.

Hier eines der vielen Telegramme, das wir aus "Die Stimme des anderen Deutschland" herausgegeben vom Rat der VVN (1949), entnommen haben:

20000 Telegramme der »Zeugen Jehovas« (Bibelforscher)

Aus Amerika, Kanada, England sowie allen Ländern des europäischen Festlandes.

Telegramm		Deutsche Reichspost	
0734 NEWYORK-715-37 6 1140 WUN			
Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit 1. Okt. 1934 14 ⁴⁵	ADOLF HITLER	Übermittelt Tag Z-itz an doren	
von Berlin durch Am Berlin	REICHSKANZLER BERLIN		
IHRE SCHLECHTE BEHANDLUNG DER ZEUGEN JEHOVAS			
EMPORT DIE GUTEN MENSCHEN UND ENTHEHRT GOTTES			
NAMEN + HÖRN SIE AUF JEHOVAS ZEUGEN WEITER ZU			
VERFÖLGEN SONST WIRD GOTT SIE UND IHRE NATIONALE			
PARTEI VERNICHTEN			
JEHOVAS ZEUGEN			
Für amtliche Rückfragen			

Beispiele aus dem Kreis Ludwigsburg

Nach langwierigen Forschungen, die noch nicht abgeschlossen sind, hier einige Beispiele aus dem Kreis Ludwigsburg:

Stimmungsmache Die NSDAP

Auszug aus dem Kreis-Tätigkeitsbericht der NSDAP Ortsgruppe Ludwigsburg-Eglosheim:

Monat März 1936

Gegnerische Umtriebe:

Sämtliche Bibelforscher gehören auf einer Insel im großen Ozean interniert.

Vorsichtshalber werden alle, die nicht abgestimmt haben, aus ihren Betrieben entlassen. Wie einwandfrei feststeht sind die Nein-Stimmen in Kreisen zu suchen, wo man sie am wenigsten erwartet. (Näheres wird der Po.Po. mitgeteilt werden.) Ludwigsburg, den 6. April 1936.

(gez.) Grüb (Kreispropagandaleiter)

(gez.) Trefz Kreisleiter

April 1936

Gegnerische Umtriebe

Bibelforscher!! Ungestört und seelenruhig ist es ihnen nach wie vor möglich, zu tun und zu lassen was ihnen beliebt. Ungestört wohnen sie nach wie vor in der städt. Siedlung! Es scheint, daß das so in Ordnung ist!!!

Ludwigsburg-Eglosheim, den 2. Mai 1936

(gez.) i.V. Schieber

(gez.) Karl Flemming

Ortsgruppen-Propagandaleiter
Ortsgruppenleiter

Die Polizei

Empfangsbescheinigung über 1 Exemplar "Die Harfe Gottes"

H.Fr. Picht

Z.B.t.

Ludwigsburg, 2.7.36

(gez) Fritz Picht

t. (gez.) Götz Krim. Komm.

Der Arbeitgeber



Deutsche Linoleum-Werke AG

BETRIEBE:

- WERK BIETIGHEIM (bei Stuttgart)
- .. ANKER
- .. HANSA } DELMENHORST
- .. SCHLÜSSEL }
- .. MAXIMILIANSAU (Rheinpfalz)
- .. CÖPENICK
- .. VELTEN (Mark)

Herrn

Friedrich G ö z i n g e r ,

Bi et i g h e i m / E.

Bahnhofstr. 25.

WERK BIETIGHEIM

(Antwort an diese Stelle erbitten)

Drähtenschrift:

Linoleumwerke Bietingheimwürtt
Fernruf:

Amt Bietingheim Nr. 245 und 246
Amt Stuttgart Nr. 807 41, 807 42, 807 43, 81660

BIETIGHEIM, 3. April 1936.
bei Stuttgart

Wegen Verletzung Ihrer vaterländischen Pflicht bei der Reichstagswahl am 29. März 1936 waren wir auf Grund des § 5 Abschnitt III/3 unserer Betriebsordnung gezwungen, Sie mit Wirkung vom 30. März 1936 fristlos zu entlassen. Diese Entscheidung wurde Ihnen durch den Betriebszellen-Obmann unserer Firma eröffnet.

Wir übersenden Ihnen daher ungeschlossen Ihre Papiere. Dieselben bestehen aus

- Arbeitsbuch,
- Quittungskarte Nr. 13 (Invaliden-Versicherung)
- mit geklebten Marken bis einschliesslich 29.3.1936,
- Steuerkarte,
- Mitgliedsbuch der DAF, mit geklebten Marken bis einschliesslich März 1936, das Mitgliedsbuch ist von Ihnen noch zu unterzeichnen,
- Lohn aus Zahltag Nr. 13 RM 43.79.

Den Empfang der Papiere und Ihres Lohnes ist auf der beigefügten Zweitfertigung dieses Schreibens zu bescheinigen.

Demgegenüber ersuchen wir Sie, uns gemäss § 6 unserer Betriebsordnung das in Ihren Händen befindliche Exemplar der Betriebsordnung zurückzugeben.

Gleichzeitig machen wir Sie darauf aufmerksam, dass jede Bemühungen wegen Rücksprache mit einem unserer Herren in Ihrer Entlassungsangelegenheit zwecklos sind.

-2-



an Herrn Friedrich G ö z i n g e r , Bi et i g h e i m / E.

Seite 2
3.4.1936.

Mit Deutschen Gruss
DEUTSCHE LINOLEUM-WERKE A.-G.

Das Arbeitsamt

Arbeitsamt Ludwigsburg
Den 27. April 1936

Betr.: Unterstützung
An Herrn
Friedrich Gözinger
in Bietigheim

"Ihrem Antrag auf Arbeitslosen-Unterstützung kann erst nach einer Sperrfrist von 6 Wochen, die am 13. April 1936 beginnt, entsprochen werden.

Gründe: Sie haben Ihre Arbeitsstelle bei der Firma Deutsche Linoleum-Werke A.G., Bietigheim, durch ein Verhalten verloren, das zur fristlosen Entlassung berechtigt. (...)"

Die Justiz

Das Landgericht zur Anzeige des
Bibelforschers Gözinger

Der Oberstaatsanwalt beim
Landgericht Heilbronn
Den 25. Mai 1936
Geschäftsnummer: Js. 2389/36

In Ihrer Anzeigensache (...) wegen Landfriedensbruch wird das Verfahren eingestellt. (...) Die den Beschuldigten zur Last gelegten Straftaten sind gemäß 3 § 1 Absatz 1 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 23.4.36 (RGBl. I. S. 378) straffrei.

gez. Fach

PS. Namen der fünf Beschuldigten liegen vor.

Die Schule

Der Leiter der Deutschen Volksschule in Gemmrigheim Schulbezirk Ludwigsburg Gemmrigheim, den 26. Januar 1940

An Frau
Friederike Zehender

Hier

Betr.: Verweigerung des Deutschen Grußes

Der Herr Bezirksschulrat in Ludwigsburg teilte mir mit, daß Sie seiner Vorladung nach Ludwigsburg nicht Folge geleistet haben.

Er hat deshalb mich beauftragt, die gegen Sie vorliegende Anklage zu untersuchen.

Ich ersuche Sie deshalb, am kommenden Montag, den 29. Januar, nachm. 4 Uhr in meinem Amtszimmer, Neues Schulhaus, II. Stock, zu erscheinen.

gez. Unterschrift

Das Amtsgericht

Die vorläufige "Fürsorgeerziehung"

GR. 43/45/40
Amtsgericht Besigheim
Beschluß vom 5. Februar 1940

Die Schüler

1. Rolf Zehender, geb. am 6.4.1931, zur Zeit im 2. Schuljahr,
2. Inge Zehender, geb. am 20.5.1932, zur Zeit im 1. Schuljahr, - Eltern: Ernst Zehender, Fabrikarbeiter in Gemmrigheim und Friederike Zehender -

3. Linda Alber, geb. am 1.6.1931, zur Zeit im 2. Schuljahr, - Eltern Adolf Alber, Fabrikarbeiter in Gemmrigheim und Else Alber -
werden der vorläufigen Fürsorgeerziehung überwiesen.

Gründe.

Die drei zuvor erwähnten Kinder verweigern nach dem Bericht des Schulleiters von Gemmrigheim an den Bezirksschulrat in Ludwigsburg in der Schule den Deutschen Gruß. Sie verweigern ihn geflissentlich, denn auch die Ermahnungen ihres Klassenlehrers und die Vorhaltungen des Schulleiters fruchten bei ihnen nichts. Dieses Verhalten der noch so jungen Schüler kann nicht auf ihrem eigenen Willen beruhen, sondern ist auf den Willen und das Geheiß ihrer Eltern zurückzuführen. Ihre Mütter geben dies auch dadurch offen zu, daß sie auf die Fragen des Schulleiters, ob sie gewillt seien, ihre Kinder zur Erweisung des Deutschen Grußes anzuhalten, mit "nein" antworteten, dafür aber umsomehr mit den sattsam bekannten bibelforscherischen Redensarten, wie "das Heil kommt nur von Gott", "Gottes Gebot steht höher als Mensehengebot", "für uns gilt nur Gottes Wort" usw. um sich warfen. Aber nicht bloß die Mütter dieser Kinder, sondern auch ihre Väter sind offene Bekenner der Lehren der Internationalen Vereinigung Ernster Bibelforscher: Der Vater Zehender wurde laut fernmündlicher Auskunft des Bürgermeisters von Gemmrigheim wegen Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung vom Oberkriegsgericht abgeurteilt und befindet sich in Strafverbüßung, und gegen den Vater Adolf Alber ist nach einer Mitteilung des Oberreichskriegsanwalts vom 26.1.1940 an das Amtsgericht ein Strafverfahren "wegen Zersetzung der Wehrkraft (Wehrdienstverweigerung)" anhängig. Solche Eltern mißbrauchen das Recht der Sorge für die Person ihrer Kinder und gefährden dadurch deren geistiges Wohl.

An Stelle einer solchen "Erziehung" muß nach § 63 Abs. 1 Nr. 1 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt "zur Verhütung der Verwahrlosung des Minderjährigen" die Fürsorgeerziehung mit dem Ziele seiner anderweitigen Unterbringung treten, und

zwar gebietet das Ansehen des Staates sowie die Aufrechterhaltung der Schuldisziplin ein sofortiges Einschreiten gemäß § 67 a.a.O. Dem Antrag des Bezirksschulrats (vom 31.1.1940, eingegangen beim hiesigen Gericht am 2.2.1940) auf vorläufige Fürsorgeerziehung der 3 Kinder ist daher stattzugeben.

Amtsgerichtsrat
gez. Schmausser

Ausgefertigt.
Besigheim, den 6. Februar 1940
Geschäftsstelle des Amtsgerichts
(Dienststempel) Justizinspektor
gez. Baumeister

Gegen den obigen Beschluß erhoben die Mütter der Kinder Beschwerde. Hier ein weiteres Dokument der Unmenschlichkeit.

Die endgültige "Fürsorgeerziehung"

Ausfertigung.
G.R. 43-45/40

Amtsgericht Besigheim
Beschluß vom 7. Juni 1940

1. Rolf Zehender, geb. am 6.4.1931 in Stuttgart,
2. Inge Zehender, geb. am 20.5.1932 daselbst, - Eltern: Ernst Zehender, Fabrikarbeiter, und Friederike geb. Zenneg in Gemmrigheim -

3. Linda Elise Alber, geb. am 1.6.1931 in Stuttgart, - Eltern: Adolf Alber, Fabrikarbeiter, und Elise geb. Kress in Gemmrigheim -

werden der endgültigen Fürsorgeerziehung überwiesen.

Die baren Auslagen des Verfahrens trägt die Reichskasse.

Gründe.

Durch Beschluß (des hiesigen Gerichts) vom 5.2.1940 wurden die zuvor aufgeführten Kinder der vorläufigen Fürsorgeerziehung überwiesen. Die von den Müttern Zehender und Alber erhobene sofortige Beschwerde wies das Landgericht Heilbronn mit Beschluß vom 15.3.1940 zurück. Auf den Inhalt dieser beiden Beschlüsse Bl.6 und 23 - 24 wird Bezug genommen. Desgleichen wird auf die Familienregisterauszüge Bl. 7 und 8 verwiesen. Die Geschwister Zehender wurden in Ausführung der Fürsorgeerziehung bereits am 19.4.1940 in Neunufra Gde. Herzogsweiler Krs. Freudenstadt untergebracht, s. Bl. 33 d.A.

Wie schon die Anordnung der vorläufigen Fürsorgeerziehung dringend notwendig war, so unumgänglich notwendig ist auch diejenige der endgültigen Fürsorgeerziehung. Dies begreift ohne weiteres, wer die Mütter Zehender und Alber gesehen und gehört hat, und wer die Einlassungen der Väter Z. und A. kennt. Es handelt sich bei diesen Eltern, die bereits im Jahre 1943 (wohl 1934 d.R.) bzw. 1933 aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten, um den typischen Vertreter der (verbotenen) "Internationalen Vereinigung Ernster Bibelforscher". Frau Zehender, die Schwester zur Frau Scholl, deren drei Kinder auf Grund des Beschlusses vom 21.7.1939 in Fürsorgeerziehung genommen wurden (siehe die Akten G.R. 2/1939), gibt offen zu, die Verweigerung des Deutschen Grußes durch ihre Kinder gehe auf sie, die Eltern, zurück, denn es heiße: "Das HEIL unserem Gott und dem, der auf dem Throne sitzt!" Auch ihr Ehemann sagt aus, die Erweisung des Deutschen Grußes "Heil Hitler" stehe im Widerspruch mit der Heiligen Schrift. Derselbe, der wegen Fahnenflucht und

Gehorsamsverweigerung in Strafverbüßung begriffen ist, hat sich also noch nicht umgestellt. Die gleichen fanatischen Einstellungen zeigen die Eheleute Alber. Auch Frau A., die außer der Linda noch eine 6 Jahre alte Tochter und einen dreijährigen Sohn geboren hat, sagte, das Heil gebühre nur "unserem Gott und dem, der auf dem Throne sitzt." So verweigerte ihre Tochter den Deutschen Gruß, und ihr Ehemann verweigert den Kriegsdienst nach ihrer Aussage deshalb, weil es einem Christen verboten sei, zu töten. Adolf Alber (der ohne Rücksprache mit seiner Frau in dieser Sache keine Erklärung abgeben will) ist der Bruder zu Richard Alber von Gemmrigheim, dessen 11 jähriger Sohn Richard sich mit den Kindern Scholl in Fürsorgeerziehung befindet. Diese Eltern Zehender und Alber lassen es - bis jetzt noch - auf alles ankommen; sie sind unbelehrbar und wollen nicht einsehen, daß sie mit ihrer staatsfeindlichen Einstellung diesbezüglichen Einwirkungen auf ihre Kinder ihre Erziehungspflichten gröblich verletzen. So muß ihnen entsprechend begegnet werden. Um ihre Kinder ihrem verderblichen Einfluß zu entziehen, ist deren Wegnahme aus dem Elternhause notwendig. Dies kann aber - mangels der Möglichkeit einer anderweitigen geeigneten Unterbringung ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel - nur im Weg der vorbeugenden Fürsorgeerziehung gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 1 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt geschehen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 74 Abs. 1 a.a.O.

Amtsgerichtsrat gez. Schmausser

Ausgefertigt!

Besigheim, den 8. Juni 1940

Dienstsiegel

Geschäftsstelle des Amtsgerichts

Justizinspektor gez. Baumeister

PS. Die Zwangserziehung für die Kinder Rolf und Inge Zehender dauerte fünf Jahre. Rolf Zehender verstarb zwischenzeitlich am 4. Mai 1990.

Über den Vater

Rolf Zehender über seinen Vater in "Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich (ISBN 3-88129-987-4)": "Zur Ergänzung hier noch einige Informationen, die wir aus einem Gespräch mit Rolf Zehender, dem Sohn von Ernst Zehender, erfuhren:

Wie Rolf Zehender sagte, entsprang die Wehrdienstverweigerung seines Vaters rein biblischen Gründen: Josua 2:4; Micha 4; 2. Korinther 10:3-4; dem Liebesgebot Jesu. Ernst Zehender sei davon überzeugt gewesen, daß die Zeugen Jehovas als Gesandte Gottes nicht am Krieg teilnehmen dürfen. Es sei ihm angeboten worden, beim Bodenpersonal der Luftwaffe zu dienen oder als Sanitäter, aber er habe dies abgelehnt, weil er grundsätzlich kein Teil des Heeres habe sein wollen. Die Nachbarn, die Ernst Zehender gut gekannt hätten, und ebenso die Familie (fast ausschließlich Zeugen Jehovas) seien betroffen über seinen Tod gewesen, die weitere Öffentlichkeit hingegen habe den Standpunkt eingenommen, Ernst Zehender sei "eben selbst schuld".

Das Sondergericht Stuttgart

Stuttgart O, den 27. 12.1937

Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Stuttgart als Leiter der Anklagebehörde beim Sondergericht des Oberlandesgerichtsbezirks Stuttgart

AZ: 7 S.G. Nr. 995/37, 962/37 und 1000/37

Aus der Anklageschrift zitieren wir einige Punkte, die sich u.a. auch gegen Robert Alber aus Gemmrigheim richteten:

"Durch die am 9. September 1937 erfolgte Verhaftung des Bezirksdieners für Württemberg der IBV. (Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher d.R.), Ludwig Stickel und seines Stellvertreters Georg Ebert ist es gelungen, einen großen Teil der Organisation der IBV. in Württemberg auszuheben. Diese Organisation gliedert sich in zahlreiche örtliche Gruppen, die jeweils von Gruppendienern betreut werden. Gegen die Mitglieder mehrerer dieser Gruppen, so Tailfingen, Schwenningen, Tuttlingen, Pforzheim und Aalen ist bereits Anklage erhoben worden. (...) der Beschuldigte A. von dem benachbarten Kreis Besigheim (ist) mit in die Anklage aufgenommen worden.

Der Beschuldigte Alber

Bei den Angeklagten handelt es sich durchweg um alte verschworene Anhänger der IBV. Auch sie haben wie die anderen bis jetzt angeklagten Bibelforscher anfänglich in überaus hartnäckiger Weise geleugnet und dadurch die Erhebungen sehr erschwert. (...) Der Beschuldigte Alber hat sogar den ihm wohlbekannten Ebert verleugnet und hatte noch auf den Vorwurf der Lüge seitens des vernehmenden Richters die Stirn, diese Fragen dem 'Richterstuhl Christi zu überlassen.' (...) Alber (ist) außer seiner gerichtlichen Vorstrafen (wegen seiner Tätigkeit für die Bibelforscher) noch vom Wehrmeldeamt Besigheim mit 10 RM bestraft worden, weil er sich wiederholt geweigert hatte, dem Einberufungsbefehl zur ärztlichen Untersuchung Folge zu leisten.(...)

Außer diesen Bestrafungen, die in der grundsätzlichen Verweigerung des Heeresdienstes durch die Bibelforscher ihren Grund haben, ist es weiterhin bezeichnend für deren Einstellung, daß (...) (sie) aus Glaubensgründen auch (für) die Verleihung des Frontkämpferehrenkreuzes, auf das sie Anspruch gehabt

hätten, nicht eingekommen sind.(...) der Beschuldigte Alber verweigert beharrlich den Deutschen Gruß. Der Besch. Alber befindet sich (ebenfalls) seit 16.10.1937 in Untersuchungshaft. Gegen sein Kind mußte, da er es im 'staatsfeindlichem Sinn erzogen und beeinflußt hat', ein Fürsorgeerziehungsverfahren eingeleitet werden.

(...) Der Beschuldigte Alber stand auch nach dem Verbot der IBV. mit den ihm bekannten stellvertretenden Bezirksdiener Ebert in Verbindung von dem er sich im Jahre 1937 mehrfach besuchen ließ, wobei er ihm einmal 20.- RM als sogen. 'Gute Hoffnungsbeitrag' gab.(...)

(Es liegt vor) ein Vergehen gegen § 4 der VO des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 (Rgbl. S. 83) i. V. mit § 1 der VO. des Württ. Innenministeriums über die Auflösung und das Verbot der Internationalen Bibelforschervereinigung vom 1.2.1934 (Reg.Bl. S.73)."

Aus Ermittlungsunterlagen

Von ihrem Internationalen Kongreß in Luzern (September 1936) brachte Ebert 500 gedruckte Schriften sowie eine Anzahl von IBV-Broschnren mit dem Titel "Entscheidung", die in Heilbronn durch Glaubensgenossen verteilt wurden.

Es wurden 500 Stück sog.. "Offene Briefe an das bibelgläubige und Christus liebende Volk Deutschlands" verteilt bzw. ein Teil am 20. Juni 1937 in Hall zur Post gebracht.

Am 20. Februar 1937 wurden in der Heilbronner Paulinenstraße 40 Resolutionen und eine Anzahl "Entscheidungen" verteilt.

Am 10. April 1937 wurden an die Einwohner von Neckargartach ca. 25 Briefe versandt.

Am 20. Februar 1937 wurden in der

Heilbronner Allerheiligengasse und beim Götzenturm ca. 30 "Resolutionen" verteilt.

Verschleppungen aus Gemmrigheim

Adolf Alber

Haftorte: Heilbronn 4.1.1938 bis 6.4.1938, Germersheim 6.4.1938 bis 5.3.1939, Ludwigsburg 6.1.1940 bis 31.1.1940, Berlin 31.1.1940 bis 25.6.1940. Grund: Wehrkraftzersetzung.

Elise Alber

Haftorte: Rudersberg 28.11.1942 bis Jan. 1943, Ravensbrück Februar 1943 bis zur Befreiung (Kriegsende). Grund: Bibelforscher

Eugen Alber

Haftorte: Heilbronn 8.2.1938 bis 5.4.1938, Germersheim 6.3.1938 bis 5.3.1939, Stuttgart 5.3.1940 bis 8.4.1940, Berlin 8.4.1940 bis 1.7.1940. Grund: Verweigerung des Wehrdienstes.

"Ein besonders schwerer Fall"

Da hatten sie sich am 10. Dezember 1941 versammelt, um in der Strafsache gegen Ernst Wilhelm Zehender ein 'Feldurteil' zu fällen.

Da saßen als 'Gerichtsherren' des 3. Senats des Reichskriegsgerichts als Richter: Reichskriegsgerichtsrat Dr. Schmitt, Verhandlungsleiter, Generalleutnant Mußhoff, Oberst Dr. Grobholz, Oberst Selle und Oberkriegsgerichtsrat Dr. Block. Vertreter der Anklage war Feldkriegsgerichtsrat Dr. Lintz. Als Urkundsbeamter Heeresjustizinspektor d.R. Güldner.

Eigentlich stand das Urteil schon fest, noch ehe die Verhandlung abgeschlossen war.

Als Bibelforscher vor Gericht

Aber erst wurde einmal gegen Ernst Wilhelm Zehender aufgelistet:

Im Jahre 1930 wurde er auf die Lehre der Ernsten Bibelforscher aufmerksam. Er trat aus der evangelischen Kirche aus und wurde ein eifriger Anhänger der Ernsten Bibelforscher. Zum 7.2.1938 wurde er zu einer Landwehrübung einberufen, wurde heruntergelesen. Er leistete mit der Begründung, daß er "Zeuge Jehovas" sei, keine Folge und wurde deshalb wegen Fahnenflucht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Aus derselben inneren Einstellung heraus verweigerte er den Exerzierdienst als Strafgefangener. Er wurde erneut am 9.6.1938 wegen Gehorsamsverweigerung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Anklageverfügung und Urteil

Nach Strafverbüßung zur Wehrmacht 'einberufen'

Nach Verbüßung der Strafe wurde der "Angeklagte" zum 4.6.1941 zur 5./L.S. Rekr. Ausb. Kdo. II einberufen. Er leistete Folge, weigerte sich aber Wehrdienst auszuüben, weil ihm dies die Bibel verbiete.

Bei dieser Weigerung, so das Urteil, ist der Angeklagte auch weiterhin geblieben, obwohl er in den wiederholten Vernehmungen und auch in der Hauptverhandlung eingehend über die Folgen seines Verhaltens belehrt worden ist.

Da er sich weigerte Wehrdienst zu leisten, hat er es unternommen, sich der Erfüllung dieses Dienstes zu entziehen. Die Tatsache, daß er aus religiöser Überzeugung handelte, ist für seine Schuld strafrechtlich ohne Bedeutung (§ 48 MStGB.).

Zersetzung der Wehrkraft

Der Angeklagte ist daher wegen eines

Verbrechens der Zersetzung der Wehrkraft nach § 5 Abs. 1 Ziff. 3 KSSVO zu bestrafen.

Diese Strafbestimmung, so wurde weiter verkündet, droht grundsätzlich die Todesstrafe an. Nur wenn ein minder schwerer Fall vorliegt, kann auf eine Zuchthausstrafe oder Gefängnisstrafe erkannt werden. Dies ist hier nicht der Fall. Zwar hat der Angeklagte, wie ihm zugestanden wird, nicht aus Feigheit gehandelt. Mit Rücksicht auf die von ihm gezeigte Hartnäckigkeit und Unbelehrbarkeit ist aber eine milde Beurteilung ausgeschlossen. Derart hartnäckige Wehrdienstverweigerungen sind wegen der ihnen innewohnenden Werbekraft besonders geeignet, den Wehrwillen anderer zu zersetzen. Deshalb muß auf die Todesstrafe erkannt werden.

Ein geplanter Mord

Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Da der Angeklagte sich weigert, die Ehrenpflicht eines Deutschen zu erfüllen, können ihm auch nicht die Ehrenrechte belassen werden. Es werden ihm daher die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit nach § 32 RStGB aberkannt.

Die Verurteilung auf Wehrunwürdigkeit beruht auf § 312 MStGB.

Der Angeklagte wird wegen Zersetzung der Wehrkraft zur Todesstrafe, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und zum Verlust der Wehrwürdigkeit verurteilt.

Die Haftanstalten Germersheim, Zweibrücken, Saarbrücken, Oberrotten und das Zuchthaus Berlin-Moabit waren die Leidensstationen dieses aufrechten Menschen.

Am 17. Januar 1942 um 5.10 Uhr erfolgte die Ermordung von Ernst Wilhelm Zehender, der seinem Glauben treu ge-

blieben ist, im Zuchthaus Brandenburg.

Die Ehefrau hatte ihren Mann und zwei Kinder den Vater verloren.

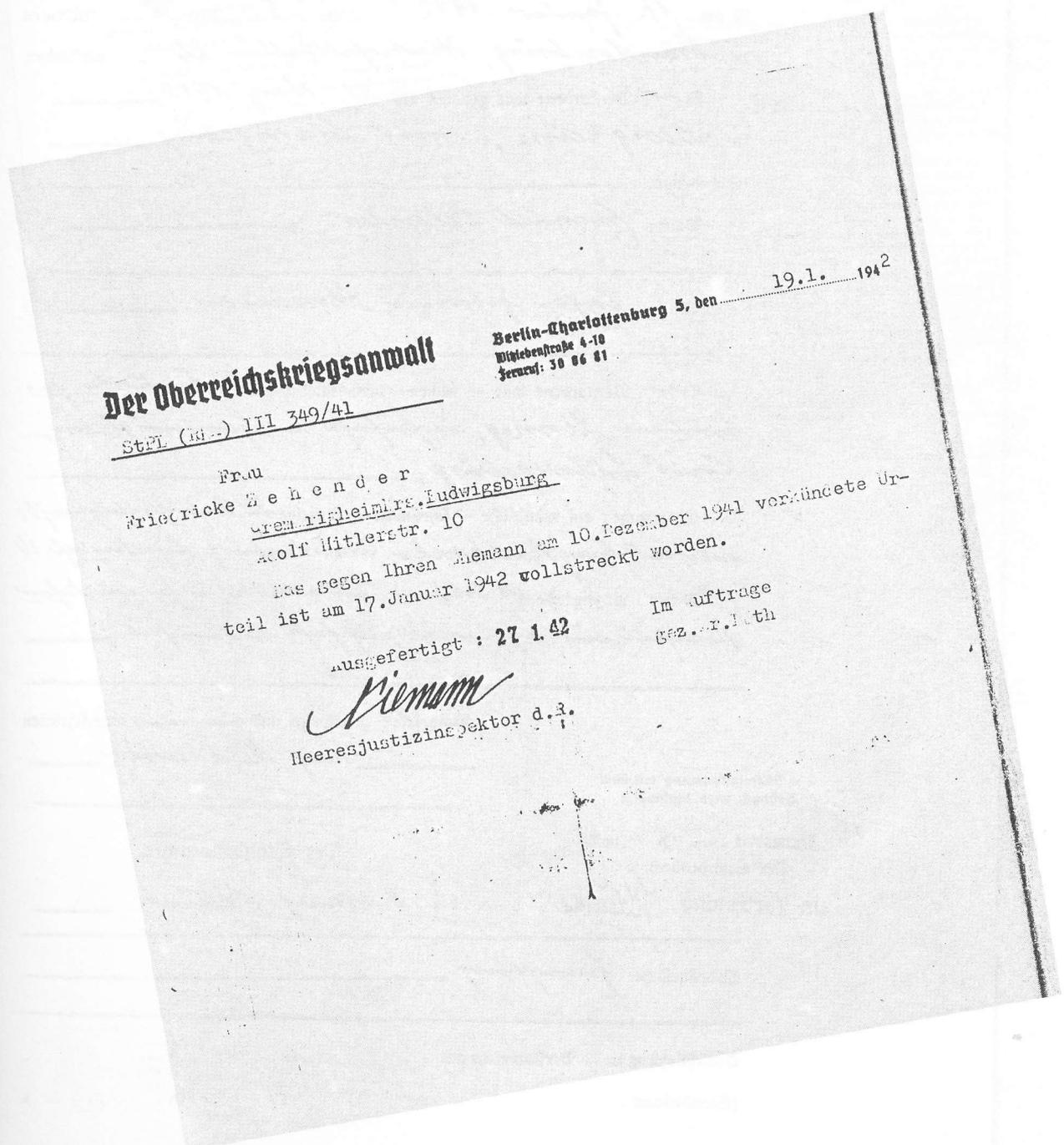
Im gleichen Zuchthaus wurde der Ludwigsburger Widerstandskämpfer Caesar von Hofacker, ein Teilnehmer des 20. Juli 1944, am 20. Dezember 1944 durch den Strang hingerichtet.

Quellen und Literaturhinweise:

Archiv der VVN-BdA Ludwigsburg
Die Stimme des anderen Deutschland, Hamburg 1949

Albrecht Hartmann; Heidi Hartmann:
Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich,
Frankfurt (M) 1986

Ministerium des Innern (DDR), Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung,
1086 Berlin, Mauerstraße 29/32



№ 11

C'

Brandenburg den 19. Januar 1942.

Der stillgeborene junge Lehender

gottgläubig.

wohnhaft in Gemmrigheim, Adolph-Hiller-Strasse 10.

ist am 17. Januar 1942 um 5 Uhr 10 Minuten

in Brandenburg, Hintereckertallen 22 verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 11. März 1905

in Freigheim, Kreis Ludwigslburg

(Standesamt Nr.)

Vater: Hermann Lehender.

Mutter: Sophie geborene Schramm.

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet mit Friedrike ge-
borenen Hennig, wohnhaft in Gemmrigheim,
Kreis Ludwigslburg.

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige des Trauungsamtspfandes
meister Franz Meschkowsky, Brandenburg, Augustenstraße 26

Der Anzeigende ist bekannt und erklärt, er sei am besagten
Todesfall und seinem Hiffpflichtig unterrichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Franz Meschkowsky

Die Abereinimmung mit dem
Erdbuch wird beglaubigt.

Brandenburg, den 19. 1. 1942.

Der Standesbeamte

In Vertretung H. H. H. H.

Der Standesbeamte

In Vertretung: H. H. H. H.

Todesursache: Hirnhistening.

Eheschließung des Verstorbenen am in

(Standesamt Nr.)

Reichskriegsgericht
3. Senat
S-PL (HSA) III 349/43

Berlin-Charlottenburg 3. Sen.
Mitschreibz. 4-10
Sensat. 21.08.41

31. 7. 1941

Anklageverfügung.

Bl.1 d.A. Der Hilfsarbeiter Ernst Wilhelm Zehender, geb. am
Bl.2 u. 11. März 1905 in Besigheim, Krs. Ludwigsburg, verheiratet, gott-
17 d.A. gläubig, zuletzt wohnhaft in Gemrnigheim, Adolf-Hitler-Straße 10,
Krs. Ludwigsburg, vorläufig festgenommen am 11. Juni 1941, seit
Bl.5 d.A. dem 24. Juni 1941 in gerichtlicher Untersuchungshaft, z. Zt. im
Untersuchungsgefängnis Alt Moabit in Berlin - Abteilung Wehr-
macht - vorbestraft nach dem Strafregisterauszug in der Hülle
unter dem Aktendeckel,
- bisher ohne Verteidiger -
wird die Anklage verfügt.

Der Beschuldigte ist hinreichend verdächtig,
im Juni 1941 in Ludwigsburg und in Mühldorf es unternommen zu
haben, sich der Erfüllung des Wehrdienstes dauernd zu entziehen.
- Verbrechen gegen § 5 Abs. 1 Ziffer 3 KSSVO. -

Bl.17 d.A. Da die Mutter des Beschuldigten bald nach seiner Geburt
starb, wurde er bis zum 6. Lebensjahr im Hause der Schwester
seiner Mutter, einer Frau Sattler in Gemrnigheim, erzogen. Der
Beschuldigte kam mit 6 Jahren wieder in das Haus seines Vaters,
bei dem er bis zum 11. Lebensjahr verblieb; als dann auch sein
Vater verstorben war, wurde er weiter im Hause seiner Tante, Frau
Sattler, erzogen. Der Beschuldigte besuchte die Volksschule in
Besigheim und später in Gemrnigheim in den Jahren von 1911 bis
1918. Nach seiner Entlassung aus der 7. Klasse der Volksschule
Bl.17 d.A. fand er Arbeit in einer Papierfabrik in Gemrnigheim, in der er
bis zum Jahre 1934 verblieb. Im Jahre 1930 lernte er die "Ernsten
Bibelforscher" kennen, denen er sich anschloß. Ende 1931 oder An-
fang 1932 trat der Beschuldigte aus der evangelischen Kirche, der
er bis dahin angehörte, aus und ließ sich im Jahre 1932 bei den
"Ernsten Bibelforschern" taufen. In Folge seiner Zugehörigkeit
zu

- 2 -

zu den "Ernsten Bibelforschern" wurde er im Jahre 1934 von
seiner Arbeitsstelle in der Papierfabrik in Gemrnigheim ent-
lassen. Er verrichtete daraufhin Gelegenheitsarbeiten und
kam erst im Jahre 1935 bei einer Baufirma wieder in ein fes-
tes Arbeitsverhältnis.

Der Beschuldigte wurde ausweislich des in der Hülle un-
ter dem Aktendeckel befindlichen Strafregisterauszuges im
März und im Juni 1938 wegen Fahnenflucht und Gehorsamsver-
weigerung vor versammelter Mannschaft zu Gefängnisstrafen ver-
urteilt, die er bis zum März 1941 verbüßt hat.

Bl.5 d.A. Da der Beschuldigte wehrpflichtig und wehrfähig ist,
wurde er am 4. Juni 1941 vom Wehrbezirkskommando Stuttgart
eingezogen und bei der 5. Komp. L.S. Rekr.Ausb.Kdo. II Mühldorf
eingestellt. Der Beschuldigte weigerte sich am 5. Juni
1941, Uniform anzuziehen und ein Gewehr anzufassen mit der
Begründung, die Vorschriften der Bibel verböten dies. Der Be-
schuldigte verblieb auch, nachdem er von dem Führer der 5.
Komp., Hauptmann Hohenadel, eingehend über die Folgen seiner
Weigerung belehrt war, bei dieser Weigerung. Auch am 6. Juni
1941 erklärte der Beschuldigte auf erneutes Befragen seines
Kompaniechefs, er werde keinen Wehrdienst leisten.

Bl.17 R. Der Beschuldigte gab am 24. Juli 1941 zu Protokoll vor
d.A. dem Untersuchungsführer beim Reichskriegsgericht die Erklärung
ab, er werde trotz aller Vorhalte bei seiner Weigerung, Wehr-
dienst zu leisten, aus religiösen Gründen verbleiben.

Beweismittel

- I. Die eigenen Angaben des Beschuldigten Bl. 2 und 17 d. A.
- II. Der Strafregisterauszug in der Hülle unter dem Aktendeckel.

Der Präsident
des Reichskriegsgerichts
als Gerichtsherr

H. Schmidt
Admiral.

Der Oberreichskriegsanwalt
in Vertretung

J. Schulz
Oberkriegsgerichtsrat.

Reichskriegsgericht
3. Senat
S-PL (HSA) III 79/41
S-PL (HSA) III 349/41

Reichskriegsgericht
3. Senat
S-PL (HSA) III 79/41

17. 12. 1941

Im Namen des Deutschen Volkes!

Feldurteil.

In der Strafsache gegen
den Hilfsarbeiter Ernst Wilhelm Zehender,
5. Komp. Land.-Schütz.-Rekr.Ausb.Kdo. II
Fliegerhorst Mühldorf,
wegen Zersetzung der Wehrkraft
hat das Reichskriegsgericht, 3. Senat, in der Sitzung vom
10. Dezember 1941, an der teilgenommen haben
als Richter:
Reichskriegsgerichtsrat Dr. Schmitt, Verhandlungsleiter,
Generalleutnant Auhoff,
Oberst Dr. Grobholz,
Oberst Belle,
Oberkriegsgerichtsrat Dr. Block,
als Vertreter der Anklage;
Feldkriegsgerichtsrat Dr. Lintz,
als Urkundsbeamter;
Heeresjustizinspektor d.R. Güldner,
Für Rechtskrant;

Der Angeklagte wird wegen Zersetzung der Wehrkraft
zur Todesstrafe, zum Verlust der bürgerlichen Ehren-
rechte auf Lebenszeit und zum Verlust der Wehrwürdig-
keit verurteilt.

Von Rechts wegen.

Gründe.

Gründe.

Der Angeklagte ist am 11.3.1905 in Besigheim, Kreis Ludwigsburg, geboren. Er hat Volksschulbildung und ist von Beruf Arbeiter. Er war in einer Papierfabrik und seit 1935 in einer Kaufirma tätig. Er ist verheiratet. Aus der Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen.

Der Angeklagte ist evangelisch getauft und in evangelischen Glauben erzogen. Im Jahre 1934 wurde er auf die Lehrtätigkeit als Bibelforscher aufmerksam. Er trat aus der evangelischen Kirche aus und wurde ein eifriger Anhänger der Lehrtätigkeit als Bibelforscher.

Am 7.2.1938 wurde er zu einer Landwehrübung einberufen. Er leistete mit der Begründung, daß er "Jünger Jesu" sei, keine Folge und wurde deshalb wegen Fahnenflucht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Aus der Verurteilung in einer Einstellung heraus verweigerte er am 2.12.1938 die Wehrdienstleistung als Strafgefangener. Er wurde erneut am 9.6.1938 wegen Wehrdienstverweigerung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Nach Verbüßung der Strafe wurde der Angeklagte zum 4.6.1941 zur 5./4. Wehr. abberufen. Er leistete Folge, weigerte sich aber Wehrdienst auszuführen, weil ihm dies die Bibel verbiete.

Bei dieser Weigerung ist der Angeklagte auch weiterhin verblieben, obwohl er in wiederholten Vernehmungen und auch in der Hauptverhandlung eingehend über die Folgen seines Verhaltens belehrt worden ist.

Dieser Sachverhalt ist durch die Angaben des Angeklagten und das Ergebnis des Vorverfahrens erwiesen. Durch

Durch die Einberufung zum Wehrdienst ist der Angeklagte Soldat geworden. Als solcher ist er zum aktiven Wehrdienst mit der Waffe verpflichtet. Dessen war und ist sich der Angeklagte bewußt.

Da er sich dennoch weigert, Wehrdienst zu leisten, hat er es unternommen, sich der Erfüllung dieses Dienstes zu entziehen. Die Tatsache, daß er aus religiöser Überzeugung handelt, ist für seine Schuld strafrechtlich ohne Bedeutung (§ 48 MStGB.).

Anhaltspunkte dafür, daß der Angeklagte nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist, bestehen nicht.

Der Angeklagte ist daher wegen eines Verbrechens der Zersetzung der Wehrkraft nach § 5 Abs. 1 Ziff. 3 KSSVO. zu bestrafen.

Diese Strafbestimmung droht grundsätzlich die Todesstrafe an. Nur wenn ein minder schwerer Fall vorliegt, kann auf eine Zuchthausstrafe oder Gefängnisstrafe erkannt werden. Dies ist hier nicht der Fall. Zwar hat der Angeklagte, wie ihm zugestanden wird, nicht aus Feigheit gehandelt. Mit Rücksicht auf die von ihm gezeigte Hartnäckigkeit und Unbelehrbarkeit ist aber eine milde Beurteilung ausgeschlossen. Unpart. hartnäckige Wehrdienstverweigerungen sind ausnahmsweise wegen der ihnen innewohnenden Wehrkraft besonders geeignet, den Wehrwillen anderer zu zersetzen. Deshalb muß auf die Todesstrafe erkannt werden.

Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Da der Angeklagte sich weigert, die Ehrenpflicht eines Deutschen zu erfüllen, können ihm auch nicht die Ehrenrechte belassen werden. Es werden ihm daher die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit nach § 32 RStGB. aberkannt.

Die

Die Verurteilung zur Wehrwürdigkeit beruht auf § 31 MStGB.

zu Punkt, Wehrpflicht, S. 11, 12, 13

Meinungsfreiheit im NS-Alltag

SA der NSDAP

Der Führer der Standarte 123

Abt. F-20 B. B. Nr. 2257

Betrifft: Ihr Schrb. v. 15.6.35.

Bezug: -

Beilagen: -

Ludwigsburg, den 1. August 1935.

Alpergerstraße 37
 Fernsprecher 3176
 Postfachkonto: Stuttgart 19094
 Postfachschloß 105

Fussball-Verein
 Vorstand Hermann Raff

über Sturm 1/123

Markgröningen.

Ihr Schreiben vom 15.6.1935 an Truppführer
 Z i b o l d habe ich erhalten.

Ich bin erfreut, welchen schönen Ton Sie SA-
 Dienststellen gegenüber anschlagen.
 Ich versichere Ihnen aber, wenn ich noch irgend
 etwas von Ihnen höre, das zu Ungunsten der SA
 ausgelegt werden kann, dass Sie zu fühlen be-
 kommen, dass die SA immer noch die Sturmabteilung
 des Führers ist und dass sie auch einem Führer
 eines Fussballvereins etwas auf die Hühneraugen
 treten kann und zwar solange, bis er vernünftig
 ist.

Der Führer der Standarte 123

m. d. f. b.

(Molsch)
 Standartenführer

Wer nicht spendet wird angeschwärzt

Mit solchen Anschreiben wurden die "lieben Volksgenossen" auf ihre "Pflichten" hingewiesen. Alle Orte waren mit einem dichten Netz von Blockwaltern, Zellenwaltern und Ortsgruppenleitern der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) überzogen. Daneben gab es noch das Winterhilfswerk, das ebenfalls von der NSV betrieben wurde.

"Nach außen wird die Aktion (...) durch 'freiwillige Spenden' finanziert, in Wirklichkeit handelt es sich um eine zusätzliche steuerliche Belastung, die mit den erprobten Methoden eines raffinierten politischen Terrors eingetrieben wird," heißt es im Bericht der Sopade. (1)

"Die Sammler für das Winterhilfswerk haben jetzt Listen mit sämtlichen Namen der Bewohner ihres Bezirks und Rubriken, aus denen dann ein genauer Überblick über das Verhalten der einzelnen Familien zu gewinnen ist. Es nützt jetzt nichts mehr, am Eintopfsonntag Ausflüge zu machen. Wer eine leere Rubrik hat, wird ständig verfolgt," wird im Deutschlandbericht der Sopade 1937 vermerkt. (2)

Wer nicht spurte, wurde, siehe unser Schreiben der Ortsgruppe Bietigheim-West dem zuständigen Ortsgruppenleiter der Naziartei gemeldet. 1935 mußten Lohn- und Gehaltsempfänger 10 % ihre Lohnsteuer als "Spende" abführen. (3)

Die Tätigkeit anderer Organisationen, so der Caritas, wurden eingeschränkt. So wurde den katholischen und alt-katholischen Vereinen in Baden im Winter 1935 nicht gestattet, Sammlungen für Kinderbescherungen und dergleichen durchzuführen. "Die protestantischen Organisationen verzichteten 'freiwillig' auf solche Sammlungen." Die Vereinigungen der Arbeiterbewegung waren bereits 1933 verboten worden. (4)

Das "Amt für Volkswohlfahrt", siehe das Schreiben der Ortsgruppe Asperg, konnte dagegen eine ungehemmte Werbekampagne veranstalten und wollte auch gleich die Gründe wissen, warum der "freiwillige Beitritt" nicht erfolgt.

"Bis zum 28.2.1937 stieg die Zahl der NSV-Mitglieder auf 6 643 413. (...) Inzwischen ist die Mitgliederzahl weiter gestiegen," meldet Sopade 1937. (5)

Quellen- und Literaturhinweise:

3.) Chronik der Deutschen S. 879

Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)

- 1.) S. 519/1934
- 2.) S. 725/1937
- 4.) S. 857/1935
- 5.) S. 1301/1937

Bezug: Verlag Petra Nettelbeck, Salzhausen und Zweitausendeins, Frankfurt (M).

Hinweis: Die Deutschlandberichte der "Sopade" erschienen von April/Mai 1934 bis März 1938 in Prag. Danach bis 1940 in Paris. Der Ludwigsburger Willi Vogel (1910 - 1989) war einer der Mitarbeiter.

Kein Abzeichenverkauf**Bei der heutigen Reichsstrassensammlung**

Heute Samstag und morgen Sonntag, 6. und 7. Februar ist die 5. Reichsstrassensammlung für das Kriegswinterhilfswerk 1942/43. Die vorgesehenen Abzeichen werden nicht verkauft. Bei dieser Sammlung wird das deutsche Volk der Welt seinen unbeugsamen Siegeswillen bekunden. Die Front aber soll wissen, daß die Heimat zu ihren Soldaten steht. Daher gilt auch hier die Parole:

"Der totale Krieg ist der kürzeste!"

Nicht geben, sondern opfern.

Es werden also heute und morgen auf den Straßen keine Abzeichen verkauft.

Auch ohne sie wird unsere Gebefreudigkeit eine größere sein müssen, als an allen vorherigen Reichsstrassensammlungen. In ehrwürdigem Gedenken an die Helden von Stalingrad wird von Äußerlichkeiten abgesehen und unsere Gaben sollen ohne jeden Gegenwert aus tiefer Dankbarkeit und Ehrfurcht gegeben werden. Noch mehr als bisher wird die Heimat heute und morgen beweisen, daß sie die Zeichen der Zeit verstanden hat und wird willig und freudig spenden. Was wir geben, können wir ja kein Opfer nennen, auch dann nicht, wenn wir viel geben. Es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß wir keinem Sammler seine Bitte abschlagen. Auch in den Läden und Gaststätten werden die roten Sammelbüchsen aufgestellt sein oder aber herumgereicht werden. Sorgen wir alle dafür, daß dieser Sammelerfolg ein einmaliger wird.

Sammlung am Samstag und Sonntag

Die 5. Reichsstrassensammlung des Kriegswinterhilfswerkes 1942/43 wird am 6. und 7. Februar von Beamten und Handwerkern durchgeführt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nur am Samstag und Sonntag gesammelt werden darf. Viele unter uns haben es seinerzeit übersehen, die außer Kurs gesetzten Kupfer- und Nickelmünzen vor Ablauf der Einlösungsfrist auszugeben oder gegen kursfähiges Geld umzutauschen. Das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 gibt Gelegenheit, uns dieser außer Kurs gesetzten Münzen auf bequeme Art zu entledigen.

Aus "Heilbronner Tagblatt" vom 6. Februar 1943 (12. Jahrgang Nr.31)

Samstag, 6. Februar 1943

HAUS Heilbronn

Kein Abzeichenverkauf

Bei der heutigen Reichsstrassensammlung

Heute Samstag und morgen Sonntag, 6. und 7. Februar, ist die 5. Reichsstrassensammlung für das Kriegs-Winterhilfswerk 1942/43. Die vorgesehenen Abzeichen werden nicht verkauft. Bei dieser Sammlung wird das deutsche Volk der Welt seinen unbeugsamen Siegeswillen bekunden. Die Front aber soll wissen, daß die Heimat zu ihren Soldaten steht. Daher gilt auch hier die Parole:

„Der totale Krieg ist der kürzeste!“
Nicht geben, sondern opfern!

Es werden also heute und morgen auf den Straßen keine Abzeichen verkauft. Auch ohne sie wird unsere Gebefreudigkeit eine größere sein müssen, als an allen vorherigen Reichsstrassensammlungen. In ehrfürchtigem Gedenken an die Helden von Stalingrad wird von Äußerlichkeiten abgesehen und unsere Gaben sollen ohne jeden Gegenwert nur aus tiefer Dankbarkeit und Ehrfurcht gegeben werden. Noch mehr als bisher wird die Heimat heute und morgen beweisen, daß sie die Zeichen der Zeit verstanden hat und wird willig und freudig spenden. Was wir geben, können wir ja kein Opfer nennen, auch dann nicht, wenn wir viel geben. Es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß wir keinem Sammler seine Bitte abschlagen. Auch in den Läden und Gaststätten werden die roten Sammelbüchsen aufgestellt sein oder aber herumgereicht werden. Sorgen wir alle dafür, daß dieser Sammelerfolg ein einmaliger wird.

Sammlung am Samstag und Sonntag

Die 5. Reichsstrassensammlung des Kriegswinterhilfswerkes 1942/43 wird am 6. und 7. Februar von Beamten und Handwerkern durchgeführt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nur am Samstag und Sonntag gesammelt werden darf. Viele unter uns haben es seinerzeit übersehen, die außer Kurs gesetzten Kupfer- und Nickelmünzen vor Ablauf der Einlösungsfrist auszugeben oder gegen kursfähiges Geld umzutauschen. Das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 gibt Gelegenheit, uns dieser außer Kurs gesetzten Münzen auf bequeme Art zu entledigen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Württemberg-Hohenzollern

Kreis Ludwigsburg

Ortsgruppe Bietigheim-West

Kreisdienststelle: Ludwigsburg, Schlageterstr. 35 / I
 Fernruf Ludwigsburg 4773 / Postfach 48
 Girokonto Nr. 1091 bei der Kreissparkasse Ludwigsburg



Kampfzeitung des Kreises: „NS-Kurier“
 Geschäftsstelle der Zeitung: Stuttgart, Friedrichstraße 13
 Fernruf 29751-55

Abf.: NSDAP., Ortsgruppe Bietigheim-West

Dienststelle 19/08

Bankkonto der Ortsgruppe:
 Volksbank Bietigheim Nr. 1338
 Fernpredier Nr. 275 Bietigheim

Währungsfrage

Flüchtlings eingewandern

1941

Ihre Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Tag:

Betreff:

Auf Grund der Sammellisten an den Eintopfsonntagen und auf Grund allgemeiner Beobachtungen stelle ich fest, dass Sie bei den Sammlungen der NSV. bisher grundsätzlich nichts oder aber nur einen Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus nicht angepassten Betrag gespendet haben.

Sie alle wissen, dass es der Wille des Führers ist, dass jeder Volksgenosse durch seine Spende zur NSV. und an den allgemeinen Sammeltagen seine Opferbereitschaft und seine Verbundenheit beweist.

Wer dies nicht tut, schliesst sich automatisch selbst von der Volksgemeinschaft aus.

Da Sie bisher diesen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, gebe ich Ihnen einen letzten Termin, um durch nachträgliche Spenden zum WHW., abgeführt an die zuständige Ortsgruppenamtsleitung, Ihre Ansicht und bisherige Einstellung zu ändern.

Sollten Sie bis zum 21. November Ihre Stellung nicht geändert haben, so nehme ich an, dass Sie sich trotz der Größe der Zeit und der Opfer, die der Soldat an der Front bringt, grundsätzlich ausserhalb der Volksgemeinschaft stehend, betrachtet wissen wollen.

Ich werde dann von Ihrem Stande Kenntnis nehmen und das Notwendige veranlassen, um auch anderen Stellen Ihre egoistische, volksfremde Einstellung kund zu tun.

Heil Hitler!

Ortsgruppenleiter.



1933: Ausländerpolitik

BISSINGEN a. E. Ein lästiger Ausländer. Seiner Ausweisung aus dem Deutschen Reich entgegen sieht der 45 Jahre alte Franz Tschiharsch, ein gebürtiger Tscheche, der seit 1918 hier ansässig ist und sich verschiedentlich durch kommunistische Umtriebe unliebsam bemerkbar gemacht hat. Tschiharsch hält sich bereits seit 1906 in Deutschland auf, hat aber bisher die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben. Er ist Schreiner von Beruf und als guter Arbeiter bekannt, was ihn aber nicht hinderte,

sich als Kommunist rührig zu betätigen, und auch aus der Kirche auszutreten. Seit 1914 ist er mit einer Bissingerin verheiratet, mit der er zwei Kinder hat. Erst in letzter Zeit hat er sich in der Bahnhofstraße ein neues Haus gebaut. Heute morgen wurde er von Landjägerbeamten und Hilfspolizei verhaftet und zunächst dem Oberamt Ludwigsburg zugeführt, von wo er voraussichtlich dann zur Grenze abgeschoben wird. Die Familie bleibt dem Vernehmen nach hier.

Aus "Ludwigsburger Zeitung vom 8.5.1933 (Seite 3)

auch nach anfänglichem Leugnen das Wechselgeld in Höhe von 96 Mark wieder aushändigte.

Bissingen a. E., 8. Mai. Ein lästiger Ausländer. Seiner Ausweisung aus dem Deutschen Reich entgegen sieht der 45 Jahre alte Franz Tschiharsch, ein gebürtiger Tscheche, der seit 1918 hier ansässig ist und sich verschiedentlich durch kommunistische Umtriebe unliebsam bemerkbar gemacht hat. Tschiharsch hält sich bereits seit 1906 in Deutschland auf, hat aber bisher die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben. Er ist Schreiner von Beruf und als guter Arbeiter bekannt, was ihn aber nicht hinderte, sich als Kommunist rührig zu betätigen, und auch aus der Kirche auszutreten. Seit 1914 ist er mit einer Bissingerin verheiratet, mit der er zwei Kinder hat. Erst in letzter Zeit hat er sich in der Bahnhofstraße ein neues Haus erbaut. Heute morgen wurde er von Landjägerbeamten und Hilfspolizei verhaftet und zunächst dem Oberamt Ludwigsburg zugeführt, von wo er voraussichtlich dann zur Grenze abgeschoben werden wird. Die Familie bleibt dem Vernehmen nach hier.

Bissingen a. E., 8. Mai. Waffensunde. Nachdem schon

Wiedergutmachung aus Arbeitgebersicht

Wir berichteten bereits in Heft 3 über Gregor Melenczuk, der, aus der Ukraine verschleppt, als Zwangsarbeiter in Deutschland eingesetzt wurde. Ein Fluchtversuch scheiterte. Über das Straflager Ulm kam er nach Stuttgart und wurde dem Württembergischen Kohlegeschäft zugeteilt. Damals noch ein halbes Kind, mußte er in Stuttgart die schweren Kohlsäcke schleppen. Er brach zusammen. Gregor Melenczuk wurde einem Bauern in Stuttgart-Zazenhausen zugeteilt. Eine Stallkammer, neben dem Vieh, war seine "Wohnung". An der Kleidung, so hatten es die Machthaber bestimmt, mußte er den Aufnäher "OST" tragen. Einmal wurde der Zwangsarbeiter von ortsansässigen SA-Männern zusammengeschlagen. Zwei Polizisten sahen zu. Einige Tage konnte er keinerlei Arbeiten mehr verrichten. Bis zu seiner Befreiung (1945) dauerte dieses Sklavendasein. Es gab keine Entschädigung für die Fronarbeit.

Am 4. Mai 1990 starb Gregor Melenczuk nach langer schwerer Krankheit, **die mit auf Verschleppung und Zwangsarbeit zurückzuführen ist**, im Alter von 65 Jahren in Ludwigsburg.

Hier ein Schreiben vom 9. Oktober 1963, in dem es um eine Lohn-Nachforderung ging.

Quellen- und Literaturhinweise:

Chronik der Deutschen S.905
Deutschland 1939-1945 S.139
Aus "Gespräche mit Verschleppten".
(Aufgezeichnet im Mai 1986 in Ludwigsburg)
*Streiflichter 3/87 S.43

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

Zur Nr. 23 190325 M 016 BKZ 5635
(Bei Antwort dieses Zeichens und Personaldaten des Versicherten erlösen)

Postanschrift: Bundesversicherungsanstalt für Angestellte - Postfach 1000 Berlin 88
Hauptverwaltung: Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, Telefon (030) 46 11 11

Herrn
Gregorius Melenczuk
~~Gregorius Melenczuk~~
~~Gregorius Melenczuk~~

Datum und Zeichen ihres Schreibens: 99 Durchwahl-Nr. Datum
(030) 865- 2 36 22 09.6.63

Sehr geehrter Herr Melenczuk!

Wir möchten Ihnen mitteilen, daß wir die ärztliche Begutachtung durch Herrn Dr. med. Jürgen Schombert zurückgezogen haben. Der Eintritt des Versicherungsfalles konnte auch den hier vorliegenden Unterlagen festgestellt werden.

Für die Prüfung der Zeiten in der UdSSR und als Ostarbeiter bitten wir um Klärung der Anerkennung als heimatloser Ausländer (wie in Ihrem Antrag angegeben) da Ihr Reiseausweis keinen entsprechenden Vermerk enthält und auch das Internationale Rote Kreuz als Staatsangehörigkeit ukrainisch u. polnisch angibt.

Unterlagen über die Schneiderlehre und dem Straflager und Grenadierkaserne (Dauer, Entgelt, Abschluß) liegen uns noch nicht vor. Wir bitten Sie, sich um Unterlagen, ggf. Zeugenerklärungen zu bemühen. Welche Arbeiten wurden bei den Amerikanern verrichtet (Entgelt). Ebenso benötigen wir eine beglaubigte Fotokopie der Entgeltbescheinigung für 1981.

Die Anlage *UdSSR Zeiten von Ihrem Arbeitgeber auszufüllen*
Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Zink (SB)

Bankkonten: 100 01001 Landeszentralbank in Berlin (BLZ = 100 000 000)
Nr. 1000310200 Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ = 100 101 111) Nr. 41754390 Deutsche Bank Berlin (BLZ = 250 100 000)
Nr. 122044400 Bank für Handel und Industrie Berlin (BLZ = 100 500 000) Nr. 70000781 BfW Bank Berlin (BLZ = 100 100 000)
Nr. 2501151800 Berliner Volksbank (BLZ = 100 200 000) Nr. 99022403 Berliner Volksbank West Berlin (BLZ = 100 100 000)
Nr. 2001010000 Berliner Volksbank Berlin (BLZ = 100 400 000) Nr. 4170007014 Sparkasse der Stadt Berlin-Mitte (BLZ = 100 100 100)
Postcheckkonten: Berlin West Nr. 770 00 100 (BLZ = 100 100 100) *buchhaltungsmitteln (K): 111170019*

Arbeitgeberverband der Land- und Forstwirtschaft
in Württemberg-Baden

Per Einschreiben!

Herrn

Gregor M e l e n c z u k

71 [REDACTED]
[REDACTED]

7 Stuttgart 9.10.1963
Silberburgstraße 18a Dr. St/Hn.
Telefon 747 81

Betr.: Ihre Lohn-Nachforderungen bei Frau [REDACTED]
Zazenhausen

Bezug: Ihr Besuch bei Frau [REDACTED] am 6.10.1963

Sehr geehrter Herr Melenczuk!

Wir vertreten die Interessen unseres Mitgliedes, Frau [REDACTED]
[REDACTED] in Zazenhausen, [REDACTED]

Wie uns Frau [REDACTED] mitgeteilt hat, haben Sie von ihr anlässlich Ihres Besuches am 6.10.1963 eine nachträgliche Aufwertung Ihres in den Jahren 1942 - 1945 erhaltenen Arbeitslohnes als landwirtschaftlicher Arbeiter im Betrieb des [REDACTED] verlangt. Sie und Ihre Frau haben dabei offenbar behauptet, dass Sie in der Zeitung gelesen hätten, dass Ihnen ein solcher Anspruch zustehe.

Uns ist von einer solchen Aufwertung des während des Krieges bezogenen Arbeitslohnes nichts bekannt. Wir haben uns auch eingehend bei staatlichen und anderen Stellen dieserhalb erkundigt und es wurde uns versichert, dass ein solcher Anspruch nicht besteht. Wenn Sie dennoch glauben, auf Grund Ihrer früheren Tätigkeit als Fremdarbeiter in Deutschland Ansprüche zu haben, so können Sie sich allenfalls an das Landesamt für Wiedergutmachung, Stuttgart, Neue Weinsteige 21, wenden.

Keinesfalls besteht irgendeine Vorschrift, wonach der frühere Arbeitgeber nachträglich noch einen erhöhten Lohn auszubezahlen hätte.

Wir bitten Sie deshalb ebenso höflich wie dringend, unser Mitglied, Frau [REDACTED], in Zukunft mit solchen ungerechtfertigten Forderungen und Ihren Besuchen in Zazenhausen nicht mehr zu belästigen. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so behalten wir uns weitere Schritte gegen Sie vor.

- 2 -

Falls Sie trotz unserer Information noch glauben, irgendwelche Ansprüche an Frau [REDACTED] zu haben, so bitten wir Sie, sich dieserhalb an uns zu wenden und uns die Gründe für Ihre Forderungen anzugeben.

Hochachtungsvoll

D. Luch

Ass.Dr. jur. [REDACTED]
Geschäftsführer

Die Hitlerlinde von Heutingsheim

Heute ist Heutingsheim ein Stadtteil von Freiberg am Neckar. Nach dem 2. Weltkrieg war es noch eine selbständige Gemeinde. In vielen Orten wurden nach dem Machtantritt der Nazis "Hitlerlinden" gepflanzt. So auch in Heutingsheim. Als der Spuk vorbei war, im Mai 1945, lud ein Bürger der Gemeinde zu einer 'besonderen Veranstaltung' ein.

Niederschrift vom 21. Mai 1945

"Am 21.5.45 (Pfingstmontag) wurde die Heutingsheimer Bevölkerung aufgerufen, sich um 10 Uhr vor dem neuen Schulhaus einzufinden. (Ein) Grund wurde nicht bekanntgegeben.

Nachdem sich die Bevölkerung zahlreich eingefunden hatte, und mit gespannter Miene der kommenden Dinge harrete, trat (der Bürger) Klett, mit Leiter und Stricken bewaffnet, vor das Publikum. Die Gesichter wurden immer gespannter, bis dann Klett aufs Podium stieg und die nachfolgenden Worte an die Versammelten richtete:

"Werte Anwesenden!" Es wird manchem von Euch heute früh die Einladung durch die Ortsschelle etwas rätselhaft vorgekommen sein und dieses Rätsel will ich Ihnen lösen.

Im Frühjahr 1933 wurde durch einen Kollegen von mir an dieser Stelle mit viel Tamtam und großem Geschrei ein Bäumchen gepflanzt. 'Hitlerlinde' sollte es genannt werden, und als Wahrzeichen des eben angebrochenen tausendjährigen national-sozialistischen Weltreiches gedacht. Nun sind diese tausend Jahre vorüber. Was haben uns diese tausend Jahre gebracht? Von was hat diese Pflanze in diesen tausend Jahren gelebt? Geltungsbedürfnis, Postenjägerei und Gewinnsucht waren ihre Geburt; Blut, das Herzblut von Millionen von Müttern,

Vätern, Gatten, Brüdern und Söhnen Deutschlands, Europas, ja der ganzen Welt und Ströme von Tränen Unschuldiger war ihre Nahrung; Hass, Verleumdung, Verfolgung, Verrat, Lügen, Betrug, Not und Tod waren ihre Blüten und Schmach und Schande ist nun ihr Ende.

Symbol der Ungerechtigkeit

Es ist unmöglich, dieses Symbol der größten Ungerechtigkeit, des größten Weltbetrugs und der tiefsten Schande noch länger in unserer Gemeinde existieren zu lassen. So wie die Träger des nun abgeschlossenen Zeitalters heute in alle Winde zerstreut und vom Sturm der Befreiung und der Erlösung weggefegt sind, so muß auch dieses Sinnbild teuflischen Wesens und höllischer Tyrannei für ewig beseitigt werden. Wir können diesen Baum nicht auf einen andern Namen umtaufen, z. B. 'Friedenslinde von 1945', denn zu grauenhaft war diese vergangene Zeit, an die uns dieser Baum immer wieder erinnern würde. Wir wollen es nicht den Denkmalschänder von 1933 gleichtun, die das hiesige Ehrenmal unserer Gefallenen aus dem vorigen Weltkrieg gestohlen und es den Henkersknechten aus ihren eigenen Reihen zu widmen versucht haben. Wir wollen es diesem Untermenschentum nicht gleichtun, die unsere Frauen und Mütter zu Gebärmaschinen erniedrigten, um ihre Nachkommen dann in den KZ-Lagern und auf den Schlachtfeldern wieder abzuwürgen.

Kaum hatten unsere Kinder das Gehen und Reden gelernt, wurden sie den Eltern entfremdet, entführt und in die Welt des Teufels, des Bruderhasses verpflanzt. Die Eltern mußten ihre eigenen Kinder fürchten, um nicht durch ein unachtsames Wort den Grausamkeiten der Gestapo ausgeliefert zu werden.

Welche Qualen hat man bei den so ge-

nannten Wahlen geistig und seelisch ausgestanden und welche raffinierten und hinterlistigen Methoden hat diese Verbrecherbande angewandt, um die Mehrheit der Stimmen für sich zu erzwingen.

Enthüllungen der letzten Zeit

Die Enthüllungen in den KZ-Lagern in der letzten Zeit ist ja ein Kapitel für sich, zu grausam, um im Einzelnen erörtert zu werden. Angesichts dieser Teufeleien müssen wir uns nicht nur vor uns selbst, vor unserer Besatzung, vor dem deutschen Volk, vor der ganzen Menschheit, sondern selbst vor dem Tierreich schämen.

Wenn wir nun die Erlebnisse und Ereignisse der letzten 12 Jahre an uns vornübergehen lassen, müssen wir uns unbedingt fragen: Kann ein Mann unser deutsches Volk in diesem Ausmaß zu solchen Sklavereien mißbrauchen? Wohl hat er mit seinem neuen Gruß das erste der zehn Gebote, die wir alle in der Schule gelernt haben, für sich in Anspruch genommen und sich an die Stelle Gottes gesetzt. Hätte er aber nicht eine ungeheure Armee von Verrätern, Untermenschen und Verbrechern in seinem 'Verein' zur Verfügung gehabt, wäre all das, was seit 12 Jahren mit uns geschehen und jetzt über uns hereingebrochen ist, nicht möglich gewesen. Und ein Teil dieser Verbrecherbande war auch hier an der Arbeit, um uns zur Mithilfe, an der Zerstörung all dessen, was uns im Leben das Höchste und in dem Wort 'Heimat' zusammenzufassen ist, zu veranlassen.

Gerade diese sind es, (und er deutete auf die neben der Hitlerlinde aufgestellten Parteifunktionäre) die in hiesiger Gemeinde die Verantwortung tragen für das Geschehene, für die Zerstörungen die Vernichtung, für das Chaos vor dem wir heute stehen.

Nicht Rache und Vergeltung

Rache und Vergeltung zu fordern ist nicht unsere Sache und wir können es auch nicht, denn zu groß zu ungeheuer ist die Schuld, die sie auf sich geladen haben. Unsere Pflicht ist es, sie jetzt zu veranlassen, soweit sie dazu fähig sind, die schändlichen Spuren des fanatischen Vernichtungswerks, dem auch sie in blindem Glauben zugestimmt haben, zu beseitigen.

Wir wissen wohl, daß sie heute mehr den je mit Haß erfüllt, ja überfüllt sind, gegen uns, gegen den Übriggebliebenen, anständigen gesund denkenden Teil des deutschen Volkes, Haß, der nur in Adolf Hitler und seinen Satanssoldnern möglich ist.

Heute müssen sie einsehen, daß ihnen ihr Plan nicht gelang, denn wäre es nach ihnen gegangen, lebte heute in Deutschland kein Mensch mehr, der nicht zu ihrer Sorte gehört, stände kein einziges Haus mehr, dürfte in den nächsten 1 000 Jahren kein Baum in Deutschland mehr blühen. Doch es legte sich ein Stärkerer ins Zeug, dem ein Hitler, Himmler und wie sie alle heißen, eben doch nicht gewachsen war. Ihm ist in erster Linie zu danken, für das, was wir heute noch besitzen, ist unser aller Pflicht. Doch auch unsere Befreier, die wir als Gegner ansehen sollten, sind wir zu Dank verpflichtet, denn sie haben in letzter Minute das Schlimmste, was gegen uns geplant war, verhütet.

Noch spukt der Wahn in den Köpfen

Wohl wissen wir, daß auch heute noch in einzelnen Köpfen, teils aus Haß, teils aus Dummheit der Wahn spukt, es könnte doch noch die alte Höllenherrschaft, wenn auch zunächst noch im Geheimen, wieder organisiert und gesammelt werden. Ich warne davor jeden im Gutem. Sie müssen sich eben, wenn auch nicht so

schnell, mit der Tatsache abfinden, daß dieses Zeitalter endgültig abgeschlossen ist. Die Zeit ist vorbei, in der ein Schulmeister am Tag nach dem Eintopfsonntag aus seinen Schülern ausspioniert, ob auch in jeder Familie Eintopf gekocht wurde.

Wenn wir nun aus der Vergangenheit lernen, das Gute vom Bösen unterscheiden und dazu haben wir nun wieder die Freiheit, dann ist auch dieser Krieg und diese Schule, nicht umsonst für uns gewesen. Lernen wir wieder einander unterstützen und helfen, nicht auf Kommando, sondern aus der Tiefe des eigenen Herzens. Das Zeitalter des Verrats und der Unterdrückung durch den eigenen Nachbar und Freund ist vorbei. Halten wir uns die Tatsache vor Augen:

'Gemeinsame Freude ist die doppelte Freude, gemeinsames Leid ist halbes Leid.'

NB: Die Parteifunktionäre mußten die Hitlerlinde umsägen und unter Begleitung der anwesenden Bevölkerung auf den Schuttplatz führen."

Quellen- und Literaturhinweise:

Aus einem Nachlaß

Der Redner der damaligen Veranstaltung, Wilhelm Klett, verstorben 1959, war von 1946-1950 Gemeinderat in Heutingsheim.

Zuchthausdirektor Klaus und seine Helfer

Wir berichten bereits in Heft drei und vier über das Zuchthaus Ludwigsburg. Inzwischen liegen uns eine Reihe von Berichten Überlebender vor, die die dortigen Verhältnisse aus eigener Sicht schildern.

Unter dem 25. Oktober 1948 berichtete die "Stuttgarter Zeitung" auf Seite fünf, daß der ehemalige Zuchthausdirektor Klaus aus Ludwigsburg in die Gruppe der Hauptschuldigen eingestuft und für 2 1/2 Jahre in ein Arbeitslager eingewiesen werde. Eine milde Strafe für einen Mann, der im 3. Reich als der Schrecken der Strafanstalten Ludwigsburg, Hohenasperg und vorher Ulm gegolten hatte.

Bis zur letzten Stunde übten Max Klaus und seine Helfershelfer ihre Herrschaft aus, obwohl der "Herr Oberregierungsrat" in den letzten Kriegstagen versuchte, sich durch "Milde" den Übergang zu sichern. 1933 hatte er es ja mit seinem Eintritt in die Nazipartei auch geschafft. Zuvor, 1922, wurde der Major des 1. Weltkriegs als Beamter ins Justizministerium des Landes Württemberg übernommen.

Vor Kriegsende, im April 1945, das dürfte sicher in seinem Sinne gelegen haben, wurden Gefangene mit ihre Bewachern noch auf 'Transport' geschickt. So hoffte er, einen Teil seiner 'Probleme' loszuwerden. Wir berichteten ausführlich in Heft 4.

Berichte von Überlebenden

Alfred Marx - Landgerichtsrat in Stuttgart

Ich war 1942/43 Leiter der Jüdischen Mittelstelle Stuttgart, diese war der jüdi-

schen Kultusvereinigung Württemberg eingegliedert. Deren Vorstand war damals der frühere Rechtsanwalt Ernst Moos Ulm, der 1943 deportiert und in Auschwitz umgebracht wurde.

Mein Freund und damaliger Mitarbeiter Carl Rothschild, Stuttgart, war im Mai 1941 von einem Berliner Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er entgegen den Bestimmungen über die Vermögenssperre für Juden einige Wertpapiere ohne Genehmigung verkauft hatte. Es war ihm Strafaufschub bis Herbst 1942 bewilligt worden. Im Herbst 1942 mußte er seine Strafe im Gefängnis Rottenburg antreten.

Einige Zeit darauf schrieb er uns, er sei mit anderen Juden zur weiteren Strafverbüßung in das Zuchthaus Ludwigsburg, Abteilung Hohenasperg, gekommen. Er befürchtete aber auch, dort nicht zu bleiben, da andere jüdische Häftlinge von Hohenasperg bereits weitertransportiert worden seien.

Nach Empfang dieses Briefe begab sich Herr Moos sofort nach Ludwigsburg zu Oberregierungsrat Klaus um Erkundungen einzuziehen.

Diese hatte zum Ergebnis, daß Rothschild noch auf dem Hohenasperg sei. Es sei eine Verfügung ergangen, wonach Gefängnisstrafen für Juden im Zuchthaus zu vollstrecken seien. Dies gelte auch für Rothschild. Ein Weitertransport komme nicht in Frage. Einen gleichlautenden Bescheid erhielt ich selbst auf eine Anfrage bei der Stapoleitstelle Stuttgart.

Vom Asperg nach Auschwitz

Wenige Tage darauf kam Carl Rothschild nach Auschwitz und wurde dort sofort umgebracht. Das gleiche Schicksal erlitt alle anderen jüdischen Ludwigsburger Häftlinge.

Im Verfahren gegen Klaus ist meines

Erachtens zu untersuchen, ob und inwieweit er an diesen Morden beteiligt ist. Mindestens scheint er es in der Form zu sein, daß er die diesbezüglichen Weisungen durchgeführt und Anfragende wie uns getäuscht hat. Sollte der geltend machen, er habe sich nicht widersetzen können, so müßte gefragt werden, ob er es mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, länger Vorstand von Strafanstalten zu sein, deren Insassen ermordet wurden.

Berthold Riedinger, Bürgermeister aus Karlsruhe

Am 12. November 1936 wurde ich vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Während meiner Untersuchungs- und Strafhaft machte ich die "Bekanntschaft" von fünf Haftanstalten.

Vom 25. November 1936 bis 29. Januar 1937 war ich Insasse der Strafanstalt Ulm. Der damalige Direktor dieser Anstalt war Klaus.

Dieser 9-wöchige Aufenthalt war für mich der schlimmste meiner 2-jährigen Haftzeit. Leitung und Personal dieser Strafanstalt waren von der gleichen Brutalität. Die Häftlinge waren damals überwiegend politische. Dies scheint auch der Grund gewesen zu sein, warum solche barbarische Strenge angewendet wurde.

In Ulm

In Ulm wurde das wahr gemacht, was die Nazijustiz immer von sich behauptete: "Der Strafvollzug soll mit äußerster Härte vollzogen werden, Strafanstalten im 3. Reich sollten keine 'Sanatorien' wie in der demokratischen Republik sein."

Mit Hunger und Antreibersystem wurden die Gefangenen mürbe gemacht. Der Kräftezerfall war bei den meisten der Gefangenen in kurzer Zeit ein rapider.

Die Kost war vollkommen ungenügend und stark wasserhaltig.

Da ich in Gemeinschaftshaft war, konnte ich manches hören. Einmal kam mir ein Fall zu Ohren, der für Ulm geradezu bezeichnend war. Gefangene hatten aus einem Abfalleimer Kartoffelstücke entnommen und verzehrten sie von Hunger getrieben. Der Direktor ließ diese Gefangenen zu sich kommen und schrie sie mit folgenden Worten an:

"Da fressen diese Säue meinen Schweinen noch die Kartoffeln weg."

Bei meiner 'Verschubung' in die Strafanstalt Ebrach/Oberfranken litt ich an einem geradezu chronisch gewordenen Durchfall, als Folge von der dauernden Wasserkost.

Die Gefangenen mußten gegenseitig das Brot verborgen halten, daß es nicht entwendet wurde, so groß war der Hunger.

Als ich in Ebrach wieder kompaktere Kost erhielt, glaubte ich mich im Himmel zu befinden.

Selbstmordversuch

Ein Selbstmord aus Verzweiflung, der sich im Zellenbau abspielte, ist mir auch bekannt geworden. Die Aufseher plagten die Gefangenen, wo sie nur konnten. Eine Falte beim Bettenbau genügte, um die ganzen Betten wieder herauszureißen.

Gleich bei meiner Einlieferung wurde ein in meinen Prozeß verwickelter junger Mitgefangener, Josef Lichtenberger aus Ettligen, von dem Kammeraufseher mit den Worten empfangen: "Was Sie junger Mensch sind auch wegen Hochverrat hier, ihnen gehört noch der Arsch verhauen." Bei der Daktyloskopie sagte mir ein Beamter: "Hier werden Ihnen Ihre jüdisch-marxistischen Gedankengänge schon gründlich ausgetrieben werden."

Klaus, der damalige Direktor, soll 1919 auf der Auslieferungsliste der Kriegsverbrecher gestanden haben.

August Hirsch, Bürgermeister in Oberdorf am Ipf

Bei meiner Einlieferung am 28. November 1938 wurde ich zunächst von Oberregierungsrat Klaus und seinem 'Direktorium' empfangen.

Seine erste Frage war: "Haben Sie dieses 'Verbrechen' begangen?" Auf meine Antwort, daß es meine ehrlicher Überzeugung war, sagte er: "Sie werden solange in Einzelhaft sein, bis sie zu einer anderen Überzeugung kommen.."

Vier Jahre Einzelhaft

Ich war dann trotz meiner eineinhalbjährigen Untersuchungshaft vier Jahre in Einzelhaft. Während dieser Zeit konnte ich feststellen, daß Mitgefangene noch weit länger in Einzelhaft waren als ich. Trotzdem sich verschiedene Gefangene durch die lange Einzelhaft Geisteskrankheiten zugezogen haben, hat er sie, wenn es sich um politische Gefangene handelte, aus der Einzelhaft nicht herausgegeben.

Nachdem ich mir durch die lange Einzelhaft, die ich in einer Zelle verbringen mußte, wo nur Zementfußboden war, eine Drüsen-Tbc zugezogen hatte, wurde ich in das Krankenhaus auf dem Hohenasperg verbracht. Während dieser Zeit war ich mit Gefangenen in einem Zimmer untergebracht. Wenn ein Wachtmeister die Gefangenen wegen irgendeiner Geringfügigkeit bei Oberregierungsrat Klaus denunzierte, wurden sie, obwohl die Gefangenen oft schwere Tbc und Fieber hatten, im Winter in kalte, ungeheizte Arrestzellen verbracht, ohne Rücksicht auf die Folgen einer solchen Tortur. Ich selbst konnte beobachten, wie mancher Gefangene nach solcher Tortur kurz danach starb.

An Händen und Füßen gefesselt

Es war ungefähr vier Wochen vor unserer

Befreiung durch französische Truppen, als ein Gefangener aus Mannheim wegen Wegnahme von ein paar Kartoffeln, die er in seiner Hosentasche untergebracht hatte, um sie nacher aus Hunger im rohen Zustand zu essen, zunächst 14 Tage Dunkelarrest bei Wasser und Brot bekam. Anschließend wurde er von Klaus zu Einzelhaft mit Kosteneinschränkung verurteilt.

Als der Gefangene versuchte mit anderen Gefangenen, die als Reiniger arbeiteten, durch die Tür in Verbindung zu treten, da er vom Hunger gepeinigt wurde, ist er von einem Beamten wieder bei Klaus angezeigt worden. Darauf erhielt er vier Wochen Dunkelarrest und wurde an Händen und Füßen gefesselt. Er wurde in eine Arrestzelle verbracht, die ungeheizt und ziemlich kalt war. Er war nur mit ein Paar Leinenhosen, einem Hemd und einem Drillichkittel bekleidet. Strümpfe hatte er keine, nur Pantoffeln.

In der Zelle verstorben

Nach einigen Tagen wurde durch einen Beamten festgestellt, daß die Fesseln nicht mehr ganz in Ordnung waren. Dies veranlaßte den Oberverwalter Siegwarth und einen anderen Wachtmeister, dessen Namen mir entfallen ist, mit dem Gummiknüppel solange auf den Gefangenen einzuschlagen, bis er bewußtlos wurde und nach einigen Tagen verstarb.

Im Jahre 1942 waren auch Juden auf dem Hohenasperg untergebracht. Diese Juden waren von anderen Gefangenen abgesondert. Die jüdischen Gefangenen wurden besonders unter strenge Kontrolle genommen und wegen jeder Geringfügigkeit mit Arrest bestraft, ohne Rücksicht auf Alter und Gebrechlichkeit. Die Juden wurden dann - es mag im Jahre 1943 gewesen sein - abtransportiert. Ihr Schicksal blieb mir unbekannt. (Siehe Bericht von Landgerichtsrat Marx.)

Ich selbst wurde am 20. Mai 1937 von der

Gestapo verhaftet und nach eineinhalb-jähriger Untersuchungshaft vom Volksgerichtshof Berlin wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 28. November 1938 wurde ich in das Zuchthaus Ludwigsburg eingeliefert und am 22. April 1945 durch französische Truppen auf dem Hohenasperg befreit.

Hans Müller aus Stuttgart

Ich wurde nach dem Bombenangriff am 12. September 1944 auf das Stuttgarter Justizgebäude nach dem Hohenasperg verbracht. Dort war ich vom 13. September 1944 bis Dezember 1944. Die Unterbringung war sehr schlecht. Die Häftlinge wurden bis November auf Anordnung des Klaus in ungeheizten Räumen mit Holzzementböden untergebracht. Als "Bett" diente eine feuchte, eineinhalb cm starke Filzplatte und ein bis zwei leichte Decken, so daß fast alle Häftlinge sich schwere Nierenentzündungen zuzogen.

Die Häftlinge wurden beim Arzt nicht behandelt, Häftlinge jedoch, die den Staat wegen Steuerhinterziehung geschädigt hatten, wie ein Herr H. aus Winnenden, der Wein und Obstsaft an Klaus und die Wachtmeister lieferte, der hatte fünf schwere Decken, konnte immer Pakete empfangen und konnte unzensuriert Briefe befördern lassen.

Für andere Gefangene war das Essen sehr schlecht. Klaus selbst veranstaltete Essen im sogenannten Jägerhaus mit dem Material aus der Häftlingsküche und ließ dazu Schweine schlachten.

Bei seinen Besuchen behandelte er die Häftlinge wie Verbrecher.

Er frug die Häftlinge, weshalb sie in Haft seien und als er mich frug, sagte er, solche Leute müssen schwer bestraft werden und hätten kein Recht auf eine anständige Behandlung. Klaus fixierte auch den Haarschnitt und verlangte von den Wachtmeistern, daß die Haare bis näch-

stes Mal kurz geschoren werden. Das Benehmen des Klaus war immer brutal, er konnte kein anständiges Wort mit den Gefangenen reden.

W. Stegmeier aus Aalen

Ich war vom Oktober 1933 bis Juli 1935 als politischer Gefangener im Zuchthaus Ludwigsburg inhaftiert. Klaus, der damals Direktor Dr. Weißenrieder vertrat, war besser auf kriminelle Elemente zu sprechen, als auf die politischen Häftlinge, was folgender Vorfall beweist:

Ein alter, oft rückfälliger (Sicherheitsverwahrung) Krimineller, zeigte mich und einen anderen politischen Gefangenen namens Bauer bei Klaus an. Ich hatte nur die kurze Bemerkung gemacht: "Meine Schwester hat mir auch geschrieben, daß ihr der Lohn abgebaut wurde."

Der Berufsverbrecher setzte von sich aus hinzu, ich hätte gesagt, bei der letzten Wahl sei alles Schwindel gewesen. Klaus glaubte dem Kriminellen mehr und verurteilte uns zu je sieben Tagen verschärften Arrest. (Nur alle drei Tage ein warmes Mittagessen, sonst nur Wasser und Brot.)

Als ich mich dagegen wehrte und sagte: "Ich habe diese Äußerung nicht gemacht", brüllte er mich an und schrie: "Sie haben gar nichts, sie haben nur das Maul zu halten."

Ich hatte von Klaus auch sonst den Eindruck, daß er sich bei jeder Gelegenheit für das verbrecherische Naziregime einsetzen würde.

Otto Schmuck aus Karlsruhe-Knielingen:

Weihnachten 1941

Ich war vom 15. November 1941 bis kurz vor dem Zusammenbruch im Zuchthaus als politischer Gefangener inhaftiert und einer Abteilung zugeteilt, die für die Firma BOSCH arbeitete. Aufseher war ein

Hauptwachtmeister Kä. Da mir in den ersten Wochen die 'Hausordnung' noch völlig unbekannt war, d. h. in derselben stand nicht, daß ich mir kein Brot einsparen durfte. In der letzten Woche vor Weihnachten 1941 sparte ich mir bis zum Weihnachtsabend zwei und eine halbe Tagesration Brot ein und ließ dasselbe anfangs in meinem Spind im Schlafraum liegen.

Ein Mitgefangener machte mich darauf aufmerksam, daß ich das Brot nicht liegenlassen darf, da es mir sonst weggenommen wird. Da die Mitgefangenen in unserem Schlafraum meist Verbrecher waren, habe ich die Warnung so verstanden, als wenn mir das Brot von diesen weggenommen wird und nahm von da an mein Brot in den Arbeitssaal mit.

An Heiligabend arbeiteten wir bis 12 Uhr und marschierten anschließend in unseren Schlafsaal. Kurz zuvor machte mich derselbe Gefangene wiederum aufmerksam, daß ich aufpassen soll, damit mir mein Brot nicht weggenommen wird, worauf ich ihm antwortete: "Es wird doch keiner so unverschämt sein und mir das Brot aus der Hand nehmen." Der Gefangene erklärte mir hierauf, daß er beobachtet hätte, daß ein anderer Gefangener mich bei dem Beamten Kä. denunziert habe und ich mein Brot gut verstecken soll.

Kä. untersuchte mich jedoch an diesem Tag ganz genau und fand bei mir das Brot, welches er mir abnahm.

"Der Lump"

Nach einiger Zeit, als wir im Schlafsaal waren, erschien der Kä. nochmals an der Tür und rief in den Saal: "Wo ist denn der Lump, komm mal her!" Als ich nicht darauf reagierte, schrie er nochmals: "Wollen Sie daherkommen!" Als ich hinkam, hob er mir das Brot vors Gesicht und rief: "Da sieh es Dir nochmals an, hast Du's gesehen, so jetzt kannst Du schlucken, aber nicht das Brot." Er drehte sich um und ging weg.

Wenn der Kä. irgend einen Gefangenen bei irgend einer Kleinigkeit ertappte, meldete er ihn zum Rapport und wenn es nicht reichte, ernoch keinen triftigen Grund zur Meldung hatte, so schikanierete er den Gefangenen so lange, bis derselbe reif zum Rapport war.

In einem Fall, den ich beobachte, hatte der Hauptwachtmeister Kä. einen Gefangenen so lange schikaniert, bis er ihn endlich soweit hatte, um ihn melden zu können.

Der bekam sieben Tage strengen Arrest und öffnete sich in der Zelle die Pulsader und wurde dabei ertappt und kam ins Spital.

Was weiter mit dem Gefangenen geschehen ist, ist mir unbekannt, da ich von der Abteilung ins Kesselhaus versetzt wurde. Der Hauptwachtmeister Kä. war einer der brutalsten Beamten des Zuchthauses. Er schlug des öfteren Gefangene mit dem Schlüsselbund.

Lumpen und Verbrecher

Der ehemalige Hauptwachtmeister Wö. hatte die Arrestzellen des Zuchthauses Ludwigsburg unter sich. Da ich als Heizer im Kesselhaus tätig war von morgens 4 Uhr bis abends 8 Uhr arbeitete, konnte ich öfters abends das Schreien und Stöhnen der Arrestgefangenen hören, die von Wö. mit dem Gummiknüppel oder Schlüsselbund geschlagen wurden.

Der Beamte Wö. war meistens betrunken und jeder Gefangene der in Arrest kam, wurde von Wö. geschlagen. Hauptsächlich die politischen Gefangenen hatten unter dem Wö. sehr zu leiden und er titulierte sie bei jeder Gelegenheit mit "Lumpen und Verbrecher."

Nicht allein bei den Gefangenen sondern auch bei den Beamten des Zuchthauses war Wö. sehr unbeliebt.

In den letzten Monaten war ich auf Außenkommando (Bunkerbau). Im Zuchthaus selbst gehörte ich dem Luftschutzkommando an. Im Februar

oder März 1945 lag ich einige Zeit im Spital des Zuchthauses, wurde aber wegen Überfüllung kaum genesen entlassen. In derselben Nacht war Fliegeralarm und wir mußten unsere Posten beziehen. Ich war noch ziemlich schwach und konnte nicht entsprechend laufen wie es von Seiten des Beamten Th. gewünscht wurde und er mich deshalb anschrie: "Willst du laufen du Lump" und schlug mir den Schlüsselbund ins Kreuz, so daß ich in die Knie sank. Der ehemalige Verwalter Schell, der in der Nähe stand, sagte hierauf zu Th.: "Laß doch den Mann in Ruhe, der ist noch krank."

Auf Transport

Kurz vor dem Zusammenbruch kam ich mit noch anderen Leidensgenossen auf Transport, angeblich nach Mauthausen (KZ). In Donauwörth wurden wir ausgeladen und kamen in das 8 km von Donauwörth entfernte Zuchthaus Kaisheim. Im selben Moment, als wir ins Zuchthaus einmarschierten, wurde der Bahnhof sowie die Eisenbahnbrücke über die Donau in Donauwörth von alliierten Fliegern zerstört. Da ein weiterer Transport von Kaisheim nicht möglich war, mußten wir jeden Tag nach Donauwörth marschieren, wo wir bei der Reparatur der Donaubrücke sowie der Gleisanlagen beschäftigt wurden.

Wir wurden in verschiedene Kommandos eingeteilt, ich selbst kam zu Th. Bei der damals bestehenden Verpflegung die wir bekamen, war es unmöglich dies zu leisten, was von uns verlangt wurde.

Angetrieben und geschlagen

Wir wurden ständig von Th. angetrieben und geschlagen. Mir selbst schlug Th. mit einem Stock ins Gesicht. Auf Grund der schlechten Verpflegung versuchten viele Gefangenen sich etwas Eßbares nebenbei zu beschaffen. Zum Beispiel stand in der Nähe unseres Kommandos ein beschädigter Güterwagen beladen mit

Mehl, aus welchem sich verschiedene Gefangene etwas Mehl holten um die Suppe, die wir bekamen, etwas zu verdicken.

In einem dieser Fälle wurde ein Italiener dabei von Th. ertappt und von diesem mit einem Schaufelstiel so lange geschlagen, bis der Schaufelstiel zerbrach und der Gefangene liegenblieb. In einem anderen Fall wurde wiederum ein Gefangener von Th. derart mißhandelt, daß er blutete. Der Th. war der brutalste und gleichzeitig auch der feigste Beamte unseres Transports, denn bei jedem Alarm zitterten ihm schon die Knie und er wurde weiß wie eine Wand.

Josef Schupp aus Stuttgart-Möhringen

Ich selbst war nur vorübergehend auch im Zuchthaus Ludwigsburg, hatte jedoch mit Klaus keinen direkten Zusammenstoß. Dagegen war zu meiner Zeit Paul Rhein, Mitinhaber der Armaturenfirma Franz Schneider Nordheim, sehr der Willkür des Klaus ausgesetzt. Auf dem Asperg wurde dem Kameraden Rhein von Klaus eine vierwöchige Dunkelhaft auferlegt, weil er sich über verschiedene Anordnungen aufgehalten hat.

Ernst Göltenboth aus Mannheim-Waldau

Etwa vier oder fünf Tage vor meiner Entlassung, am 20. August 1938, wurde Klaus Zuchthausdirektor in Ludwigsburg. Bei meinem Entlassungsrapport hat sich folgendes zugetragen: Bei meinem Eintreten in sein Zimmer nannte ich meinen Namen und die Gefangenennummer wie vorgeschrieben.

Klaus fixierte mich über die Brille hinweg und sagte zu mir: "Ihnen ist es scheinbar schnuppe ob sie entlassen werden oder nicht, was?" Ich fragte ihn: "Wie kommen Sie zu so einer Frage, ich möchte selbstverständlich nach Hause zu meiner Fa-

milie."

Da schnellte er hinter seinem Schreibtisch hervor und brüllte: "Was erlauben Sie sich, ich stelle die Frage, wie ich es will. Ich werde Ihnen Ihre kommunistischen Allüren schon vertreiben, nehmen Sie gefälligst eine stramme Haltung ein. Er trat mir dabei ein paarmal auf die Fußspitzen. Ich erklärte ihm, daß ich das nicht kann, da ich schon mehrere Jahre ein steifes Bein habe und ich schon Wochen wegen Rheuma in Behandlung sei.

Da tobte und brüllte Klaus wie ein Wahnsinniger, ich sei ein widerspenstiger Untermensch und er werde in meine Akten einen Vermerk machen, der mir meine Schutzhaft etliche Zeit verlängern würde. Zeuge dieser "Vorführung war u. a. der damalige Wachtmeister Schöttle.

Meine Haft im KZ Buchenwald dauerte dann auch sieben Jahre bis zur Befreiung.

Philipp Schreiner und Georg Jahn aus Schwetzingen

Am 6. Januar 1936 wurden wir zur Verbüßung einer Gefängnisstrafe in das Landesgefängnis Ulm an der Donau, Tailfingerstrasse, eingeliefert. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat war Schreiner zu zwei Jahren und Jahn zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Schon beim Empfang wurden wir mit Schimpfwörtern wie Gauner, Tagediebe, Lumpen, Landesverräter usw. empfangen. Mit verschwindend wenigen Ausnahmen benahmen sich die Beamten wie Sadisten. Das An- und Wegtreten geschah nur im Laufschrift. Auch bei der Arbeit wurden wir nach Möglichkeit schikaniert und so fast zur Verzweiflung gebracht. Die Verpflegung wurde von Woche zu Woche schlechter. Als der Direktor Gefangene sah, die in den Abfalltonen nach etwas Eßbarem suchten, sagte er: "Ich glaube, diese Säue fressen meinen

Schweinen das Futter weg."

Da der Direktor auch Kreisjägermeister war, ließ er sich in im Gefängnis eine tadellose Uniform schneiden. Von einem anderen politischen Gefangenen, dem Bildhauer Gessmann aus Ludwigsburg, ließ sich Klaus eine Hitlerbüste anfertigen.

Quellen- und Literaturhinweise:

1. Streiflichter 3 S.4ff. (über Zuchthaus Ludwigsburg) und Streiflichter 4 S. 20ff. (über Zuchthausdirektor Klaus)
2. Die Berichte der ehemaligen Häftlinge des Zuchthauses Ludwigsburg wurden als Belastungsmaterial u.a. in das Verfahren der Zentralspruchkammer Ludwigsburg gegen den früheren Direktor der Strafanstalt Ludwigsburg und Hohenasperg, Oberregierungsrat Max Klaus, eingebracht. Das Urteil bestätigte die Berichte. (Siehe Stuttgarter Zeitung vom 25. Oktober 1948, S.5).

Die "Kriegstaten" eines SS-Sadisten

In alten Nachkriegsakten geblättert

Vor dem Bürgermeisteramt Steinheim an der Murr erscheint der Otto A. aus Beutelsbach, geb. am 19.5.1897 und legte seine Ausweise, sowie den politischen Ausweis aus dem KZ Mauthausen vor. Er gibt folgende Erklärung über den SS-Unterscharführer Hans Bühner aus Steinheim an der Murr ab:

Ich war selbst mit Bühner 2 1/2 Jahre im Konzentrationslager Mauthausen und arbeitete im Außendienst in Wien. Bühner war dort Rapportführer. Er zählte zu den Gefährlichsten, wenn man in seine Nähe kam, wurde man geschlagen und getreten bis zur Bewußtlosigkeit. Über 214 Fälle liegen vor, die über ihn amtlich festgelegt wurden.

Bei einem Fliegerangriff in Florisdorf Ende Februar, mußte ein Bewachungskommando zurückbleiben. Von diesen waren 2 tot und 3 schwer verwundet. Bühner kam in das Lager und sagte: "Die taugen doch nichts mehr" und hat sie kurzerhand erschossen.

In Massengräbern verscharrt

An Ostern 1945, vom Ostersonntag auf Sonntag kam der Befehl zum Abrücken aus Wien, da sich die Russen in der Nähe von Wien befanden. Bühner und der Lagerführer Streitwieser gaben dem Revier den Auftrag, sämtliche im Revier befindlichen gefangenen Häftlinge zu liquidieren. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich 52 Häftlinge im Revier, die mit Benzin bespritzt und in 2 Massengräbern verscharrt wurden. Ein großer Teil davon war noch nicht einmal tot, als die Häftlinge verscharrt wurden. Das Gestöhne konnte man weit her hören.

Am nächsten Morgen ging es nach Mauthausen. Der Transport bestand aus 1800 Häftlingen. Beim Abmarsch wurde der Befehl gegeben, daß alle zurückbleibenden Häftlinge sofort durch Genickschuß zu erledigen seien. Auf diese Art und Weise wurden auf dem Marsch von Wien nach Mauthausen allein 200 Häftlinge auf den Straßen erschossen. Ein großer Teil fällt auf den SS-Scharführer Bühner. Wer sich morgens aus dem Lager nicht erheben konnte, da die Ernährung schon derart schlecht war, daß die Häftlinge kaum mehr marschieren konnten, wurden die Häftlinge unaufhörlich von ihm geschlagen, getreten und mit Faustschlägen bearbeitet.

Das Schuhmacherkommando

Ich selbst war 1 1/2 Jahre auf einem Schuhmacherkommando in Wien und hatte die Schuhmacherei zu betreuen. Es war im Lager verboten, an Private Schuhe abzugeben. Bühner und der Lagerführer verlangten von mir alle möglichen Arten von Schuhen und Stiefeln. Das Leder mußte in Wien im Schwarzhandel erworben werden. Zu dem Einkauf des Leders kamen nur Lebensmittel und Zigaretten als Zahlungsmittel in Betracht, die den Häftlingen zugestanden wären.

Ich entsinne mich, daß ich mehr als 30 Paar Schuhe und Stiefel in Wien auf diese Art für Bühner allein käuflich erworben habe. Zum Teil wurden diese Schuhe und Stiefel durch den Lagerführer und Bühner an Bauern für Wein weiterverkauft. Unmenschliches wurde dabei an Arbeit von mir gefordert, sodaß ich tage- und nächtelang ununterbrochen durcharbeiten mußte.

Bühner verlangte einmal von mir morgens 8 Uhr, daß ich bis abends 9 Uhr ein Paar Stiefel herstellen sollte. Als ich ihm sagte, daß dies unmöglich sei, da ich ja keine Maschinen hatte und das Leder erst in Wien beschaffen mußte, schlug er

mir mit der Faust 3-4 mal ins Gesicht mit dem Ausspruch: "Das gibt es bei uns nicht, wenn ich verlange, daß es fertig sein muß, dann ist es auch fertig, sonst hänge ich dich auf."

Ich fuhr sofort mit einem SS-Mann Namens Brünning mit der Straßenbahn in die Stadt und kaufte das Leder, und wurde dann bei einem Schäftemacher vorstellig, damit er mir für einige Stunden seine Maschine gab. Während der Ausübung der Arbeit war ein Fliegerangriff auf Wien. Dabei konnte ich mich während des Angriffs nicht in den Luftschuttkeller begeben und arbeitete an der Maschine weiter, als schon die Bomben in allernächster Nähe einschlugen und auch die Fenster und die Wände von der Werkstatt auf mich hereinstürzten. Trotz meiner Bemühungen war es mir nicht möglich, die Stiefel in der von Bühner angegebenen Zeit fertigzustellen, was mir (mich) nachher eine Tracht Prügel kostete.

Bühner hat oft den KZ-Häftlingen die Arme nach hinten zusammengebunden und sie daran hochgehängt und dann ununterbrochen mit einem 3fach zusammengeflochtenen Farrenschwanz in dieser Lage auf das Hirn gehauen.

An den Armen aufgehängt

Ich entsinne mich eines Falles, wo im Werk einem Zivilisten im Schrank eingebrochen wurde und aus dem Schrank ein Revolver entwendet wurde. Dies wurde der Lagerführung gemeldet, und sämtliche behaupteten, daß dieser Einbruch nur von den Häftlingen durchgeführt worden sei.

Auch hier stand (griff) Bühner oft mit drakonischer Strenge ein, und ob schuldig oder nicht, wurden die Häftlinge, auf die irgend ein Verdacht fallen konnte, von ihm mißhandelt und geschlagen. Der Verdacht blieb letzten Endes an einem Polen und einem Russen hängen. Diese beiden wurden furchtbar mißhandelt, Da dieselben von dieser Angelegenheit nichts

wußten, hat sie Bühner mit den Armen nach hinten gebunden aufgehängt. Einer erlag dabei einem Herzschlag, der andere konnte kein Geständnis abgeben, trotzdem er 1 1/2 Stunden so aufgehängt war. Meines Wissens stellte sich später heraus, daß der Einbruch von einem Zivilisten durchgeführt wurde, der dann den Revolver in unserem Lager über den Zaun hereingeworfen hat. Solche Fälle sind sehr häufig vorgekommen, wo sich Bühner durch seine Brutalität besonders hervorgetan hat.

Beim Strassenbau

Auf Antrag der Lagerverwaltung von Mauthausen mußte eine Straße von 6-8 km gebaut werden. Eine Straßenwalze (motorisiert), war jedoch nicht vorhanden, sodaß die Häftlinge eine mehrere 100 Ztr. schwere Walze selbst ziehen mußten.

Da die Häftlinge körperlich so geschwächt waren, daß es ihnen kaum möglich war, ein solches Monstrum den Berg hinauf zu ziehen, griff auch hier Bühner wieder ein, indem er unaufhörlich mit allen möglichen Mitteln auf die Gefangenen einhieb, bis sie bewußtlos waren. Dabei hatte er einem Metzgermeister aus Schorndorf, z. Zt. wohnhaft in Steineberg bei Schorndorf, so mißhandelt, daß derselbe wochenlang kaum ein Glied bewegen konnte.

Dies sind nur einige Auszüge aus der Mentalität des Unterscharführers Bühner.

Pakete an die Familie

Zum Schluß möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß Bühner sehr viele Pakete abgeschickt hat und zwar einen großen Teil nach Steinheim an der Murr adressiert. Daß es sich dabei nur um gestohlene oder erpresste Gegenstände von den Gefangenen handeln kann, ist selbstverständlich.

Diese meine obigen Angaben kann ich jederzeit erhärten. Auch kann ich noch folgende Namen von Zeugen angeben:

Robert S.Esslingen

Reinhold M. z. Zt. wohnhaft
in Steineberg bei Schorndorf

Bernhard aus Heubach (bei Gmünd) (1)

Nach unseren Ermittlungen wurde Bühner vom Obersten Gericht der Hohen Kommission der Französischen Republik in Deutschland, das in Rastatt tagte, am 6.1.1950 zum Tode verurteilt. Seine Erschießung erfolgte am 20.3.1950 bei Sandweiler in Baden.(2)

Quellen- und Literaturhinweise:

1. Nachlaß Wilhelm Eppinger

2. Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen
in Ludwigsburg



Hermann Steigleiter



Hugo Steigleiter

Richter Spahr aus Ludwigsburg

**Einst Staatsanwalt beim
Volksgerichtshof**

Wir halten es bei der heutigen Geschichtsdiskussion für wichtig, uns mit der Entwicklung der Justiz nach dem Zweiten Weltkrieg auseinanderzusetzen. Wie war es in den ersten Nachkriegsjahren? Was geschah mit all den fürchterlichen NS-Juristen?

Die Tatsache bleibt: Kein Richter wurde im Dritten Reich verurteilt, weil er sich weigerte, an den Justizverbrechen der damaligen Machthaber teilzunehmen. Zivilcourage war allerdings gefragt. Wenige hatten sie. Ein Beispiel: Der preußische Amtsrichter Lothar Kreyssig wurde im Juli 1940 zu Staatssekretär Roland Freisler, dem späteren Präsidenten des Volksgerichtshofes, vorgeladen. Kreyssig protestierte scharf gegen den Mord an Geisteskranken und Behinderten. Freisler wollte ihn umstimmen. Der Richter blieb bei seiner Meinung. Auch als er Anzeige gegen diese Verbrechen erstattete, geschah nichts gegen ihn. Lediglich Reichsjustizminister Günter lud ihn vor. Er blieb bei seiner Meinung.

Von den Machthabern wurde der Richter 1942 lediglich bei voller Gewährung der Bezüge in den Ruhestand versetzt.

Der preußische Amtsrichter Lothar Kreyssig blieb seiner Gesinnung treu.

Die überwiegende Mehrheit der Richter machte mit. Sie bauten mit Bluturteilen ihre Karriere auf. Ihr beruflicher Werdegang ist mit Todesurteilen gepflastert. Zwischen 1940 und 1945 fällten die Richter Großdeutschlands rund 16 000 Todesurteile. Nach dem Krieg beriefen sie sich auf den 'erheblichen Druck', dem sie im Dritten Reich unterlegen seien. Nie-

mand hatte sie zu diesen Unrechtsurteilen gezwungen. Keiner wurde von den Nazis unter Wegfall der Bezüge aus dem Amt gejagt. Die meisten dieser Juristen waren bedenkenlos der terroristischen Vereinigung NSDAP beigetreten.

Nach 1945 wurden die meisten Richter wieder in den Justizdienst übernommen. In Niedersachsen waren schon 1948 an den Landgerichten 80 bis 90 Prozent der Richter frühere NSDAP-Mitglieder. Es ist kein Verfahren bekannt, in dem ein NS-Jurist wegen seiner Taten verurteilt wurde.

Einer dieser Richter hatte seinen Wohnsitz nach dem Zweiten Weltkrieg in Ludwigsburg: Karl Spahr, bis 1962 Landgerichtsrat in Stuttgart und wohnhaft in der Seestrasse 24/1.

Auszüge aus seiner "Karriere" werden in dem auf Seite 74 veröffentlichten Zeitungsartikel genannt, zwei seiner Opfer, die Speyerer Antifaschisten Hermann und Hugo Steigleiter sind auf Seite 72 abgebildet.

Karl Spahr wurde wegen seiner Taten nach 1945 nie vor ein Gericht gestellt oder gar verurteilt. Im Gegenteil, dieser "fürchterliche Jurist" konnte bis 1962 als Oberstaatsanwalt wirken.

Quellen- und Literaturhinweise:

"die tat" Nr. 45 vom 6.11.1981.

"Ludwigsburger Kreiszeitung" vom 23.1.1981 und 16./17.6.1986.

Streiflichter Nr. 2 S.54.

Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer (1983) S. 11

Mörder der Steigleiters heute Staatspensionär

die tat n

Nicht nur die Hinrichtung der Speyerer Antifaschisten bis heute ungesühnt

In der Frühe des 6. November 1940 wurden im Berliner Gefängnis Plötzensee zwei junge Rheinschiffer aus Speyer zur Hinrichtungsstätte geführt. Die Ermordung der Brüder Hugo (20) und Hermann Steigleiter (23) leitete der Staatsanwalt beim NS-Volkgerichtshof, Karl Spahr. Diesen Blutdienst verrichtete er in Vertretung des Staatsanwalts Bruchhaus, der im Steigleiter-Prozeß für den Oberreichsanwalt die Anklage vertreten hatte. Noch am Abend vor der Hinrichtung hatte Bruchhaus den zum Tode verurteilten Hugo Steigleiter in der Todeszelle aufgesucht, um ihm den Termin der Urteilsvollstreckung mitzuteilen: 6. November 1940, morgens 6.10 Uhr.

Die Brüder Steigleiter waren angeklagt, „von 1933 bis 1938 fortgesetzt das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern, vorbereitet zu haben...“, indem sie sich mit dem Schmuggel kommunistischer Schriften auf Rheinschiffen von den Niederlanden nach dem Elsaß befaßten und dem kommunistische Ziele verfolgenden Kanal- und Rheinschifferverband als Mitglieder beigetreten waren...“ Hugo Steigleiter wurde als erschwerend angelastet, daß er der Roten Hilfe Spenden zukommen ließ.

Diese „Verbrechen“, so der Ankläger, ließen sich nur aus der „tiefen Verworfenheit ihrer Gesinnung“ erklären. Nach langer Einzelhaft in Ludwigshafen und Mannheim wurden die Gefangenen nach Berlin geschafft, wo Staatsanwalt Bruchhaus in der Volkgerichtshofverhandlung vom 19. März 1940 ihren Kopf forderte.

Das dementsprechende Todesurteil gegen die Brüder Steigleiter und ihre Enthauptung sind nicht die einzigen Verbrechen, an denen die NS-Staatsanwälte Spahr und Bruchhaus mitgewirkt haben. Spahr hat an mindestens 38 Todesurteilen und anderen Terrorurteilen, Bruchhaus an mindestens 33 Todesurteilen gegen deutsche, niederländische, belgische und tschechoslowakische Widerstandskämpfer mitgewirkt. Keiner wurde dafür je bestraft. Im Gegenteil. Spahr konnte bis 1962 als Landgerichtsrat in Stuttgart, Bruchhaus bis 1961 als Staatsanwalt in Wuppertal wirken.

1980 stellte das Präsidium der VVN / Bund der Antifaschisten gegen die beiden und 28 weitere ehemalige Richter und Staatsanwälte des Volkgerichtshofes Strafanzeige wegen Mordes. Am 23. 1. 1981 veröffentlichte die „Ludwigsburger Kreiszeitung“ eine Todesanzeige, wonach Oberstaatsanwalt a. D. Karl Spahr am 20. 1. 1981 „sanft entschlafen“ ist. Motto der Anzeige: „Leben und Wohltat hast Du an mir getan (Hiob 10,12)“.

Dr. Karl Bruchhaus lebt noch als Staatspensionär in Solingen, Wuppertaler Straße 261a. Ganz unbehelligt ist er nicht geblieben. Wegen der von ihm beantragten Todesurteile in einem Prozeß (9 J 14/42 g 2 H 35/42) lief ein Verfahren gegen ihn. Es wurde jedoch im Juli 1958 niedergeschlagen und dann eingestellt. In der Einstellungsbeurteilung eines Oberstaatsanwalts Reuter hieß es: „Die Bestrafung der am Todesurteil beteiligten Richter und Staatsanwälte würde aber nicht nur die Feststellung voraussetzen, daß das Todesurteil nicht Rechtsens war. Es müßte auch nachgewiesen werden, daß sie die Vorstellung hatten, daß es nicht der wahren Rechtslage entsprach. Dieser Nachweis ist nicht zu führen. Anhaltspunkte dafür, daß sich

Staatsanwalt Dr. Bruchhaus über die damals in Kraft befindlichen Gesetze und die Grundsätze der Rechtsprechung willkürlich hinweggesetzt hätte, um ein Todesurteil zu erzielen, liegen nicht vor.“

So bewahrte ein Nazijurist den anderen vor der Strafverfolgung. Denn auch Oberstaatsanwalt Dr. Rudolf Reuter, der Staatsanwalt Bruchhaus außer Verfolgung setzte, war Richter am NS-Sondergericht in Prag und steht wegen seiner Todes- und Terrorurteile auf der CSSR-Kriegsverbrecherliste unter den Nummern A-38/87 und 162.

Doch 1963 konnte Reuter in der Bundesrepublik wieder politische Anklageschriften fabrizieren. Eines seiner Nachkriegsopfer war das Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedens-Union, Lorenz Knorr. Mit seiner Anklage griff Reuter Anzeigen des früheren Bundesverteidigungsministers F. J. Strauß und der Bundeswehr-Generale Heusinger, Speidel, Foertsch,

Kammhuber und des Admirals Ruge auf, die sich durch Knorr beleidigt fühlten, weil der DFU-Politiker sie als ehemalige Nazigenerale und als mitschuldig an den NS-Massenverbrechen bezeichnet hatte.

Seit Oktober 1979 wird gegen die ehemaligen Richter und Staatsanwälte des NS-Volkgerichtshofes beim Westberliner Kammergericht wieder ermittelt. Mit drei Strafanzeigen wegen Mordes hat das VVN-Präsidium 1980 der Ermittlungsbehörde Namen, Adressen, Daten und Verbrechen von 30 noch lebenden Volkgerichtshof-Tätern in der Erwartung übermittelt, „daß nunmehr wirklich an die Aufarbeitung dieses wohl schrecklichsten Kapitels deutscher Justizgeschichte herangegangen wird“.

Ein Jahr nach Wiederaufnahme der Ermittlungen gab der ermittelnde Staatsanwalt Bernhard Jahntz die Zahl der noch lebenden Beschuldigten mit 95 an (Frankfurter Rundschau). Vier Monate später sprach die Westberliner Staatsanwaltschaft nur noch von 81 (Die Welt). Wo sind die 14 geblieben, fragt man sich. Sind sie gestorben wie Karl Spahr oder wurden die Ermittlungen aus anderen Gründen wieder eingestellt? Wie lange will man noch mit der Anklageerhebung warten? Bis noch mehr sozusagen „unter der Hand wegsterben“?

Staatsanwalt Jahntz rechnet, daß es bis Mitte 1985 dauern könnte, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind, und er nimmt dabei in Kauf, daß dann nur noch „etwa 20 bis 30 Personen übrigbleiben“. Dafür kann niemand, dem wirklich an der Verfolgung der NS-Straftaten und an ihrer Sühne gelegen ist, Verständnis haben. In einigen Fällen mögen vielleicht noch Beweise fehlen, die zur Anklageerhebung notwendig sind. In den 30 von der VVN angezeigten Fällen liegen die Fakten jedoch klar auf der Hand. Durch jede weitere Hinauszögerung der Anklage (eventuell gar bis 1985) droht das ganze Verfahren zu einer Farce zu werden.

HERMANN MORWEISER

Die Taten des Leutnants T.

Scheinbar ohne jede Strafverfolgung, von einer Verhaftung im September 1945 abgesehen, hat T. den Zweiten Weltkrieg überstanden und starb am 7. April 1961 als braver Ludwigsburger Bürger. Dabei hat es 1945 zahlreiche Hinweise und auch eine Anzeige gegen ihn, den Offizier der Wehrmacht gegeben, der sich nicht nur im "Feindesland" sondern auch in der Umgebung von Ludwigsburg an Kriegsverbrechen beteiligte, bzw. sie selbst durchführte.

Kein Hinweis ist zu finden, daß er jemals für seine Taten vor einem ordentlichen Gericht zur Verantwortung gezogen wurde.

Aus einer Anzeige

Am Mittwoch, den 30. Mai 1945, um sieben Uhr, erschien auf der Polizeiwache in Stammheim die ledige 19 Jahre alte L. B. und machte folgende Anzeige: Mein Vater, K. B. (...) gingen am Samstag, den 21. Mai 1945, morgens am Tag der Besetzung von Stammheim durch die Alliierten Truppen nach Schwieberdingen, um unser Mehl zu holen.

Auf dem Heimweg, etwa gegen 18 Uhr, mußten sie an der Flakstellung Brosi vorbei. Brosi ist ein alleinstehendes Gehöft zwischen Stammheim und Möglingen. Dort saß ein Unteroffizier vor dem Hause und frug meinen Vater: "Sie! Wo liegt der Feind?" Mein Vater antwortete: "In Schwieberdingen haben wir schon Bier mit den Franzosen getrunken." Dieses hörte durch das offene Fenster der Leutnant T., Kompanieführer beim Volkssturm. Er kam aus dem Haus und sagte zu meinem Vater: "Sowas sagt man nicht" zog seine Pistole und schoß meinem Vater in den Bauch. Mein Vater konnte noch einige Meter gehen und brach dann zusammen. T. wollte noch einmal

nach meinem Vater schießen, wurde aber von den dortigen Volkssturmmännern daran gehindert. Mein Bruder setzte meinen Vater auf unseren Handwagen. Gegen 19 Uhr kam er mit ihm bei uns zu Hause an. Dr. St. aus Stammheim behandelte meinen Vater sofort, konnte ihn aber nicht operieren, da er keine geeigneten Instrumente hatte. Ins Krankenhaus konnte man ihn nachts auch nicht mehr verbringen, da sämtliche Brücken gesprengt waren.

Am Sonntag verbrachte man ihn mit einem Personenkraftwagen nach dem Robert-Bosch-Krankenhaus. Es war schon zu spät. Am Montag, den 23. April 1945, um 2 Uhr ist mein Vater dann verstorben. (1)

Von mehreren Zeugen wurde dieser kaltblütige Mord in allen Einzelheiten bestätigt.

Volkssturmführer und Werwolf

In seiner Eigenschaft als Volkssturmführer und selbsternannter "Werwolf" trieb sich T. noch einige Zeit in der Gegend zwischen Möglingen und Stammheim herum. Dabei hatte er 6 bis 8 Jungen. Sein Sohn war auch dabei. Die anrückenden Truppen waren bereits in Zuffenhausen, als T. einen französischen Personenwagen mit Maschinenpistole und Panzerfaust beschloß.

"In allernächster Nähe des Gehöftes Brosi befand sich eine Flakstellung, Baracken, worin sich die Schreibstube und Kantine befand. Diese Baracken, in denen viel untergebracht war, wurden von T. in verantwortungsloser Weise angezündet. Das Gehöft Brosi wäre ohne Zweifel mit abgebrannt, wenn nicht zwei russische Kriegsgefangene, die bei Brosi beschäftigt waren, eingegriffen hätten. (...)

Die Frau des Brosi lag in fraglicher Zeit sehr krank zu Bett. (...) T., der ein übler

Säufer sein soll, habe in rücksichtsloser Weise über die 'Faulheit' der Frau Brosi geschimpft und verlangt, sie solle sofort aufstehen, in den Keller gehen und ihm etwas zu trinken holen.

Ein Landwirt namens Maier aus Möglingen wurde von ihm aufgefordert, sein Pferdegespann in den 'Dienst der Sache' zu stellen. Maier verweigerte dies und wurde deshalb von T. mit der Pistole bedroht. (2)

In den Unterlagen zum Fall T., der wohl seinem irdischen Richter entgangen ist, befinden sich noch weitere Aussagen. Auch dies: "Anlässlich einer (...) Unterredung mit dem T. erfuhr ich von diesem, daß er kurz vor dem militärischen Zusammenbruch des Naziregimes nicht nur persönlich einen Mann in Stammheim erschossen hat, sondern auch die Erhängung eines 'meuternden' Soldaten und die Festnahme von sechs deutschen Soldaten, die nicht mehr mitmachen wollten, veranlaßt hat." (3)

Auch im Osten gewütet

Aus einem weiteren Schreiben ist ersichtlich, daß T. auch in Rußland bei einem Gebietskommissariat tätig war. Eine Aussage vom 18. September 1945: "H. H., Geisingen verkehrte am Stammtisch des Bahnhofs Ludwigsburg, woselbst in den Jahren 1941 und 1942 auch T. verkehrte. T. erzählte dort im engeren Kreis von Stammgästen (...) daß er als Leutnant in Polen und Rußland Sonderkommandos (unter sich) hatte und dort viele Polen und Russen wegen Sabotage aufhängen ließ. Weiter berichtete er, daß er in späterer Zeit in Stuttgart ein Ausbildungskommando geführt habe und dabei alle Soldaten, die sich weigerten an die Front zu gehen, habe erschießen lassen. Die Erschießungen seien auf dem Burgholzhof vorgenommen worden. (4)

Quellen und Literaturhinweise:

- 1.) Anzeige beim 14. Polizeirevier Gr. Posten Stammheim vom 30.5.1945
- 2.) Schreiben Ep. vom 14.9.1945
- 3.) Schreiben des H.S. vom 12.9.1945
- 4.) Schreiben des H. H. vom 18.9.1945

Geschichtsaufarbeitung: Thälmann, Ludwigsburg und die Stasi

Nicht weit vom ehemaligen Zuchthaus Ludwigsburg entfernt befindet sich seit vielen Jahren die Ludwigsburger Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. Dort wird eine vorbildliche Arbeit geleistet. Sie umfaßt nicht nur das Gebiet der Ermittlung und der Weitergabe von Akten an die zuständige Staatsanwaltschaft, sondern auch an Schulen, Akademien, bei vielen Bildungseinrichtungen sind deren Mitarbeiter als Zeitzeugen sehr gefragt.

Akten der Gauck-Behörde

Jetzt sind bei der Zentralen Stelle neue Aktenberge im Anmarsch. Der "Nachschub" kommt aus Berlin. Tausende von Akten des Berliner Stasi-NS-Archivs sind bereits in Ludwigsburg und müssen aufgearbeitet werden. Vor mehr als einem Jahr kam die Zentrale Stelle in der Schorndorfer Strasse an die Akten ran, die bei der Gauck-Behörde lagerten. Stichproben ergaben, daß es sich lohnt, Ermittlungen einzuleiten. Zudem liegt über diesen Personenkreis in der Regel selbst schon viel Material vor.

Ein mutmaßlicher Thälmann-Mörder

Was wohl keiner vermutete war, daß die Stasi einen der mutmaßlichen Thälmann-Mörder kannte, aber nach echter Geheimdienstmanier ihr Wissen für sich behielt, um es für ihre Zwecke "auszuschlachten."

So konnte Erich Gust, im KZ-Buchenwald zweiter SS-Lagerführer, den die Stasi nach längeren Ermittlungen in Niedersachsen aufspürte, dort ungehindert seinen Lebensabend verbringen. Dabei hatten seine "Betreuer" nur das Standardwerk "Der SS-Staat" anlesen müssen auch im

Namensregister ist er dort aufgeführt, um sich mit den Untaten des Gust vertraut zu machen und die Schritte einzuleiten, mit denen er hier vor dem Kadi gelandet wäre.

Ob es zu einer Verurteilung gereicht hätte?

Statt ihr Wissen den hiesigen Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis zu bringen, wurde der Mann "überwacht" und ein Eintrag von 1984 besagt: "Es wurde eindeutig festgestellt, daß die Eheleute G. unter der genannten Anschrift wohnhaft sind. Beide erfreuen sich bester Gesundheit."

Rückblende

In all den Jahren fanden Verfahren gegen Beteiligte am Thälmann-Mord statt. Im April 1962 hatte Rosa Thälmann, die Witwe von Ernst Thälmann, über Prof. Dr. Kaul (DDR) Anzeige gegen zwei mutmaßliche Teilnehmer am Mordkomplott vom 18. August 1944 erstattet. Was seit dieser Zeit alles geschrieben wurde und welche Verfahren durchgeführt wurden, füllt viele Aktenordner.

Ein Ereignis: 1952, in der Zeit des kalten Krieges, wurde auf Antrag der DVP-Fraktion des Stuttgarter Gemeinderats die Thälmannstrasse in Lange Strasse umbenannt. Willi Bohn, der Fraktionsvorsitzende der KPD und Mitglied der VVN, hielt im Gemeinderat eine flammende Rede gegen diesen Frevel. (Die SPD stimmte gegen die Umbenennung.) 40 Jahre danach: Stasi-Akten bringen neue Erkenntnisse und führen auf die Spur eines mutmaßlichen Thälmann-Mörders.

Aufarbeitung auch bei uns

Wir dürfen gespannt sein, welche Tatbe-

stände aus der Schorndorfer Strasse in den nächsten Jahren noch an die Öffentlichkeit gelangen. Aus den bis jetzt vorliegenden Akten sei klar ersichtlich, so Alfred Streim, der Leiter der Zentralen Stelle, daß das MfS zahlreiche NS-Verfahren verhinderte - unter anderem, weil Beschuldigte unter dem Druck der Belastungen zur Mitarbeit bei der Stasi gezwungen worden waren. Bedeutendes Beweismaterial sei der Strafverfolgung in der Bundesrepublik vorenthalten worden.

"Zeugen, um deren Vernehmung verschiedene Staatsanwaltschaften im Wege der Rechtshilfe gebeten hatten, oder die vor Gerichten aussagen sollten, wurden erst durchleuchtet. Waren sie politisch unzuverlässig, verhinderte die Stasi die Übergabe der Aussagen oder das Auftreten der Zeugen in Westdeutschland", so Alfred Streim in einem Pressegespräch.

Erich Gust jedenfalls, wohlsituierter Gastwirt, der 1946 unter falschem Namen geheiratet hatte, entging seinen irdischen Richtern. Er starb im Februar 1992.

Unter dem Namen Giese hatte der ehemalige SS-Obersturmführer in Melle bei Osnabrück den "Heimathof Melle" betrieben. In diesem Edelrestaurant verkehrten laut "Panorama" und "Neues Deutschland" zahlreiche Spitzenpolitiker. Nichts war es mit einem Verfahren durch die Staatsanwaltschaft in Osnabrück, in deren Nähe er den braven Bürger spielte.

Aus der Anklage gegen Gust: Als Zweiter Schutzhaft-Lagerleiter im Konzentrationslager Buchenwald beteiligt an der Mißhandlung von Häftlingen, Teilnahme an Exekutionen, unter anderem im August 1944 auf Hitlers direkten Befehl an der des Kommunisten Ernst Thälmann.

Auch Mielke meldete sich

Ex-Stasichef Mielke bestreitet, veranlaßt zu haben, daß Ermittlungsergebnisse

über den mutmaßlichen Mittäter bei der Ermordung Ernst Thälmanns, Erich Gust, nicht an bundesdeutsche Ermittlungsbehörden weitergegeben wurden. "Neues Deutschland" schrieb zu einer diesbezüglichen Erklärung Mielkes im "Tagesspiegel": "Dieses Wissen sei aber auf Anweisung Mielkes nicht öffentlich gemacht worden. ND-Recherchen hatten diesen Sachverhalt bestätigt (ND vom 3. und 4. November 1992)."

In welchem Umfang mutmaßliche NS-Straftäter von der Stasi eingesetzt wurden, werden die weiteren Ermittlungen in Berlin und Ludwigsburg ergeben.

Quellen- und Literaturhinweise:

Eugen Kogon : der SS-Staat

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 23.7. und 9.10.1992

Neues Deutschland vom 3., 4. und 7./8.11.1992

Kornwestheimer Zeitung, 30. April 1987

In eigener Sache

STREIFLICHTER AUS VERFOLGUNG UND WIDERSTAND:

Zeugnisse einer grauenvollen Geschichte

Band 3 jetzt erschienen / Thema Zwangsarbeit im Dritten Reich

Ludwigsburg. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) Ludwigsburg gibt heute einen weiteren Band der „Streiflichter aus Verfolgung und Widerstand 1933-1945“ heraus. Dieser Band ist überwiegend dem Schicksal der Zwangsarbeiter im Kreis Ludwigsburg während des Zweiten Weltkrieges gewidmet.

„Die Menschen, die unter dem nationalsozialistischen Regime gelitten haben, sind ein Teil unserer Geschichte. Ihr Opfer ist für uns Mahnung und Verpflichtung, stets für eine Zukunft einzutreten, in der Unrecht und Gewalt keinen Platz haben“, so Oberbürgermeister Henke in seinem Geleitwort.

Zeugnisse des hier angesprochenen Teils unserer Geschichte sind im Umkreis von Ludwigsburg in großer Zahl aufzufinden. Der dritte Band der „Streiflichter“ beginnt mit der Schilderung der Verhältnisse im Zuchthaus Ludwigsburg, wo die Firma Bosch seit 1938 eine Art Zweigwerk zur Wirkung von Anknern für Lichtmaschinen eingerichtet hatte. Neben deutschen politischen Häftlingen mußten dort Kriegsgefangene verschiedenster Nationen Zwangsarbeit verrichten. Unter ihnen auch Richard Schmidt, später Generalstaatsanwalt von Württemberg-Baden und von 1953 bis 1964 Präsident des Oberlandesgerichts Stuttgart. Für viele Gefangene wie auch für den Ludwigsburger Widerstandskämpfer Franz Martin folgte auf die Haft in Ludwigsburg die Verschleppung in ein KZ.

Der Hohenasperg – im Volksmund Tränenberg oder Demokratenbuckel – diente auch als Sammelstelle für die Konzentrationslager. Eine amerikanische Untersuchung berichtet von menschlichen Versuchskaninchen und Mißhandlungen

schwerkranker Gefangener. Letztes Zeugnis davon ist heute ein kleiner Gefangenenfriedhof am Nordhang des Hohenasperg.

Ein großer Teil des Heftes untersucht das Schicksal der „Fremdarbeiter“, von denen im Kreis Ludwigsburg Zehntausende Zwangsarbeit verrichten mußten. Neben einem Lager im heutigen Stadtteil Grünbühl von Ludwigsburg ist hier vor allem Bietigheim zu nennen. Das dortige Durchgangslager hatte zentrale Bedeutung für den Zwangsarbeiterinsatz in ganz Südwestdeutschland. Hier wurden geschlossene Transporte vor allem aus Polen und der UdSSR gesammelt, registriert und auf ihre Arbeitsfähigkeit geprüft, bevor sie an die umliegenden Arbeitsamtsbezirke verteilt wurden.

Das Lager, in dem heutigen Industriegebiet Laiern gelegen, wies menschenunwürdige Bedingungen auf. Die Krankenbaracke war dauernd überfüllt, die Sterberate aufgrund von Krankheiten und Mißhandlungen groß. Auf dem heutigen Areal der Firma Mailänder befand sich ein Ostarbeiterfriedhof. Außerdem werden die Verhältnisse in weiteren Bietigheimer Lagern geschildert, unter anderen das Russenlager Forst, die Ausländerlager der DLW-Werke, der Firma SWF, der Kammgarnspinnerei und in deren Nachbarschaft das Altwasser-Lager der Daimler-Benz AG.

Weiterhin wird auf die Bedingungen für schwangere Zwangsarbeiterinnen eingegangen, die unter der rassistischen Politik besonders schwer zu leiden hatten. Nach einem Erlaß der Gestapo Stuttgart kam eine Aufnahme in eine Krankenbaracke bei einem deutschen Krankenhaus nur in Frage, wenn die Notwendigkeit bestand, „für die Ausbildung von Studenten oder Hebamenschülerinnen das Untersuchungsgut zu schaffen“.

Andere Abschnitte behandeln die Konzentrationslager „Wiesengrund“ (Vaihingen/Enz) und Unterriexingen, das Kranken- oder zutreffender Todeslager in Großsachsenheim sowie das Lager in Pleidelsheim, von dem heute noch ein russischer Friedhof zeugt.

Die Ergebnisse der mühevollen Recherchearbeit der Autoren Werner Hoffmann und Reinhard Hildebrandt in Archiven, privaten Quellensammlungen und vor Ort entwerfen ein detailliertes Bild davon, wie auch im Kreis Ludwigsburg unter dem Nationalsozialismus nicht nur die Opposition im Lande, sondern auch Kriegsgefangene und zur Zwangsarbeit verschleppte Frauen und Kinder aus den besetzten Ländern mißhandelt, mißbraucht und durch Arbeit vernichtet wurden. Die Darstellungen werden an vielen Stellen ergänzt durch persönliche Berichte Überlebender.

Die VVN wünscht, „daß mit dem Band 3 der Streiflichter den Lesern ein Stück eigener Geschichte näher gebracht wird. Nur wer die Geschichte kennt, kann aus ihr lernen, die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“

STREIFLICHTER AUS VERFOLGUNG UND WIDERSTAND:

Heft 4 ist nun erschienen

Ein weiteres tragisches Kapitel deutscher Geschichte

Ludwigsburg. Mit dem vierten Band der Streiflichter veröffentlichen Reinhard Hildebrandt und Werner Hoffmann einen weiteren Beitrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) zur Heimatgeschichte des Kreises Ludwigsburg. Die Ausübung von Gewaltherrschaft durch Vernichtung von Zivilisten, Zwangsarbeitern, deutschen Soldaten und ausländischen Kriegsgefangenen auf der „Rechtsgrundlage“ einer beispiellosen Blutjustiz wird an Ereignissen in unserem Kreis belegt.

Der erste Artikel folgt den Spuren französischer Widerstandskämpfer, die infolge des „Nacht-und-Nebel-Erlaß“ von 1941 hingerichtet wurden. Die Ehefrau des im KZ Mauthausen umgekommenen Ludwigsburger Widerstandskämpfers Franz Martin beobachtete 1944 die Aushebung eines Massengrabes im Ludwigsburger Neuen Friedhof. Mehr als 30 ermordete französische Gefangene wurden dort begraben. Nach Kriegsende erfolgte die Überführung in ihre Heimatorte. Die Erschießungen fanden überwiegend auf dem Schießplatz Poppenweiler statt. Die Namen der Hingerichteten sind in den Streiflichtern veröffentlicht.

Bei ihren Recherchen stützen sich die Autoren nicht alleine auf Archivmaterial, das in großer Fülle ausgewertet wurde. Wo immer möglich, wird aus Briefwechselln und Interviews mit Überlebenden oder Angehörigen umgekommener Menschen zitiert. An solche Angehörigen wurde auch bei der Veröffentlichung einer namentlichen Liste von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen gedacht, die auf Ludwigsburger Friedhöfen beerdigt sind.

Ein weiterer Abschnitt berichtet über Schicksale deutscher Widerstandskämpfer aus Ludwigsburg und Umgebung, die über den Hohenasperg nach Buchenwald verschleppt wurden. In der nachfolgenden Dokumentation wird die Militärjustiz des NS-Staates am Beispiel einer örtlichen „Fallsammlung“ dargestellt – ein Bereich, der mit lokalem Bezug bisher kaum bearbeitet wurde. Nach den Entschädigungs- und Wiedergutmachungsakten der Ludwigsburger Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte des Naziregimes geht es um Urteile wegen „Wehrkraftersetzung“ wie im Fall des Neckarweiheringer Bäckers Walter D. 1933 war er in die Partei eingetreten, weil er gebaut hatte und seinen Arbeitsplatz nicht gefährden wollte. D. wurde Ende 1944 in Dünkirchen erschossen.

Im Kameradenkreis hatte er sich darüber aufgeregt, daß die Offiziere abhauen und die Soldaten im Dreck sitzen ließen. Es wird berichtet über Deserteure wie Erwin Kreetz, für den in Kleinbottwar seit 1989 ein Gedenkstein steht, oder über die „Ernstes Bibelforscher“ oder Zeugen Jehovas, die die Anerkennung staatlicher Machtansprüche und den Kriegsdienst aus religiösen Gründen verweigert haben.

KORNWESTHEIMER Zeitung

Montag, 11. Juni 1990

Seite 14

Das Heft endet mit der Schilderung zweier Einzelschicksale: Otto Weidenbach, Vorsitzender der KPD-Fraktion im Ludwigsburger Gemeinderat und später Kämpfer bei den Internationalen Brigaden in Spanien, der sich der Verfolgung durch Emigration entzog und 1979 in Brandenburg starb, sowie Caesar von Hofacker, gebürtiger Ludwigsburger, Oberstleutnant im Stab des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich, der 1944 hingerichtet wurde wegen Beteiligung an der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli.

Oberbürgermeister Henke schreibt in seinem Geleitwort zum 4. Band der Streiflichter: „Das Gedenken an die Opfer der Gewaltherrschaft, und zwar jeder Gewaltherrschaft, soll für uns eine ständige Mahnung sein, dafür zu arbeiten, daß sich so etwas nie wiederholt – nicht nur hierzulande, sondern daß die Menschheit auch in anderen Weltgegenden endlich zur Vernunft kommt.“

Die VVN/BdA hofft, mit diesem Band einen Beitrag zur Erinnerung an die Vergangenheit und zu einer wachsamem Beobachtung der Gegenwart zu leisten, denn – so Richard von Weizsäcker – „wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart“.

IMPRESSUM

STREIFLICHTER aus Verfolgung und Widerstand

Herausgeber: VVN - Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes / Bund der Antifaschisten, Kreis
Ludwigsburg

Verfasser: Werner Hoffmann, Reinhard
Hildebrandt

© VVN-BdA Kreis Ludwigsburg, 1. Auflage 1993,
600 Exemplare

Gesamtherstellung: Grafische Werkstatt -
Edeltraut Knödler, Kastellstr. 14, 7141 Benningen

Nachweis der Photos und Dokumente

Wenn nicht anders vermerkt, stammen die Photos
und Dokumente aus Privatbesitz oder sind in so
vielen Dokumenten enthalten, daß ein exakter
Nachweis nicht mehr möglich ist.

Danken wollen wir an dieser Stelle nochmals dem
Ludwigsburger Stadtarchiv, das uns den Abdruck
von diversen Schriftstücken gestattet hat.

Adresse für Bestellungen:

**V V N - Bund der Antifaschisten,
Böblinger Str. 195, 7 Stuttgart 1**

RUDOLF KÜLBEL, LEDERWARENFABRIK, KORNWESTHEIM.

An alle Gefolgschaftsmitglieder!

Es ist mir in letzter Zeit aufgefallen, dass von manchen Gefolgschaftsmitgliedern der deutsche Gruss vernachlässigt wird. Dies ist für einen Betrieb, der geschlossen in der Deutschen Arbeitsfront steht und auch im Arbeitseinsatz voll seine Pflicht tut, ein unmöglicher Zustand. Gerade im jetzigen Augenblick ist es von grösster Bedeutung, dass sich jedes durch seinen Gruss zu Führer und Vaterland bekennt. Auch der neue Kreisleiter hat dies in letzter Zeit deutlich zum Ausdruck gebracht und erwartet von den Betrieben, dass dies beachtet wird.

Um die Wichtigkeit der Sache zu unterstreichen, begnüge ich mich nicht mit einem Anschlag, sondern lasse jedem persönlich dieses Rundschreiben zugehen.

Ich erwarte von jedem, dass es im Betrieb mit "Heil Hitler" grüsst.

Der Betriebsobmann .
Brodbeck.

Der Betriebsführer:

Rudolf Kübel